HARDENBERG UND DES GEHEIME KABINET FRIEDRICH WILHELMS III. VON POTSDAMER...

Friedrich Noack




VE RI TAS



Gießener Studien

auf dem

Gebiet der Geschichte.

II.

Hardenberg

und das

Geheime Kabinet Friedrich Wilhelms III.

vom

Potsdamer Vertrag bis zur Schlacht von Jena.

Von

Dr. Friedrich Noack.

Gießen.
J. Ricker'sche Buchhandlung.
1881.

Hardenberg

und das

Geheime Kabinet Friedrich Wilhelms III.

vom

Potsdamer Vertrag bis zur Schlacht von Jena.

Von

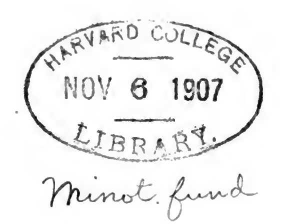
Dr. Friedrich Noack.

Mit einem Vorwort

von

W. Oncken.

Gießen.
J. Ricker'sche Buchhandlung.
1881.


HARVARD COLLEGE
NOV 6 1907
LIBRARY.

Vorwort.

Nachstehende Arbeit ist aus historischen Übungen hervorgegangen, welche ich in den Jahren 1877 und 1878 im Anschluß einerseits an Lombard's Materiaux und andererseits an Harbenberg's Denkwürdigkeiten veranstaltet habe. Die Art, wie das letztgenannte Werk als Geschichtsquelle zu benutzen war, ergab sich uns aus einer aufmerksamen Vergleichung des Hardenberg'schen Textes mit den theils eingestreuten, theils angehängten Aktenstücken, noch bevor Max Duncker und Max Lehmann aus dem Geh. Staatsarchiv so werthvolle Beiträge zur objectiven Controle der subjectiven Auffassungen des Ministers veröffentlicht hatten. Durch diese war das wahre Verhältniß Hardenberg's zu Haugwitz genügend aufgehellt; dagegen empfahl sich noch eine besondere Untersuchung des Verhältnisses zwischen Hardenberg und Lombard und eine solche ist hier unternommen. Die Fragen, deren Lösung der Verfasser sich zur Aufgabe gemacht hat, lauten einfach: Ist die Politik des Königs Friedrich Wilhelm III. in der Epoche vom Potsdamer Vertrag bis zum Krieg mit Frankreich nach den Rathschlägen seiner verantwortlichen Minister oder nach den Eingebungen seines unverantwortlichen Geh. Kabinets, d. h. hier des Geh. Kabinetsraths Lombard geleitet worden? Bestand zwischen jenen und diesen der tiefe Gegensatz, den Hardenberg fort und fort mit soviel Erfolg bei Mit- und Nachwelt behauptet hat? Hat Lombard auf eigene Faust, hinter dem Rücken der Minister gehandelt, hat er was ihm unzählige

Mal vorgeworfen worden ist, eine Politik des Verraths getrieben oder nicht? Auf diese Fragen antwortet der Verfasser an der Hand der Akten: Eine besondere Politik des geheimen Kabinets im Widerspruch mit der der Minister findet sich nirgends, gerade dort wo sich dieser Widerspruch zeigen müßte, zeigt sich das gerade Gegentheil. Die einzigen wirklichen Berather des Königs sind die Minister, ohne deren Befragung und Zustimmung schlechterdings gar nichts entschieden wird. Für die Annahme irgend welcher Verrätherei Lombard's aber, den übrigens Hardenberg selbst nicht für bestechlich hielt, findet sich bei den Anlässen, die wir genau kennen, nicht der mindeste Anhalt, so daß wir jeden Verdacht dieser Art bis zum offenbaren Gegenbeweise auch dort abzulehnen berechtigt sind, wo wir noch nicht so klar sehen, als wir wünschen möchten. Hierzu kommt, daß Lombard von der allerwichtigsten Thatsache, die den Kriegsentschluß von 1806 entschied, nicht die geringste Kenntniß gehabt hat.

Und dies führt uns auf den zweiten Hauptgegenstand der Abhandlung. Ihn bildet die Frage nach dem eigentlich entscheidenden Grund, der Friedrich Wilhelm III. und den Grafen Haugwitz zum Angriffskrieg gegen Napoleon d. h. zum Bruche mit ihrer gesammten früheren Politik veranlaßt hat.

Daß das preußische Kriegsmanifest vom 9. Oktober 1806 eine Menge Gründe gerechter Empörung und wohl begründeten Mißtrauens gegen Napoleon, aber keinen einzigen zwingenden Grund zum sofortigen Losschlagen enthielt, das ist schon Friedrich Gentz aufgefallen, der den französischen Text desselben zu Erfurt in's Deutsche übersetzt hatte und nach persönlicher Rücksprache mit Haugwitz, Lucchesini und Lombard zu dem Ergebniß kam, das Ganze sehe aus wie eine Übereilung, die man mit Gründen des Gefühls wohl entschuldigen, aus Gründen der Staatsklugheit aber entschieden tadeln müsse. Die Katastrophe vom 14. Oktober schien diesem Urtheil endgiltig Recht gegeben zu haben. Und doch war es nicht richtig, wenigstens insoweit es einen unmittelbar zwingenden Grund als nicht vorhanden annahm; einen solchen hat es allerdings gegeben, nur war derselbe nicht eher zu entdecken, als bis die geheime Bündnißunterhandlung mit Rußland und deren Abschluß

durch die preußische Erklärung vom 1. Juli 1806 und die russische vom 24. d. M.[1]) bekannt ward. Die neue Ansicht, welche sich hieraus über die Zwangslage des preußischen Kabinets für den Fall ergab, daß zwischen Rußland und Frankreich ein Friede nicht zu Stande kam, das erstere vielmehr den längst geplanten Krieg mit der Türkei begann, habe ich meinen Hörern im Februar 1879[2]) mitgetheilt, indem ich sie zur selbständigen Nachprüfung derselben an der Hand der Akten aufforderte.

Diese Nachprüfung hat der Verfasser vorgenommen und zum Erweise der Richtigkeit meiner Ansicht gute Gründe beigetragen.

In dem Augenblick, da Friedrich Wilhelm III. zu Charlottenburg die Erklärung vom 1. Juli 1806 unterschrieb, befand er sich in unlösbarem Widerspruch mit entscheidend wichtigen Bestimmungen des Pariser Vertrags vom 15. Februar desselben Jahres. Nach Artikel 7 dieses Vertrags gewährleistete Preußen die Integrität und Unabhängigkeit des ottomanischen Reiches und im Artikel 8 verpflichtete es sich an jedem Kriege Theil zu nehmen, in welchen Napoleon um eines der vorher genannten Punkte willen verwickelt werden könnte, d. h. Preußen war verpflichtet Frankreich Heeresfolge zu leisten, wenn z. B. Rußland die Türkei mit Krieg überzog. Die Erklärung vom 1. Juli nun zählte die Fälle auf, in welchen Preußen sich gegenüber Rußland verpflichtete, jenem Vertrag zum Trotz, Frankreich die Heeresfolge zu versagen und unter diesen Fällen war auch der namhaft gemacht, daß Rußland von Frankreich angegriffen würde, „in Folge von Maßregeln, welche es (Rußland) träfe, um die Türkei zur Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu nöthigen oder an einem Angriff zu hindern" d. h. wenn Rußland, wie es offenkundig beabsichtigte und im Oktober auch wirklich that, die Türkei angriff, so mußte Preußen die Kriegshilfe, welche Napoleon auf Grund des Pariser Vertrags

---

[1]) S. S. 80f.

[2]) Also nach Erscheinen des zweiten Bandes meines „Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege," bei dessen Niederschrift ich über diese Frage mit mir selbst noch nicht abgeschlossen hatte.

zu fordern berechtigt war, verweigern und so diesen Vertrag einfach brechen.

Vom Augenblick der Unterzeichnung dieser Erklärung an hing Preußens gesammtes Schicksal nicht mehr von irgend einem freiwilligen Entschlusse in Berlin, sondern einzig und allein von der Frage ab, ob die Friedensunterhandlung zwischen Frankreich und Rußland, welche damals in Paris schwebte, gelang oder nicht gelang. Gelang sie nicht oder wurde der Vertrag, den der russische Unterhändler Oubril in Paris unterzeichnete, vom Kaiser Alexander verworfen, dann war auch für Preußen der Krieg unvermeidlich und nur die eine Möglichkeit noch offen, durch die Raschheit des Entschlusses und die Kraft des Handelns einen moralischen Eindruck hervorzubringen, der unwiederbringlich verloren war, wenn man wartete, bis Napoleon auf Grund seines Vertrags Preußens Kriegshilfe gegen Rußland forderte. In dieser Zwangslage ist der friedfertigste aller Monarchen auf den Rath des friedfertigsten aller Minister zu dem Entschluß gekommen, das schmähliche Vertragsverhältniß zu Frankreich mit dem Schwert zu durchhauen. Die Rüstung zum Krieg hat der König befohlen, als er besorgen mußte, Napoleon werde ihm das theuer erkaufte Hannover verrätherisch wieder entreißen; aber dieser Rüstung hätte eben so wie der von 1805 die Abrüstung folgen können, falls die Befürchtung sich als grundlos erwies, wäre nicht hinzugekommen, daß Kaiser Alexander den Oubril'schen Friedensvertrag verwarf und dadurch die Absicht kund gab, sofort zu dem Türkenkrieg zu schreiten, den Napoleon unmittelbar als einen Kriegsfall für Frankreich und all seine Verbündeten betrachten mußte. Die Gewißheit von der Verwerfung jenes Vertrags hatte man in Berlin am 30. August; folglich ist dies der Tag der entscheidenden Wendung, nicht wie man bisher glauben mußte, der 7. August, an dessen Abend die berühmte Depesche Lucchesini's in Berlin eintraf und es ist demnach kein Zufall, daß am 30. und 31. August die Berliner Garnison „wirklich aus und nach Sachsen marschirte" (Hardenberg III, 167). Hieraus wird klar, daß jedem, der von den geheimen Beziehungen zu Rußland nichts

wußte, der eigentlich zwingende Grund des Krieges verborgen blieb. Wohlan, zu diesen Unkundigen, für die gerade die Hauptsache ein Geheimniß war, gehörte der Mann, den man bisher allgemein als den allwissenden und allmächtigen Berather seines Königs betrachtet hatte: der Geh. Kabinetsrath Lombard, der in seinen Materiaux keinen anderen Kriegsgrund kennt, als die Bedrohung Hannovers, von der er selbst sagt, daß sie, wenn sie überhaupt mehr als ein blinder Lärm war, gar nicht praktisch geworden ist, weil eben der Friede zwischen Frankreich und England nicht zu Stande kam. Nur weil er schlechterdings gar keinen anderen Kriegsgrund kennt, kann er zuversichtlich sagen, ohne die preußische Mobilmachung wegen Hannovers würde der Krieg gar nicht ausgebrochen sein (sans nos armemens nous aurions pu encore rester immobiles) und wenn der König den ritterlichen Muth jenes Entschlusses nicht gehabt hätte, so wäre der Sturz Preußens nicht eingetreten (je le sais, nous serions encore debout, si Frédéric Guillaume avait été sans courage). Begreiflich hiernach das Entsetzen, mit welchem Lombard vor dem Gedanken die Flucht ergreift, der so fürchterlich bestrafte Kriegsentschluß des Königs habe in einem Irrthum, in einer Übereilung seinen Grund gehabt. (Il serait affreux que — le roi se fût perdu pour une erreur.) Dieser Beweis vollständiger Unbekanntschaft mit den wichtigsten Vorgängen der preußischen Politik hat noch gefehlt, um das Märchen von dem „Regiment" Lombard's im Geh. Kabinet vollends zu entwurzeln.

Das sind die Hauptergebnisse nachstehender Untersuchung. Abgesehen von den zahlreichen Beiträgen recht unerfreulicher Natur, die sie zur Charakteristik der politischen Haltung wie der Denkwürdigkeiten Hardenberg's liefert, befreit sie das herkömmliche Bild der preußischen Politik von zwei Annahmen, die bisher entschiedene Bekämpfung bezw. Widerlegung nicht erfahren hatten.

König Friedrich Wilhelm III. hat keinem Landesverräther sein Vertrauen geschenkt, nicht hinter dem Rücken seiner verantwortlichen Minister durch unverantwortliche Schreiber sich leiten lassen und den Entschluß zum

Krieg um Sein und Nichtsein nicht in einer Übereilung gefaßt, die wie entschuldbar immer vom rein menschlichen Standpunkt, politisch unbedingt verurtheilt werden müßte, sondern unter dem Druck einer zwingenden Nothlage, die einen andern ehrenhaften Ausweg nicht mehr zuließ.

Gießen, 12. August 1881.

W. Oncken.

I.

Die preußische Politik von 1805 und 1806 in der öffentlichen Meinung.

Noch vor wenig Jahren war man gewohnt, für den Niedergang Preußens im Jahr 1806 die Staatsleitung des Geheimen Kabinets und des, mit diesem „affiliirten“, Grafen Haugwitz ausschließlich verantwortlich zu machen; man warf ihnen vor, daß sie durch eine unredliche Neutralität Preußen entehrt und isoliert, durch den Anschluß an Frankreich im Dezember 1805 Verrat am Vaterland begangen und durch den leichtsinnig, ohne Verbündete unternommenen Angriffskrieg im Jahr darauf die Katastrophe an ihrem Teil verschuldet hätten. In Hardenberg dagegen sah man den Mann, der durch eine Politik kraftvoller Entschiedenheit die Macht und Ehre Preußens zu retten suchte, aber an dem verderblichen Einfluß jener Clique all seine heilvollen Pläne scheitern sah. Diese Auffassung von Hardenbergs Thätigkeit ist seit dem Erscheinen seiner Denkwürdigkeiten[1]), die bestimmt waren, sie zu stützen, völlig haltlos geworden. Man weiß jetzt, daß der Unterschied zwischen seiner und des Grafen Haugwitz Politik teils nicht so groß, teils ein anderer war, als früher geglaubt wurde; dagegen ist das Verhältnis Hardenbergs zum Geh. Kabinet noch nicht in jeder Hinsicht klar gelegt. Hierüber

[1]) „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg“, herausg. von Leop. v. Ranke. Leipzig 1877. Die eigene historische Darstellung, die Ranke dieser Veröffentlichung beigegeben hat, findet sich neu abgedruckt in dem 46. und 47. Band seiner sämmtlichen Werke, Leipzig 1879—80. Im Anschluß an die „Denkwürdigkeiten“ ist eine Reihe von Abhandlungen zu nennen: Max Lehmann, in der historischen Zeitschrift von Sybel, 39; Maurenbrecher, in den Grenzboten, 1877, Jahrg. 36, II. Semester, II. Bd.; Max Duncker, in den Preuß. Jahrbüchern 1877, Bd. 39 und 1878, Bd. 42; sowie in den Mitteilungen aus der historischen Litteratur 1878, VI. Jahrg.; Paul Bailleu, in der Deutschen Rundschau; Bd. 20.

Licht zu verbreiten mag die vorliegende Untersuchung ein Scherflein beitragen.

Die seither geläufige Auffassung von der preußischen Politik vor dem Unglückstage von Jena geht in ihren Grundwurzeln zurück auf die öffentliche Meinung jener Zeit selbst. Schon während der Amtsführung der genannten Minister wurden vorzugsweise in militärischen, aber auch in Regierungskreisen Stimmen laut, welche ungestüm eine thatkräftigere, ehrenhaftere Leitung der äußeren Politik Preußens forderten und das Gegenstück zu den groben Ausschreitungen bildeten, durch welche der Berliner Pöbel dem Grafen Haugwitz und dem Geh. Kabinetsrat Lombard, der im Geh. Kabinet die Geschäfte des äußeren Departements besorgte, wiederholt seinen Abscheu zu erkennen gab[2]). Der Widerwille gegen diese Staatsmänner und ihr System veranlaßte sogar die Gründung einer Art von Geheimbund, der es sich zur Aufgabe machte, ihren Einfluß zu brechen oder gar ihre Entfernung zu bewirken. Was die unversöhnlichen Heißsporne, die dem Bunde angehörten, gegen das preußische Geh. Kabinet schriftlich und mündlich verbreiteten, hat lange Zeit unangefochten in Geltung gestanden. Sie waren es, die den Freiherrn von Hardenberg zum unerschrockenen Vorkämpfer einer patriotischen Kriegspolitik, Haugwitz und Lombard zu feilen Schwächlingen, ja zu Verrätern gestempelt haben. Und warum hätten sie auch keinen Glauben bei Mit- und Nachwelt finden sollen? War nicht unter ihnen der vielgepriesene und vielbeweinte Prinz Louis Ferdinand einer der eifrigsten? Begünstigte nicht die edle Königin Luise selbst ihre Bestrebungen? Erging sich nicht an ihrer Spitze der Freiherr vom Stein, und mit ihm andere um den preußischen Staat hochverdiente Männer, in zornigen Verwünschungen gegen die Geh. Kabinetswirtschaft? Zwei Denkschriften sind es vorzugsweise, die uns einen Begriff von dem Ziel der eigentümlichen Bewegung geben. Die ältere, aus dem Mai 1806, hat den Freiherrn vom Stein zum Verfasser[3]). Sie spricht ein leidenschaftliches Verdammungsurteil über die Zustände im preußischen Kabinet aus und enthält umfassende Reformpläne, war jedoch wohl nur zur Orientierung für die Gesinnungsgenossen bestimmt und ist dem König nicht vorgelegt worden[4]). Eine zweite, gemäßigter und sachlicher gehalten, stammt

---

[2]) Über diese Vorfälle berichten : Hardenberg II, 618f. „Vertraute Briefe über die inneren Verhältnisse am preuß. Hof", 1807; I, 153; 188f.; „Gallerie preußischer Charaktere", 1808; 280f.; „Aus dem Nachlaß Fr. Aug. v. d. Marwitz auf Friedersdorf", 1852; I, 168; des nürnbergischen Bevollmächtigten Woltmann Bericht vom 29. April 1806, bei Baader „Streiflichter" u. s. w., 135.

[3]) Hardenberg V, 368—376; bei Pertz „Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein", Berlin 1849, I, 331—338 unvollständig.

[4]) Pertz' Annahme, daß sie zur Kenntnis des Königs gekommen sei, wird durch Hardenbergs Darstellung III, 104—117 widerlegt. Auch Seeley führt eine Reihe von inneren Gründen dagegen an. „Life and times of Stein", Leipzig 1879; I, 206ff.

aus der Feder des Geschichtsforschers Johann von Müller[5]). Sie wurde am 2. September 1806 dem König unterbreitet, versehen mit den Unterschriften der Prinzen Heinrich, Wilhelm, August[6]) und Louis Ferdinand, des Prinzen von Fulda-Oranien und der Herren vom Stein, von Rüchel und von Phull. Aber man zog sich hierdurch nur die Ungnade des Königs zu[7]), ohne das Verlangen nach Veränderungen im Ministerium erfüllt zu sehen; denn der König war von der Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit seiner Räte fest überzeugt.

Bei diesem Sturmlauf gegen Haugwitz und das Geh. Kabinet war auch der frühere Amtsgenosse des Grafen, der Freiherr von Hardenberg, nicht unthätig. Zwar leugnet er in seinen Denkwürdigkeiten die Teilnahme an diesem gemeinsamen Vorgehen[8]), auch hat er seinen Namen nicht unter die dem König einzureichende Beschwerdeschrift gesetzt, aber hinter den Coulissen war er um so geschäftiger. Mit Gewißheit ist dies aus einigen Briefen an Fürst Wittgenstein, den Oberhofmeister des Königs, zu ersehen, die Hardenberg selbst seinen Denkwürdigkeiten eingeschaltet hat. Dieselben handeln ausschließlich von den Unternehmungen gegen das Geh. Kabinet und enthalten an einer Stelle die Bitte um Verschwiegenheit, damit der Verfasser, Hardenberg, nicht durch die Teilnahme an dem Komplott „kompromittiert" werde[9]). Daß er außer diesen von ihm selbst mitgeteilten Briefen noch andere über den nämlichen Gegenstand erhalten und verfaßt hat, läßt sich vorerst nicht erweisen, wohl aber mit Fug und Recht annehmen. Denn, wie es scheint, war Hardenberg dazu ausersehen, die Königin in das Interesse zu ziehen, worauf er sowohl durch mündliche Mitteilung als auch brieflich durch Vermittelung des Oberhofmeisters hinzuwirken suchte[10]). Seine beiden Briefe an diesen[11]) strömen über von persönlicher Erbitterung gegen Haugwitz und die Kabinetsräte und lassen einen schlecht verhehlten Ärger über Kränkungen durch diese Männer erkennen. Von politischen Fehlern, die man ihnen zur Last legen könnte, lesen wir kaum ein Wort!

---

[5]) Pertz I, 347—351.

[6]) Prinz August wird bei Pertz, I, 346 nicht genannt, während Hardenberg ausdrücklich die „beiden Söhne des alten Prinzen Ferdinand" (III, 116) und dann auch namentlich die „beiden Prinzen Ludwig und August" anführt. (III, 118.)

[7]) Hardenberg III, 118; Pertz I, 351 f.; Nachlaß Fr. A. v. d. Marwitz, I, 169.

[8]) Hardenberg III, 105 : „Die weiteren Schritte geschahen diesem nach, ohne mich zu Rath zu ziehen, und ich gieng meinen eigenen Gang."

[9]) Hardenberg III, 112.

[10]) Hardenberg III, 105 : „Ich benutzte die Gelegenheit, wo die Königin in Pyrmont war, um an den mit ihr dort anwesenden Fürsten von Wittgenstein den nachstehenden ostensibeln Brief zu schreiben."

[11]) Vom 4. Juli und 19. Aug. 1806. Hardenberg III, 105—112; 113—116.

Wir ersehen weiter aus Hardenbergs Briefwechsel mit dem Fürsten Wittgenstein, daß er die Stein'sche Denkschrift zur Begutachtung erhielt, und daß sein Rat entscheidend für Steins Handlungsweise war[12]); daß er schon am 16. August eine Abschrift der Rüchel'schen „Skizze des Augenblicks am 14. August 1806", welche sich auch gegen die leitenden Staatsmänner richtete, in Händen hatte und vom Verfasser beauftragt war, Stein eine Abschrift derselben zukommen zu lassen[13]). Rüchel hatte seine Abhandlung, worin er an Stelle des Grafen Haugwitz und der Geh. Kabinetsräte seine Gesinnungsgenossen Hardenberg, Stein, Phull empfiehlt, am 15. August dem König vorgelesen, jedoch ohne den gewünschten Eindruck zu machen. Wenn Hardenberg dem Fürsten von Wittgenstein Schweigen auferlegt, indem er ihm die „Skizze" des Generals von Rüchel übermittelt[14]), so wird dadurch nur von neuem bestätigt, daß er im vollen Umfang Teilnehmer des patriotischen Komplotts war. Gebraucht er doch auch in einem seiner Briefe die erste Person der Mehrzahl: Wir, um die Mitglieder eben jenes Bundes zu bezeichnen[15])! Darnach hat Hardenberg, der bis in den April 1806 gemeinsam mit Haugwitz und Lombard am Ruder war, sich gleich nach seinem Rücktritt der Opposition gegen seine seitherigen Amtsgenossen angeschlossen, in der Absicht, jede Verantwortlichkeit für das Geschehene von sich abzuwälzen und zu zeigen, daß er stets in principiellem Gegensatz zu ihnen gestanden habe, allerdings ohne zur Geltung kommen zu können gegen die Ränke des allmächtigen Geh. Kabinets. Dies der Standpunkt, den er von jener Zeit an einnahm und auch in seinen Denkwürdigkeiten fest gehalten hat.

Es wird sich nun zunächst darum handeln, zu untersuchen, welcher Art die Beschwerden sind, die Hardenberg und seine Gesinnungsgenossen gegen die damaligen Leiter der preußischen Politik vorzubringen hatten. Wir werden jedoch bei der Prüfung der beiden Denkschriften, in denen sich ihr Zorn Luft machte, alles das völlig bei Seite lassen müssen, was sich gegen private Verhältnisse und persönliche Eigenschaften der Betroffenen richtet, da wir es

---

[12]) Hardenberg III, 107: „Ich rieth dem Minister Stein, das Memoire nicht zu übergeben, und vor allen Dingen ruhig mit den wenigen patriotischen Männern, die Muth und Herz auf dem rechten Fleck haben, zu überlegen, wie man mit Erfolg die Wahrheit an den König bringen könne." — — „daß ich es unmöglich für räthlich halten könne, während der Abwesenheit der Königin einen Schritt zu thun. Der Minister Stein fand meine Bedenklichkeiten begründet und versprach, meinem Rath zu folgen."

[13]) Hardenberg III, 115; Rüchels Brief an Hardenberg vom 15. Aug. und „Skizze des Augenblicks" V, 376—383; und in den Preuß. Jahrb. 1881. Bd. 47, 127—132.

[14]) Hardenberg III, 115: „das Memoire, welches ich Ihnen im engsten Vertrauen zur Durchsicht schicke, zugleich aber die Bitte hinzufüge, mir beides durch einen sicheren Expressen auf meine Kosten den Tag nach dessen Empfang zurückzusenden, auch sich nie gegen Rüchel merken zu lassen, daß ich es Ihnen mittheilte."

[15]) Hardenberg III, 111.

nur mit ihrer Staatsleitung zu thun haben. Stein in seinem feurigen rücksichtslosen Temperament hat es sich allerdings ebensowenig wie seine Parteigänger versagen können, in dem Übermaß seiner Entrüstung auch ihre Person sowie ihr ganzes Thun und Treiben in den abschreckendsten Farben zu malen. Gegen diese Darstellungen müssen wir die äußerste Vorsicht üben, zumal es nicht an Andeutungen fehlt, welche darauf hinweisen, daß der durch die Bevorzugung bürgerlicher Kabinetsräte verletzte Adelsstolz, wenn nicht bei Stein selbst, doch bei seinen Anhängern ein nicht unwirksames Motiv war [16]), ihr Urteil also nicht den Anspruch auf volle Unbefangenheit erheben kann [17]).

Der Kern ihrer Beschwerden ist in Folgendem zusammengefaßt.

Die „Regierungsverfassung" des preußischen Staates ist mit der Zeit „untergraben" worden, indem sich zwischen den aus den verantwortlichen Ministern bestehenden Staatsrat und den Regenten die Geh. Kabinetsräte eingedrängt haben. Während dieselben ursprünglich nichts weiter sein sollten als Hülfsbeamte, Sekretäre, bilden sie nunmehr eine „neue Staatsbehörde", welche in Wirklichkeit mit dem König regiert, ohne ein „gesetzliches und öffentlich anerkanntes Dasein" zu haben. „Sie hat alle Gewalt, die endliche

---

[16]) Daß das aus bürgerlichen Emporkömmlingen zusammengesetzte Geh. Kabinet dem Adel, der sich allein zur Staatsleitung berufen glaubte, ein Dorn im Auge war, wird mehrfach in den „Vertrauten Briefen über die inneren Verhältnisse am preußischen Hof seit dem Tode Friedrichs II" hervorgehoben; insbesondere I, 100f.; 118; 126; 132f.; dieses 1807 erschienene Werk hat, wie nunmehr sicher ist, den Kriegsrat von Coelln zum Verfasser [s. hierüber Politisches Journal 1808, I, 72; und „Minerva" herausg. v. Archenholz, 1807. IV, 551] und ist schon von den Zeitgenossen wegen seiner Zuverlässigkeit und Objektivität als eine schätzbare Quelle anerkannt worden.

[17]) Den Charakteristiken, die Stein von Haugwitz, Lombard, Beyme, Köckeritz giebt [Hardenberg V, 372—374], merkt man unschwer das Bestreben an, alles irgend Tadelnswerte an's Licht zu ziehen, selbst wenn es aus unlauteren und unzuverlässigen Quellen stammt. Wie weit die Gegner der Kabinetsregierung in der Aufnahme und geflissentlichen Verbreitung der abgeschmacktesten und widerwärtigsten Anekdoten aus dem Privatleben jener Männer giengen, lernt man erst begreifen, wenn man einen Blick in die Tageslitteratur und Flugschriften der Jahre 1806 u. ff. wirft. Unübertroffen an rücksichtslosester Schmähsucht gegen die Kabinetsräte und Haugwitz ist die „Gallerie preußischer Charaktere, aus der französischen Handschrift übersetzt; Germanien 1808" [s. besonders 3ff.; 255ff.; 273ff.; 315ff.]. Die Schrift ist anonym erschienen, stammt aber sicherlich aus einer der Stein'schen Partei nahe stehenden Feder. Maurenbrecher vermutet den Verfasser in dem Litteraten Julius Lange. [Grenzboten, Jahrg. 36. II. Semester, II. Bd., 2.] Dieser Arbeit gegenüber zeichnen sich durch Mäßigung und eine gewisse Objektivität aus die schon oben erwähnten „Vertrauten Briefe etc.", Amsterdam und Cölln 1807, deren erster Band hier in Betracht kommt, und „des Obersten von Massenbach, Generalquartiermeisterlieutenants, drei Sendschreiben an die Herren Generallieutenants von Blücher und von Rüchel und an den Geh. Kabinetsrath Herrn Lombard. Nebst dessen Erklärung über das Buch: Gallerie preußischer Charaktere. Frankfurt und Leipzig 1808." Letztere Erklärung erschien zuerst in der „Minerva" 1808, III, 430ff.

Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besetzung aller Stellen, aber keine Verantwortlichkeit, da die Persohn des Königs ihre Handlungen sanktionirt" [18]). Mit seinen Ministern dagegen kommt der König gar nicht in Berührung.

Obwohl Stein in dieser Darstellung die Farben etwas grell aufgetragen hat, so müssen wir uns seinem Urteil, daß diese „neue Staatsbehörde" an sich verfehlt und schädlich war, unbedingt anschließen. Aber es ist zunächst doch die Frage, ob in Wirklichkeit, speciell in der Zeit, mit der sich unsere Untersuchung beschäftigt, die Verhältnisse so lagen, ob die Folgen, welche eine Einrichtung wie das Geh. Kabinet mit sich bringen konnte, auch wirklich damals eingetreten sind, ob in der That der Staatsminister Freiherr von Hardenberg nur dem Namen nach Minister war und seine Stimme ungehört verhallte? Auf einen Mangel in der oben skizzierten preußischen Regierungsverfassung, der jedoch in den Äußerungen der Stein-Hardenberg'schen Partei nicht besonders betont wird, mag gleich hier hingewiesen werden. Es fehlte durchweg an Einheit und Zusammenhang zwischen den einzelnen Departements, es fehlte die feste Hand, in der alle Fäden zusammenlaufen und von der sie bewegt werden sollten. Überall bricht dieser Mangel hervor; aber niemals zeigte er sich schrecklicher in seinen Folgen als im Herbst 1806, als eine starke einheitliche Leitung der diplomatischen und militärischen Angelegenheiten so notwendig war. Welches Zugeständnis, wenn Lombard, der Vertreter des äußeren Departements, bekennt, er habe seinen Kollegen im militärischen Fach, den Oberst von Kleist, kaum gekannt, aber immer nur mit Achtung von ihm reden hören [19])! Wenn das Geh. Kabinet mit einer solchen Organisation in der That die allein Ausschlag gebende Behörde war, so konnte nichts gutes daraus erwachsen.

Das Hauptgewicht legen die Gegner des Geh. Kabinets jedoch darauf, daß auch die Personen, welche diese an sich mangelhafte Behörde bilden, vielen Grund zur Unzufriedenheit geben, daß also „die subjektive Zusammensetzung das Fehlerhafte der Einrichtung nicht mildert". Dazu kommt, daß der

---

[18]) Steins Denkschrift, Hardenberg V, 371.

[19]) „Le colonel de Kleist a occupé ce poste dans les dernières années. *Je le connois peu*, mais je n'en ai jamais entendu parler qu' avec estime." Matériaux, 55. S. u. Vgl. die Bemerkungen hierzu in den „Europäischen Annalen" 1808, VI, 246 f. sowie „Historische Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Verfalls des preußischen Staates rc." von dem Obristen von Massenbach. 2 Teile. Amsterdam 1809. Dort steht treffend bemerkt, II, 38: „Immerhin mochte die Strategie Operationsentwürfe schmieden; die übrigen Verwaltungsdepartements des Krieges standen mit diesen Entwürfen in keiner Verbindung! Alles war isolirt, die Politik und die Staatswirthschaft, die Arbeiten der Strategie, der Artillerie, der Verpflegungsbeamten; allem und allem, und überall und überall fehlte die Einheit! Und dieses Ganze führte den Namen eines Staates!" Ähnlich äußerte sich Massenbach mit direkter Beziehung auf das Geh. Kabinet in der Vorrede zu seinen „drei Sendschreiben", S. 18.

Graf Haugwitz mit dem Geh. Kabinet „affiliirt" und von demselben „abhängig" ist, ein „Commis", der des Kabinetsrats Lombard Befehle ausführt[20]). In diesem Umfang kann die Darstellung des Verhältnisses zwischen Haugwitz und Lombard unmöglich auf Wahrheit beruhen. Soviel bleibt jedoch immerhin als richtig bestehen, daß zwischen diesen beiden Männern stets ein gutes Einvernehmen und Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen herrschte; und da Hardenberg den Grafen als ein Appendix des Geh. Kabinets betrachtete, so spielt dieser in den Beziehungen zwischen den Kabinetsräten und Hardenberg ebenfalls eine Rolle.

Verfolgen wir weiter die Anklagen der Patrioten! Das Geh. Kabinet soll den Staat in die peinliche Lage gebracht haben, in der er sich im Sommer 1806 befand. Die Kabinetsräte und Haugwitz haben durch „Falschheit und Heuchelei", durch „schändliche Nachgiebigkeit", durch „Kolludiren" mit Bonaparte den preußischen Namen vor aller Welt entehrt[21]); sie haben durch Vertragsbruch das Zutrauen der anderen Mächte verscherzt[22]). Werden sie nicht entfernt, so ist die preußische Monarchie in der größten Gefahr, gerade bei den bevorstehenden Krisen, da sich die eigenen Unterthanen und die fremden Staaten mit Verachtung von der Regierung abwenden werden[23]).

---

[20]) Steins Denkschrift, Hardenberg V, 370; 372—374; Wittgenstein an Hardenberg 13. Juli 1806, Hardenberg III, 112f.; Gallerie preußischer Charaktere, 330f. Ähnlich äußert sich Massenbach, jedoch viel gemäßigter in dem „Sendschreiben" S. 96: „So bescheiden Sie sich auch hinter den Grafen Haugwitz verstecken, so gewiß ist es doch, daß Sie vor oder wenigstens neben ihm standen." Auch die Berichte des nürnbergischen Legationsrats Woltmann über seine Sendung nach Berlin sprechen von einer hervorragenden Bedeutung Lombards. S. J. Baader „Streiflichter auf die Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands", Nürnberg 1878; z. B. Woltmanns Bericht vom 28. Mai 1803, S. 59. Vgl. auch „Vertraute Briefe" I, 115f.; sowie „Fr. von Gentz' Schriften", herausg. v. G. Schlesier, Mannheim 1838. II, 233f.

[21]) J. v. Müllers Denkschrift, Pertz I, 349f.; diese Ansicht war viel verbreitet. S. auch Baader, 63, Woltmanns Bericht vom 28. Febr. 1804.

[22]) Steins Denkschrift, Hardenberg V, 376: „Die neueren Ereignisse, wo wir feyerlich sanctionirte Verträge im Augenblick der Erfüllung umgangen und bald darauf umgestoßen sahen, sind ein fürchterlich belehrendes Beyspiel zu der Bestätigung des Grundsatzes, daß es nothwendig ist, Persohnen zu ändern, wenn man Maasregeln ändern will."

[23]) Steins Denkschrift a. a. O.: „Sollte er (der König) fortfahren, unter dem Einfluß eines fehlerhaft eingerichteten und verwerflich zusammengesetzten Kabinets zu regieren, so ist es zu erwarten, daß der Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliehrt, und daß der Monarch die Liebe und Achtung seiner Unterthanen nie wieder erhält." J. v. Müllers Denkschrift, Pertz I, 351: „Die Welt ist voll der bereitwilligsten Alliirten, die Furcht nur, durch das Cabinet an Bonaparte verrathen zu werden, ist seit mehreren Jahren das einzige Hinderniß, welches viele abgehalten hat, Ew. Majestät ihre Gesinnungen mit dem Vertrauen zu entdecken, wozu Höchstdero persönliche Biederkeit sonst so einladend gewesen wäre." An einen wirklichen Verrat zu glauben,

Werden demnach die genannten Staatsmänner nicht nur für die gesammte Politik Preußens bis zum Herbst 1806 allein verantwortlich gemacht, während doch gemeinschaftlich mit ihnen auch Hardenberg an der Leitung des auswärtigen Departements Anteil gehabt hatte, so sind auch die Vorschläge zur Neubesetzung der Ministerstellen in demselben Sinn bemerkenswert. Rüchel empfiehlt in seiner „Skizze des Augenblicks“ als Haugwitz' Nachfolger den Freiherrn von Hardenberg als einen Mann, der „das Vertrauen der Nation und der Welt hat“ [24]). So wird Hardenberg gerade in Gegensatz zu den Männern des Geh. Kabinets gebracht, und er selbst versäumt nichts, um die Ansicht zu verbreiten, daß er immerwährend ein principieller Gegner derselben gewesen sei, aber gegen die Falschheit und Hinterlist dieser Coterie nicht habe aufkommen können. Alle Verantwortung für die Entschließungen der preußischen Regierung in dem vergangenen und laufenden Jahre wälzt er von sich ab auf die Schultern Haugwitz' und des Geh. Kabinets. „Durch schwache und böse Rathgeber“ [25]), sagt er, habe sich der König zu unglückseligen Schritten verleiten lassen; und doch hat er selbst zu den Ratgebern des Königs gehört.

Unsere Untersuchung wird sich also nicht nur mit der Frage beschäftigen müssen, ob in der That das Geh. Kabinet mit Umgehung der Minister regierte, sondern auch, ob Hardenberg ein Recht hatte, die gesammte Politik Preußens vom Herbst 1805 bis zur Schlacht von Jena als das alleinige Werk des Geh. Kabinets und des von demselben abhängigen Grafen Haugwitz zu bezeichnen, während er doch selbst auch nach seinem Rücktritt am 15. April 1806 den Geschäften nicht fern blieb.

Gegen die vielfachen Angriffe, die im vorausgehenden in ihren Hauptzügen gezeichnet sind, hat der Geh. Kabinetsrat Lombard selbst eine Apologie der preußischen Politik der Jahre vor dem jähen Zusammensturz und der preußischen Kabinetsverfassung veröffentlicht, unter dem Titel : „Materialien zur Geschichte der Jahre 1805, 1806 und 1807“ [26]). Zur vorläufigen

---

waren alle weniger fanatischen Gegner der Lombard und Haugwitz weit entfernt. Auch Hardenberg weist dies zurück, II, 51; desgl. Massenbach in der Vorrede zu den Sendschreiben, 22 ff. Der schon erwähnte Artikel in den Europäischen Annalen, 1808, VI, 238—261, ist der Ansicht, daß man überhaupt im Unrecht sei, wenn man einzelne Personen für das Unglück Preußens verantwortlich machen wolle.

[24]) Hardenberg V, 382.

[25]) Hardenberg an Wittgenstein 4. Juli 1806; III, 108 f.

[26]) „Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805, 1806 et 1807; Dédié aux Prussiens par un ancien compatriote. A Francfort et à Leipsic 1808.“ Die Verfasserschaft Lombards steht nunmehr unzweifelhaft fest. Außer dem, was sich hierüber bei Oncken „Österreich und Preußen 1813“ II, 141 f. und Anm. findet, ist noch heranzuziehen, was Massenbach in dieser Hinsicht sagt [Sendschreiben, 20 f.], sowie die positiven Angaben in den Europäischen Annalen 1808, VI, 239, und dem Politischen Journal 1808,

Orientierung über das Geh. Kabinet und sein Verhältnis zu den Ministern setzen wir die Ausführungen Lombards selbst hierher. Was an seiner Darstellung, auf welche wir öfters zurückweisen müssen, richtig ist, was nicht, wird sich aus unserer Untersuchung ergeben. Die Hauptstellen, die hier in Betracht kommen, lauten, wie folgt[27]):

---

302. Das Werk, welches einer unverdienten Vergessenheit anheimgefallen ist, erregte bei seinem Erscheinen großes Aufsehen und wurde selbst von Lombards Gegnern mit Anerkennung genannt. Vgl. zu obigen Stellen noch Minerva 1808, III, 544—556. Die „Chronik des neunzehnten Jahrhunderts" von Venturini und Bredow, Altona 1809, Bd. III, schließt sich oft wörtlich an Lombards Darstellung an.

[27]) Matériaux, 50 : „Frédéric le grand dirigeoit seul tous les ressorts de l'état. Ses ministres demandoient ses ordres par écrit, et, de son cabinet, il prononçoit d'un trait de plume sur les affaires les plus importantes comme sur les moindres détails. Sa longue expérience le dispensoit d'un long examen. Le mépris pour les hommes dont il n'avoit pu se défendre, après qu'il eut survécu à ses dernières affections, l'avoit (51) rendu sur les jugemens d'une indifférence parfaite, et jamais, dans ses ordres de deux lignes, il n'énonçoit un motif. Deux ou trois secrétaires, gens médiocres et machines, lui suffisoient pour ce mode de travail.

Ses successeurs voulurent à son exemple gouverner eux-mêmes. Ils n'avoient pas ses connoissances. Il falloit donc jusqu' à ce qu'ils les eussent, puiser dans celles des serviteurs de l'état, c'est à dire, ou en conservant la forme du travail de Frédéric, se donner des secrétaires de cabinet instruits, ou en renonçant absolument à cette forme, ne travailler qu'avec les ministres. Ils prirent le premier parti. On a écrit des volumes contre les prétendus inconvéniens de ce mode. Il m'a toujours paru que c'étoit une dispute de mots. Les secrétaires ou conseillers de cabinet étoient dans le fait des ministres auxquels il ne manquoit que le titre. Tout dépendoit du choix des hommes. Si le roi se trompoit sur ses entours, le malheur étoit grand sans doute; mais ne pouvoit-il pas se tromper de même sur ses (52) ministres? Dans ce dernier cas, c'étoit bien autre chose quant aux suites, premièrement, parceque les ministres auroient eu l'exécution du mal conseillé par eux-mêmes, ce qui n'étoit pas le cas au cabinet, en second lieu, parceque leur influence auroit été sans contre-poids, tandisque celle des conseillers privés avoit une surveillance utile et puissante dans l'existence toujours honorée des ministres. Quelques détails sur le travail du Roi me feront mieux comprendre.

Toutes les lettres qui lui étoient adressées, rapports des départemens, mémoires de particuliers, se déposoient chaque matin dans son cabinet. Elles y étoient ouvertes par l'homme de confiance, le général de Koeckritz, aidé d'un vieux secrétaire éprouvé. Le Roi étoit présent à cette opération ou du moins entroit plus d'une fois pendant sa durée. Il s'informoit en gros des affaires et surtout il ne manquoit jamais de lire au hasard lui même un grand nombre des lettres, car, lire le tout, étoit physiquement impossible. Ainsi (53) prémuni contre les surprises, il laissoit Koeckritz et son aide partager les lettres en trois paquets, selon l'ordre des matières, pour être envoyées aux trois conseillers du cabinet chargés des affaires militaires, de celles de l'intérieur et du travail politique. Ceux-ci en prenoient connoissance dans la journée, et le lendemain ils se rendirent chez le Roi,

„Friedrich der Große leitete allein alle Zweige des Staatswesens. Seine Minister erbaten seine Befehle schriftlich, und von seinem Kabinet aus entschied er mit einem Federzug über die wichtigsten Fragen wie über die geringfügigsten Einzelheiten. Seine langjährige Erfahrung ersparte ihm eine umständliche Prüfung. Die Menschenverachtung, deren er sich nicht erwehren konnte, nachdem ihm alles gestorben, was ihm lieb gewesen war, hatte ihn gegen alle Urteile völlig gleichgültig gemacht, und niemals gab er in seinen zwei Zeilen umfassenden Befehlen einen Grund an. Zwei oder drei Sekretäre, mittelmäßige Köpfe, reine Maschinen reichten ihm zu dieser Arbeitsweise hin.

„Seine Nachfolger wollten nach seinem Vorgang selbst regieren, ohne seine Kenntnisse zu besitzen. Sie mußten also, bis sie sich dieselben angeeignet hatten, aus den Kenntnissen der Staatsdiener schöpfen, d. h. entweder, indem sie Friedrichs Geschäftsgang beibehielten, sich mit unterrichteten Kabinets-sekretären versehen, oder diese Form ganz verwerfen und nur mit den Ministern arbeiten. Sie schlugen den ersteren Weg ein. Gegen die angeblichen Unzuträglichkeiten dieser Einrichtung sind ganze Bände geschrieben worden. Es ist mir immer vorgekommen, als wäre dies ein Streit um Worte. Die Kabinets-Sekretäre oder -Räte waren im Grunde Minister, denen nichts als der Titel fehlte. Alles hing von der Wahl der Persönlichkeiten ab. Wenn der König sich über seine Umgebung täuschte, so war das Unglück ohne Zweifel groß; aber er konnte ebensowohl in der Wahl seiner Minister einen Fehlgriff thun. Im letzteren Falle stand es jedoch mit den Folgen ganz anders, erstens, weil die Minister auch die Vollstreckung ihrer eigenen schlimmen Ratschläge gehabt hätten, was im Kabinet nicht der Fall

---

pour lui rendre compte de chaque affaire séparément. Les infidélités étoient à peu près impossibles, car chaque lettre pouvoit avoir été lue par le Roi la veille, ou bien il demandoit à revoir celles dont le contenu le frappoit. Il discutoit avec le rapporteur le pour et le contre, les mémoires mêmes fournissant les données, surtout si c'étoient des rapports ministériels, dont tous le motifs devoient scrupuleusement être rendus et pesés. Notez bien que, la décision du Roi une fois prononcée, l'affaire auroit été coulé à fond sans retour, si ç'avoit été avec les ministres qu'il eut travaillé. Mais, dans la forme reçue, c'étoit à ces ministres eux-mêmes qu'alloient les prémiers ordres (54) du maître. Y trouvoient-ils quelquechose qui leur parut contraire á la justice ou aux intérêts de l'état? Ils pouvoient revenir à la charge, appuyer leurs représentations de motifs nouveaux. Le Roi qui vouloit la vérité et qui avec toute sa bonté avoit dans son caractère un germe de défiance, leur auroit tenu compte de leur courage. Ou même, quoi-qu'ils ne le vissent dans la règle que rarement, il n'y avoit pas un d'eux qui, s'il avoit cru de son devoir de l'éclairer sur quelque vérité importante, sur quelque abus du pouvoir, ne se fut fait ouvrir toutes les portes, à toutes les heures, en se présentant au château. On voit que l'existence des conseillers du cabinet, en les supposant honnêtes et sages, n'étoit rien moins que malfaisante, et que, dans l'hypothèse contraire, le remède au mal étoit plus près du Roi sous ce régime que sous l'autre."

war; zweitens, weil ihr Einfluß ohne Gegengewicht gewesen wäre, während der Einfluß der Geh. Räte in der immer höchst ehrenvollen Stellung der Minister eine wirksame und mächtige Kontrolle hatte. Einige Einzelheiten aus dem Geschäftsgang des Königs werden zum besseren Verständnis dienen.

„Alle Briefe, die an ihn gerichtet waren, Departementsberichte, Promemorien von Privaten, wurden allmorgendlich in seinem Kabinet niedergelegt. Hier wurden sie von dem Vertrauensmanne, General Koeckritz, geöffnet, dem ein alter, erprobter Sekretär zur Hand ging. Der König war bei dieser Arbeit anwesend oder ging wenigstens während derselben ab und zu. Er unterrichtete sich im großen über die Angelegenheiten und versäumte besonders nie, selbst eine große Anzahl von Briefen, wie es der Zufall brachte, zu lesen, denn alle zu lesen war physisch unmöglich. Nachdem er sich so gegen Täuschungen gesichert hatte, ließ er durch Koeckritz und seinen Gehülfen die Briefe in drei Pakete nach Maßgabe ihres Inhalts ordnen, um an die drei Kabinetsräte gesandt zu werden, welche mit den militärischen Angelegenheiten, dem inneren und dem äußeren Departement betraut waren. Sie nahmen im Laufe des Tags Kenntnis davon, und am folgenden begaben sie sich zum König, um ihm über jede Sache gesondert zu berichten. Veruntreuungen waren kaum möglich, denn jeder Brief konnte Tags zuvor vom König gelesen worden sein, oder er verlangte gar diejenigen wiederzusehen, deren Inhalt ihm auffiel. Er besprach mit dem Berichterstatter das Für und Wider, indem die Denkschriften selbst die Gesichtspunkte gaben, besonders wenn es Ministerialberichte waren, deren Motive sämmtlich mit peinlicher Genauigkeit wiedergegeben und erwogen werden mußten. Man beachte wohl, daß nachdem die Entscheidung des Königs einmal ausgesprochen war, die Angelegenheit unwiderruflich erledigt gewesen wäre, wenn er mit den Ministern gearbeitet hätte. Aber in der angenommenen Weise gingen diesen Ministern selbst die ersten Befehle des Herrschers zu. Fanden sie darin etwas, das ihnen der Gerechtigkeit oder dem Staatsinteresse zu widersprechen schien, so konnten sie noch einen Versuch machen und ihre Vorstellungen mit neuen Gründen stützen. Der König, der die Wahrheit wollte und bei all seiner Güte ein Korn von Mißtrauen in seinem Charakter hatte, würde ihnen ihren Mut hoch angerechnet haben. Ja es gab, obwohl sie ihn in der Regel nur selten sahen, keinen unter ihnen, der, wenn er es für seine Pflicht gehalten hätte, ihn über eine wichtige Wahrheit, über einen Mißbrauch der Gewalt aufzuklären, nicht stündlich alle Thüren offen gefunden hätte, wenn er sich im Schloß zeigte. Man sieht, daß das Vorhandensein der Kabinetsräte, sobald sie redlich und verständig waren, nichts weniger als schädlich war, und daß, im entgegengesetzten Fall, der König eher unter dieser Regierung die Mittel zur Abhülfe besaß als unter der andern.“

An dieser Stelle schiebt Lombard eine Entgegnung auf Steins Schilderung der Kabinetsräte und anderer maßgebenden Persönlichkeiten ein und charakterisiert dieselben in verständiger, gemäßigter Weise, während man von ihm leicht eine Lobhudelei erwarten könnte[28]). Mit besonderer Hingebung stellt er das Verhältniß Friedrich Wilhelms zum General Koeckritz, „dem Freund des Königs", dar, dem er eine großartige, wohl etwas stark idealisierte Bedeutung zuschreibt[29]).

Er fährt alsdann fort[30]) : „Was die Einwendungen gegen die Arbeitsmethode des Königs vollends entkräftet, ist die völlige Unwahrheit der Behauptung, daß die Thätigkeit der Kabinetsräte die Minister von der Person des Königs entfernt habe und die Wahrheit nur durch ihren Mund bis zu ihm habe bringen können." Der Verfasser weist dies an den einzelnen Departements nach. „Die Minister des Äußeren endlich hatten jederzeit Zutritt zum König. Da sie im Besitz aller Mittel waren, um sich Gehör zu verschaffen, so war das Unheil, wenn sie es geschehen ließen, gewiß nicht die Folge der Geschäftsorganisation." [31])

Die hieran geknüpften Charakteristiken der Minister Haugwitz und Hardenberg sind zu instruktiv für ihre Beurteilung, als daß wir ihre wortgetreue Mitteilung unterlassen dürften[32]) :

---

[28]) Matériaux, 54—58. Hierzu bemerkt das Politische Journal 1808, 280 : „Freimüthigkeit und Humanität haben die Farben dieses Gemäldes gemischt."

[29]) Matériaux, 58 : „le premier interprête de la nation et la seconde conscience du Roi."

[30]) A. a. O. : „Ce qui achève d'infirmer les objections contre la manière de travailler du Roi, (59) c'est qu'il n'est pas même vrai, comme on l'a dit, que l'action des conseillers du cabinet éloignât de sa personne les ministres, et que la vérité ne put arriver à lui que par l'organe des premiers."

[31]) A. a. O. : „Enfin, les ministres des relations étrangères avoient auprès de la personne du Roi un accès de toutes les heures. En possession de tous les moyens de se faire écouter, le mal, s'ils le laissoient faire, n'étoit certainement pas la suite de l'organisation du travail."

[32]) A. a. O. : „Haugwitz, riche, plus qu'indifférent pour l'argent, blasé sur les distinctions et par cette raison seule plus fait que d'autres pour une place entourée de pièges, avoit apporté dans la sienne des qualités précieuses, un coup d'oeil parfait, une calme imperturbable et le talent de persuader. Il y a eu dans notre histoire de beaux et de grands momens qui n'ont été dûs qu'à lui. Cependant jamais ministre n'a été plus méconnu. On l'a dit sans caractère, parcequ'il est sage, et faux, parcequ'il est maitre de lui. Il a été abreuvé (61) d'amertumes, pour avoir jugé le tems et voulu reculer l'époque de notre chute."

„Hardenberg, dans des tems plus calmes n'auroit pas été déplacé. Avec des intentions droites il avoit de la dignité, des graces, l'esprit de la société, celui même des affaires, tant qu'elles le laissoient de sens froid. Mais une fois hors d'équilibre, il ne se possédoit plus. Il avoit, disoient alors ceux qui ne voyoient de sagesse que dans les emportemens, il avoit plus d'énergie que son collègue.

„Haugwitz war reich, mehr als gleichgültig gegen das Geld, übersättigt durch Auszeichnungen und aus diesem Grund schon vor allen andern für einen Posten gemacht, der von Schlingen umgeben war. Er brachte für seine Stellung wertvolle Eigenschaften mit, einen vollkommenen Scharfblick, eine unerschütterliche Ruhe und Überredungsgabe. Es gab in unserer Geschichte schöne und große Augenblicke, die wir ihm allein verdanken. Doch ist niemals ein Minister mehr verkannt worden. Man hat ihn charakterlos genannt, weil er klug war, und falsch, weil er immer Herr seiner selbst bleibt. Er ist mit Bitterkeiten überhäuft worden, weil er die Zeiten zu beurteilen wußte und den Augenblick unseres Sturzes hinauszuschieben suchte."

„Hardenberg wäre in ruhigeren Zeiten nicht am unrechten Platz gewesen. Mit rechtschaffenen Gesinnungen verband er Würde, Anmut, gesellschaftlichen Geist, auch Geschäftsgeist, so lang ihm die Geschäfte kaltes Blut ließen. Aber einmal aus dem Gleichgewicht gebracht, war er seiner nicht mehr Meister. Diejenigen, welche Weisheit nur in Aufwallungen sehen, sagten damals, daß er mehr Energie habe als sein Kollege. In Staatskrisen gilt eben der vernünftige Mensch für schwach, weil die Leidenschaft das Ansehen der Kraft hat."

Soweit Lombard. Die Differenzen seiner Darstellung gegenüber den Schriften der Opposition springen in die Augen. Wo die Wahrheit liegt, mag unsere Untersuchung zeigen.

II.

Der Vertrag von Potsdam 3. November 1805.

Durch den von Hardenberg am 5. April 1795 zu Basel abgeschlossenen Separatfrieden zwischen Preußen und der französischen Republik war das Neutralitätssystem begründet worden, welchem das preußische Kabinet bis zum Herbst 1805 treu geblieben ist. Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. im Jahr 1797 hat der preußischen Neutralität eine neue Festigung verliehen, da Charakter und Neigungen des jungen Monarchen mit keiner Richtung so sehr in Einklang standen als mit einer Politik der Ruhe

---

C'est que, dans les crises des états, l'homme raisonnable est celui qui passe pour faible, parceque la passion ressemble à la force."

und des Friedens[1]). Zudem erschien dieselbe durch die Lage des preußischen Staates geboten. Seine thatsächlichen Mittel standen in einem schreienden Mißverhältnis zu dem Ruf und der Achtung, welche er in Anspruch nahm[2]). Wenn nicht der preußische Waffenruhm zu einem Phantom werden sollte, mußte der Herrscher dafür Sorge tragen, demselben eine starke Grundlage zu gewähren, indem er den Wohlstand auf alle Art wieder zu heben suchte, der durch die Wirtschaft Friedrich Wilhelms II. bedenklich zerrüttet worden war. Ebenso wenig wie diese Thatsache läßt sich der äußerst mangelhafte Zustand der preußischen Armee zu jener Zeit ableugnen[3]). Der 14. Oktober 1806 mit seinen erschrecklichen Nachspielen hat jeden Zweifel hieran getilgt, selbst bei denen, die sich zuvor in glänzenden Illusionen von preußischer Unbezwinglichkeit gewiegt hatten. Denn außer dem König selbst waren wohl nur wenige in Preußen, die vorher schon den hoffnungslosen Zustand der Armee ahnten; vielleicht war Friedrich Wilhelm selbst der einzige Offizier im preußischen Heer, der sich die Fehler in der Militärorganisation nicht verhehlte. Daß aber Lombard ganz mit Recht die Zähigkeit, mit der Friedrich Wilhelm an der Neutralität festhielt, auf die klare Erkenntnis des schlechten Zustandes der Armee zurückführt, wird durch andere Zeugnisse genugsam bestätigt[4]). So kam es, daß Preußen das Schwert in der Scheide ließ, obwohl Jahre lang ringsum der Boden Europas von den ehernen Tritten des Korsen erdröhnte. Erst im Herbst 1805 wurde das Neutralitätssystem nachhaltig erschüttert.

Zur Zeit, da sich dieser Umschwung zu Potsdam vollzog, wurde im Geh. Kabinet wie seit Jahren der Vortrag über die auswärtigen Angelegenheiten durch den Geh. Kabinetsrat Lombard erstattet, während verantwortlicher Staats- und Kabinetsminister der Freiherr Karl August von Hardenberg war, der auf königliche Kabinetsordre vom 14. Juli 1804 als

---

[1]) Vgl. die Charakteristik Fr. Wilhelms III. in den Matériaux 8—12, S. 12: „Il avoit sur les grands rapports de l'état des idées, avec lesquelles il auroit gouverné des anges plus sûrement que des hommes. Tous ces calculs lointains de la politique qui sacrifient le présent à des intérêts futurs, peutêtre incertains, répugnoient à son sens moral. Il ne connoissoit de guerre juste que celle qui se fait pour la défense immédiate de l'état.“

[2]) Matériaux, 15: „La Prusse, élévée par un tour de force au rang des grandes puissances, avoit leurs besoins sans avoir leurs ressources.“

[3]) Matériaux, 27—41.

[4]) Ephraim, „Über meine Verhaftung und einige andere Vorfälle meines Lebens“, Dessau 1808. S. 97: „So viel ist gewiß, daß der König selbst den Plan des Herzogs zu gewagt fand; auch hatte er viele Gebrechen der Armee mit gesundem Menschenverstand schon lange voraus eingesehen und richtig beurtheilt.“ Dasselbe sagt Massenbach in seinen Denkwürdigkeiten, II, 13, wo er ein Gespräch mit dem König mitteilt, das vor Ausbruch des Krieges stattfand.

Nachfolger des Grafen Haugwitz das Portefeuille am 13. August 1804 definitiv übernommen hatte, nachdem er zuvor schon vorübergehend sein Stellvertreter gewesen war [5]). Jedoch war auch jetzt Haugwitz seiner Stelle nicht geradezu enthoben, sondern es war der besondere Wunsch des Königs, daß die beiden Minister einander im Verhinderungsfall vertreten, auch mit einander konferieren sollten, sich jedoch „alles dessen enthalten müßten, was zu einer gemeinschaftlichen Geschäftsführung, die er dem Dienste für nachtheilig halte, führen könnte" [6]). Dieser ganze Vorgang hatte nur dann einen Sinn, wenn dabei vorausgesetzt wurde, daß mit dem Wechsel der Person kein Systemwechsel verbunden sei. Dies mußte auch dem Freiherrn von Hardenberg von vornherein klar sein, selbst wenn bei der Übergabe des Portefeuille nicht die Rede davon gewesen wäre. Aber es ist davon gesprochen worden; und zwar hat der König selbst im Beisein des Grafen Haugwitz den neuen Minister darauf aufmerksam gemacht, daß er sich keinen Schritt von dem durch seinen Vorgänger „mit so viel Festigkeit und Weisheit" vertretenen System der Neutralität zu entfernen habe. Hardenberg wußte also, was man von ihm erwartete, und trat sein Amt auch an mit dem Vorsatz, diese Erwartungen zu rechtfertigen. Der direkte Hinweis des Königs hat ihn zwar verletzt, nicht aber, weil er selbst andere politische Ideen hatte, sondern weil es ihn kränkte, daß man ihm etwas aufdringen wollte als fremdes Eigentum, was er als Resultat seiner eigenen Überlegung, als seine ureigenste Überzeugung betrachtet wissen wollte. Er sagte damals selbst zu Haugwitz, die Mahnung des Königs habe für ihn etwas demütigendes gehabt, man hätte sie ihm ersparen können, da man ja wisse, daß er mit seinem Vorgänger übereinstimme [7]). Das Memoire, welches Haugwitz zu jener Zeit als Richtschnur für Hardenberg verfaßte, führt den Grundsatz weiter aus, daß jede Annäherung an eine fremde Macht, die ein Verlassen der Neutralität in sich schließe, zu meiden, und insbesondere eine Allianz mit Frankreich, die demnächst angeboten werden möchte, zu verwerfen sei [8]).

In der Kabinetsordre vom 14. Juli 1804 hatte der König ausdrücklich eine „gemeinschaftliche Geschäftsführung" für schädlich erklärt. Trotzdem sah

---

[5]) Hardenberg II, 50 ff.; 70 ff.

[6]) Kabinetsordre vom 14. Juli 1804; Hardenberg II, 71.

[7]) Diese Darstellung gründet sich auf die Mitteilungen, die Ranke im 47. Band seiner sämmtlichen Werke aus den noch nicht veröffentlichten Memoiren des Grafen Haugwitz macht; S. 271—318. Der Bericht über die gemeinsame Audienz der beiden Minister im April 1804 ist dort aus Haugwitz' Memoiren wörtlich mitgeteilt, S. 294, Anm. 1. Hardenberg verschweigt dieses Ereignis in seinen Denkwürdigkeiten und redet vielmehr so, als ob er mit dem Vorsatz in's Ministerium eingetreten sei, einen Augiasstall zu reinigen.

[8]) „Mémoire remis à S. E. Mr. le baron de Hardenberg avant mon départ pour la Silésie et en lui remettant le portefeuille des affaires étrangères le . . avril 1804." Ranke, 47, 289. Die Beziehung auf Frankreich S. 291.

er sich im Oktober 1805 veranlaßt, den Grafen Kurt von Haugwitz wieder ausdrücklich zur „gemeinschaftlichen Geschäftsführung“ mit Hardenberg zu berufen [9]). Es wäre eine unbegreifliche Inkonsequenz Friedrich Wilhelms, was auch Hardenberg scharf hervorhebt [10]), wenn es die wahre Absicht des Königs gewesen wäre, die beiden Männer neben einander zu verantwortlichen Ministern zu machen, noch dazu in einem Augenblick, wo ungeheuer viel auf dem Spiel stand und Einheit und Kraft in der Staatsleitung erst recht nötig war. Den wahren Sinn dieser Maßregel hat auch Hardenberg schon selbst erkannt; und eine Prüfung der ganzen Lage und der einschlagenden Korrespondenzen zeigt, daß er nicht irr geht, wenn er den eigentlichen Anlaß in einer persönlichen Unzufriedenheit des Königs findet [11]). Aus seinen eigenen Denkwürdigkeiten, die jedoch gerade in dieser Sache leicht mangelhaft oder voreingenommen sein werden und deshalb mit großer Vorsicht zu benutzen sind, lassen sich einige Thatsachen mit Sicherheit ermitteln.

Das Mißtrauensvotum, welches dem Minister durch die königliche Verfügung ausgestellt wurde, steht im engsten Zusammenhang mit den Unterhandlungen zwischen Hardenberg und der französischen Gesandtschaft, die eben auf dem Punkt waren, durch ein Bündnis ihren Abschluß zu erhalten [12]),

---

[9]) Kabinetsordre vom 19. Oktober 1805; Hardenberg II, 301.

[10]) Hardenberg an Beyme, 22. Okt. 1805; Hardenberg II, 301 f. „Seine Majestät der König haben in der Kabinetsordre vom 14. Juli 1804, wodurch mir die Leitung des auswärtigen Departements anvertraut worden, eine gemeinschaftliche Geschäftsführung für den Dienst nachtheilig erklärt und solchem nach ausdrücklich bestimmt, daß sich der Herr Graf von Haugwitz alles dessen enthalten müsse, was dazu führen könnte. Der Herr Graf von Haugwitz hatte selbst zu dieser Bestimmung mit Anlaß gegeben, indem er Seiner Majestät in meiner Gegenwart die Gründe umständlich auseinandersetzte, warum es nachtheilig sei, das Geschäft einer gemeinschaftlichen Leitung zu übergeben, besonders in Rücksicht auf die Verhandlungen mit den Gesandten. In der höchsten Kabinetsordre vom 19. ds. Monats wird, ganz im Widerspruch mit jener Überzeugung, eine gemeinschaftliche Geschäftsführung befohlen, und zwar ebenfalls besonders in Absicht auf die Verhandlungen (302) mit den Gesandten, weil in dieser wichtigen Periode alles davon abhänge. Jetzt also, wo die Gegenstände wichtiger sind, hält man das für den Dienst zuträglich, was man zu einer Zeit, wo sie weniger wichtig waren, für nachtheilig erklärte.“

[11]) Hardenberg II, 302: „Diese ganz veränderte entgegengesetzte Meinung kann nur durch persönliche Rücksichten, durch Mißtrauen in mich erläutert werden, sie muß sich auf eine Unzufriedenheit mit meinem bisherigen Benehmen gründen. Dieses bestätigt sich noch überdem ganz aus der Form des höchsten Befehls. Er erging ohne die mindeste vorherige Rücksprache, ohne die mindeste Bezeigung des Königlichen Wohlgefallens mit meinen bisherigen Anstrengungen, oder des höchsten Vertrauens.“

[12]) Daß es so weit war, geht nicht nur aus Hardenbergs eigener Darstellung, sondern auch aus den Berichten des russischen Gesandten Alopäus hervor, die in Mikhaïlowski-Danilewski's „Campagne de 1805“, 89 f. mitgeteilt sind. Massenbach bestätigt es auf's entschiedenste, I, 67.

als Friedrich Wilhelm am 3. Oktober seinem Minister erklären ließ, daß „die französischen Bedingungen gänzlich unannehmlich“ wären [13]). Man erinnere sich, daß die Instruktion, die Haugwitz im April 1804 für Hardenberg entworfen hatte, jeden Anschluß an Frankreich als der Neutralitätsidee widerstrebend verwarf, und frage dann, ob Hardenberg bereits nach dieser Erklärung des Königs noch zweifeln konnte, wie es um ihn stehe? Er gesteht in seinen Denkwürdigkeiten selbst zu, daß er in der Willensäußerung des Königs die Unzufriedenheit wohl empfunden habe [14]), aber die wahre Absicht des Königs hat er nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Friedrich Wilhelm sah durch Hardenberg's Connivenz gegen Frankreich die Neutralität Preußens gefährdet; in seiner Ordre vom 3. Oktober läßt er dies Grundprincip der preußischen Politik dem Minister von neuem einschärfen; alle Einzelheiten der darin enthaltenen Entschließungen gehen auf die Idee der Neutralität zurück. Hardenberg hat diese Mahnung nicht beachtet. An demselben Tage, als Beyme aus Potsdam dem Minister den Willen des Königs, neutral zu bleiben, mitteilte und am Schluß des Schreibens anempfahl, er möge Sorge tragen, daß, um unangenehme Verwicklungen zu vermeiden, die fränkischen Fürstentümer von der strengen Neutralität ausgenommen würden [15]), marschierten 20000 Franzosen unter Bernadotte durch das Ansbachische Gebiet, nicht in feindlicher Absicht, sondern weil Napoleon nach früherem Brauch einen solchen Durchmarsch für erlaubt halten durfte und durch Hardenberg's Entgegenkommen sogar zu der Annahme berechtigt war, daß in diesem Augenblick in Berlin die Allianz mit Frankreich schon beschlossene Sache sei. Hardenberg durfte über diese Gebietsverletzung am allerwenigsten erstaunt sein. — Die Nachricht davon kam am 6. Oktober in Berlin an [16]). Der König war in der größten Verlegenheit; denn, indem er, fest entschlossen, bei dem System der Neutralität zu bleiben, den Russen den stürmisch geforderten Durchmarsch durch die östlichen preußischen Provinzen verweigerte, mußte er im Westen seine neutrale Haltung mißachtet sehen, und die Befürchtung drängte sich ihm auf, daß er nun doch wider Willen gezwungen werde, aus seiner reservierten Haltung

[13]) Hardenberg II, 253: Beyme an Hardenberg, Potsdam 3. Okt. 1805. „Ew. Hochfreiherrlichen Excellenz habe ich die Ehre, den Beschluß Seiner Majestät des Königs über die Unterhandlung mit Frankreich wegen Hannover unterthänigst mitzutheilen. Danach sind 1) die französischen Bedingungen gänzlich unannehmlich u. s. w.“

[14]) Hardenberg II, 255: „Dies Benehmen des Königs mußte mich kränken, indessen war es nicht die rechte Zeit, darüber Empfindsamkeit zu zeigen.“

[15]) Hardenberg II, 254f. „Außerdem lassen Seine Majestät Ew. Excellenz empfehlen, — — dafür zu sorgen, daß die Neutralität der fränkischen Fürstentümer wie im vorigen Kriege respektirt werde, da man eine weitergehende Neutralität für dieselben wohl schwerlich werde erreichen können.“

[16]) Hardenberg II, 261; Oncken, Österreich und Preußen, II, 24.

herauszugehen. Sich aller und jeder Einmischung in die Verwicklungen fremder Mächte zu enthalten, erschien Friedrich Wilhelm III. als das erste Erfordernis, um den Frieden in seinen Staaten und die Wohlfahrt seiner Unterthanen zu bewahren; daran hielt er mit einer gewissen Zähigkeit fest. Für seine Auffassung war daher jener Versuch Hardenberg's, Preußen mit dem Kabinet von St. Cloud zu verbinden, ebenso schädlich und verwerflich als ein Zusammengehen mit dem Zaren, welches nach der Katastrophe in Ansbach in bedenkliche Nähe rückte. Zwar hat er im ersten Aufwallen des Zornes sofort Befehl gegeben, daß die französischen Gesandten Laforest und Duroc Berlin verlassen sollten, aber bei wiederkehrender Besonnenheit ebenso rasch diesen Entschluß zurückgenommen [17]). Zur Beratung der Lage ließ er am 7. Oktober 1805 eine Konferenz zusammentreten. Nunmehr erregte Hardenberg zum anderenmale die Unzufriedenheit des Königs. Gegen Friedrich Wilhelms Vorschriften hatte er Preußen an Frankreich ketten wollen; nachdem er am 3. Oktober deswegen zurechtgewiesen, nachdem ihm die Idee der unbedingten Neutralität eingeschärft worden war, wandte er sich nunmehr ebenso rasch gegen Frankreich, wie er vorher zum Bündnis bereit gewesen war. In der Konferenz vom 7. Oktober erklärte er sich mit den anderen Teilnehmern, dem Herzog von Braunschweig, dem Feldmarschall von Möllendorf und dem Grafen von der Schulenburg, energisch gegen Napoleon zu Gunsten Rußlands [18]). An demselben Tage ging er so weit in seinem plötzlichen antifranzösischen Eifer, daß er die französischen Gesandten, die wegen des Vorfalls in Ansbach mit ihm reden wollten, nicht vorließ, was er später damit entschuldigte, daß er keine Zeit gehabt habe! [19]) Der Minister des Auswärtigen sollte für die fremden Gesandten keine Zeit gehabt haben in einer Angelegenheit, die in jenen Tagen den Angelpunkt der preußischen Politik bildete! Nach anderen Berichten hat er den Herren Duroc und Laforest sagen lassen, daß er „für sie nicht zu Hause sei und es ihnen schon zur rechten Zeit melden wolle, wenn er ihnen Eröffnungen über des Königs Entschlüsse zu machen habe." [20]) Ein Versuch des Geh. Rats Ephraim, zwischen der französischen Botschaft und Hardenberg zu vermitteln, blieb erfolglos [21]). Vor dem 3. Oktober war also Hardenberg in

---

[17]) Bericht von Alopäus an Czartoryski, 6. Okt. 1805; bei Metternich, Nachgelassene Papiere, Wien 1880, I, 2, 56: „Le Roi, en apprenant cette lésion de territoire, dans le premier mouvement de colère, a ordonné au Baron de Hardenberg de renvoyer immédiatement MM. Duroc et Laforest. Un instant après, il lui a enjoint de suspendre leur renvoi, de retourner sans délai à Berlin, d'assembler un comité etc." Ebenso Mikhaïlowski-Danilewski 95; und Hardenberg II, 263.

[18]) Protokoll vom 7. Okt. 1805, Hardenberg II, 268—275.

[19]) Hardenberg II, 279.

[20]) So berichtet Woltmann am 12. Okt. 1805. Baader 91. Ähnlich Ephraim 209.

[21]) Ephraim 210 ff.

seinen Verhandlungen mit den französischen Gesandten zu weit gegangen, indem er bis zum Abschluß einer Allianz mit ihnen vorgeschritten war, nun ging er nach der anderen Seite zu weit, indem er ihnen vor den Kopf stieß, als wollte er Frankreich den Krieg erklären. Beides vertrug sich nicht mit dem System des Königs. Aber auch anderen Gesandten gegenüber hat Hardenberg damals schwere Fehler begangen. Er hat unstreitig schon vor dem 10. Oktober den russischen und österreichischen Botschaftern gegenüber sich so geäußert, als ob der Beitritt Preußens zur Koalition eine ausgemachte Sache sei [22]).

Aus diesen Vorgängen allein ist die Kabinetsordre vom 19. Oktober zu erklären, durch welche Graf Haugwitz zur „gemeinschaftlichen Geschäftsführung" berufen wurde, unter dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Verhandlungen „des Kabinetsministerii, besonders mit den Gesandten" [23]). Als Haugwitz am 16. Oktober von Wien zurückkam, nahm er sofort an den Geschäften wieder Anteil [24]) und wurde durch jene Kabinetsordre vom 19. Oktober wieder mit dem Portefeuille betraut, ohne daß Hardenberg zuvor eine Silbe davon erfahren hatte. Welch andere Absicht kann der König dabei verfolgt haben, als die, dem Freiherrn von Hardenberg, der sein Vertrauen verscherzt hatte, den Rücktritt nahe zu legen? So hat Hardenberg den Sachverhalt auch zuerst aufgefaßt und in diesem Sinne am 22. Oktober an Beyme geschrieben [25]). Am folgenden Tag aber erklärte er schon in einem Schreiben an den König, daß er gesonnen sei, seinem Befehle zu folgen und das äußere Departement gemeinschaftlich mit Haugwitz zu verwalten, wodurch er dem König jede Möglichkeit benahm, wieder auf die Angelegenheit zurückzukommen. Hardenberg willigte damit in die Weiterführung des Neutralitätssystems, obwohl dasselbe nur noch von kurzer Dauer sein sollte. In seinen Denkwürdigkeiten stellt er diese Vorgänge so dar, als ob das Geh. Kabinet damals versucht habe, ihn aus seinem Posten zu verdrängen [26]). Darauf braucht nur entgegnet zu werden, daß Friedrich Wilhelm III. nicht die Beihülfe des Geh. Kabinets nötig hatte, um zu erkennen, in welche Gefahren Hardenberg ihn und sein System gebracht hatte.

---

[22]) Dies zeigt der schon erwähnte Bericht von Alopäus, Metternich, I, 2, 56 f.; und ein Bericht Metternichs an Colloredo vom 10. Okt. Metternich, I, 2, 57: „Der preußische Minister Baron von Hardenberg hat mich im Vertrauen benachrichtigt, daß der König mit seiner ganzen Macht auf unsere Seite getreten sei."

[23]) Hardenberg II, 301.

[24]) Hardenberg II, 298 ff.

[25]) Hardenberg II, 303: „Es fragt sich, ob ich nicht weit besser thue, mich zurückzuziehen und, entfernt von aller Anmaßung, das Königliche Vertrauen ausschließlich oder mehr als ein anderer zu verdienen, vom Schauplatz abzutreten, so lange ich es mit Ehren kann."

[26]) Hardenberg II, 298 ff.

Mit dem Bekanntwerden der Gebietsverletzung in Ansbach schöpfte die Koalition frische Hoffnung, Preußen für sich zu gewinnen, und erneuerte ihre Bemühungen. Am 25. Oktober traf der russische Kaiser mit Gefolge in Berlin ein, und sofort begannen die Unterhandlungen. Sie wurden zunächst zwischen dem russischen Minister Fürst Adam Czartoryski, dem Grafen Haugwitz und Hardenberg geführt. Wenn Haugwitz bei diesen Verhandlungen eine kühle Vorsicht gegen Rußland beobachtete, so hatte das seinen guten Grund in einem berechtigten Mißtrauen, dem er schon früher Ausdruck gegeben hatte[27]). Er konnte nur nach dem ungezügelten Benehmen des russischen Kabinets während der letzten Monate urteilen; wir wissen jetzt sicher, daß Czartoryski's Lieblingsplan eine Vergrößerung Rußlands auf Kosten Preußens war[28]).

Rußland bot jetzt alles auf, um Preußen zu sofortiger Teilnahme am Krieg zu bewegen[29]). Denn Gefahr war im Verzug, da man schon am 15. Oktober in Berlin wußte, daß die österreichische Armee an der Iller von Franzosen und Bayern vollständig umgangen sei, eine Botschaft, die eine auffallende Abkühlung in den kriegslustigen Kreisen hervorbrachte.

Als Grundlage für die Verhandlungen dienten zwei Denkschriften von Lombard. Die eine war für den König als Leitfaden bei seinen Unterredungen mit Alexander bestimmt und ist mit Ausnahme einer Stelle kaum mehr als eine französische Übersetzung der Beschlüsse eines am 9. Oktober abgehaltenen Staatsrats[30]). Das einzige, was Lombard selbständig eingeführt zu haben scheint, ist eine Zusammenstellung der an Napoleon gemeinsam mit Rußland zu richtenden Forderungen, von deren Gewährung die Erhaltung des Friedens abhängig gemacht werden sollte. Der Verfasser stellt als Richtschnur die Verträge der letzten Jahre auf, insbesondere den Frieden von

---

[27]) Hardenberg II, 197 : Haugwitz' Gutachten vom 22. Aug. 1805. „Von jeher habe Rußland ein Auge auf die altpreußischen Besitzungen bis an die Weichsel gehabt, und es sei in Petersburg eine starke antipreußische Partei, an deren Spitze man den Großfürsten Constantin setze."

[28]) „Alexandre I et le prince Czartoryski", Paris 1865. Brief Czartoryski's an Alexander vom April 1806 S. 21 : „On ignorait toutes les conversations qui eurent lieu avec Votre Majesté, et dans lesquelles, depuis deux ans, on a tant de fois mis en avant des idées sur les combinaisons qui pouvaient être avantageuses à la Russie, telles que la possession de la Moldavie et de la Valachie, la Vistule pour frontière." Als einen schweren Fehler der russischen Politik führt er an, S. 28 : „de n'avoir pas fait marcher à temps les régiments destinés à agir pour l'Autriche et contre la Prusse." Das schon erwähnte Werk von Mikhaïlowski-Danilewski „Relation de la campagne 1805", Traduite du russe par Léon Narischkine, Paris 1846, bietet hierfür weitere zahlreiche Belege.

[29]) Hardenberg II, 314.

[30]) Das Protokoll des Staatsrats, Hardenberg II, 275—278; Lombards Denkschriften II, 306—313.

Luneville. Dieser Vorschlag ist neu. Weder der Staatsrat vom 9., noch die vorausgegangene Konferenz vom 7. Oktober hatten sich mit der Frage beschäftigt, was für Bedingungen man dem französischen Kaiser stellen werde. Lombard hat demnach in diesem Falle die Stelle eines Ministers vertreten; aber die besonderen Umstände erklären die sonst auffallende Thatsache. Der eine Minister war vor wenigen Tagen erst wieder in sein Amt eingetreten, auf dem anderen lastete noch die Ungnade des Königs. Daß in den beiden Lombard'schen Denkschriften, — die zweite diente den Ministerialverhandlungen als Grundlage — der Standpunkt der Neutralität und des Friedens festgehalten und die seitherige preußische Politik in diesem Sinne begründet wird, war eine einfache Notwendigkeit und geschah durchaus nicht im Widerspruch mit den Beschlüssen des Staatsrats. Hardenberg hat daher auch hier keine Ursache, ein Intriguenspiel Lombards zu vermuten, wie er in seinen Anmerkungen zu den Denkschriften thut[31]). Andererseits hat er nachträglich zugestanden, daß die Lage der preußischen Militärmacht eine solche Politik der „Tergiversation und Schwäche", wie er sie später zu nennen beliebte, wohl rechtfertigen konnte[32]). Zudem hat er ja im entscheidenden Augenblick gar nichts gethan, um dieser Politik entgegenzuarbeiten und einer andern Ansicht Geltung zu verschaffen, nachdem er durch sein Verhalten im Oktober 1805 die Unzufriedenheit des Königs erregt hatte. Es wäre von Wichtigkeit, das Vertragsprojekt zu kennen, welches Lombard auf die von den Monarchen beschlossenen Grundlagen hin aufsetzte und den beiden Ministern zusandte; nach Hardenbergs Bericht „schwächte es den Sinn jener Grundlagen äußerst und war ihnen zum Theil entgegen"[33]). Auf seine Erinnerung, so erzählt Hardenberg weiter, seien die nötigen Veränderungen gemacht worden, woraus dann am 3. November der definitive Vertrag hervorgegangen sei. Eine Vergleichung dieser beiden Aktenstücke würde sofort alle Zweifel lösen, ob Lombard hier eine dem Staat nachteilige „Rolle hinter den Gardinen" gespielt hat, wie Hardenberg immer behauptet[34]); aber der Wortlaut des Lombard'schen Entwurfs wird uns von Hardenberg vorenthalten. Eine Vergleichung des Vertrags mit den Beschlüssen des Staatsrats vom 9. Oktober, an dem ja Hardenberg selbst Anteil genommen hat, liefert dagegen das Ergebnis, daß der Potsdamer Vertrag keine Abweichung von jenem Programm enthält[35]). Hardenberg hat persönlich allen Konferenzen, sogar während seiner Krankheit in den ersten Tagen des November, beigewohnt und durch seine Unterschrift sich zu dem Inhalt des Traktats bekannt; von einer ge-

---

[31]) Hardenberg II, 308—311, Anmerkungen.

[32]) S. besonders Hardenberg II, 145.

[33]) Hardenberg II, 317.

[34]) Hardenberg II, 267.

[35]) Der Vertrag ist vollständig mitgeteilt bei Hardenberg II, 324—332.

heimen Einwirkung des Kabinetsrats gegen Hardenbergs Willen kann demnach in diesem Fall keine Rede sein. Was Hardenberg drei Jahre später in seinen Denkwürdigkeiten als Schwäche bezeichnet, diese gewissenhafte Vorsicht, die aus der edelsten Fürsorge für das Wohl seines Volkes entsprang, war so eng mit dem gesammten Denken und Fühlen des Königs verwachsen, daß der Zuspruch eines feigen und intriganten Kabinets nicht nötig gewesen wäre, um ihm ein geheimes Grauen vor den Folgen seines Anschlusses an die Koalition einzuflößen. Hardenberg und Lombard berichten übereinstimmend, daß Friedrich Wilhelm mit schwerem Herzen den Vertrag unterzeichnet habe[36]). Durch den Vertrag von Potsdam vom 3. November 1805 trat Preußen der Koalition insofern bei, als es die Vermittlung eines europäischen Friedens auf Grund der Festsetzungen von Luneville übernahm und, wenn dieselbe binnen vier Wochen nach Abreise des Unterhändlers[37]) keinen befriedigenden Erfolg erzielte, mit allen seinen Streitkräften aktiv in den Kampf eingreifen sollte. So war das Neutralitätssystem immer noch so weit gewahrt, als das damals überhaupt möglich war. Zu einer sofortigen bedingungslosen Teilnahme am Kampf hätte sich der König nimmermehr verstanden[38]).

Für Hardenberg war die Anwesenheit des russischen Kaisers in Potsdam von großer Bedeutung. Während sich bis zu den Verhandlungen mit Rußland eine kühle Zurückhaltung gegen seine Person bemerklich machte, die soweit ging, daß Köckritz zu Haugwitz sagen konnte, als dieser das Portefeuille mit Hardenberg gemeinsam übernommen hatte: „Ich beschwöre Sie, verlassen Sie uns nicht, Sie sind unsere einzige Hoffnung, unsere einzige Stütze“ [39]), wird er nach Abschluß des Vertrags mit Alexander wieder in Gnaden aufgenommen. Die Vorliebe des Kaisers für Hardenberg, der ihm als Haupt der russisch-englischen Partei in Berlin erschien, scheint auf den König nicht ohne Wirkung gewesen zu sein.

Die erste Denkschrift, die uns nach diesen Ereignissen aus seiner Feder vorliegt, hat ihn fast den ganzen November hindurch in Anspruch genommen. Erst in den letzten Tagen des Monats ward sie vollendet[40]). Er wünschte durchaus nicht eine so rasche Entscheidung, als er später behauptet; denn die Erwerbung von Hannover, über die sein Memoire handelt, mußte nach seiner Meinung erst gesichert sein, ehe man das Schwert zog. Der Erwerb Hannovers ist in der Politik Hardenbergs, des geborenen Hannoveraners, die wichtigste Triebfeder; dieser Gedanke ist das Prisma, durch welches er

---

[36]) Hardenberg II, 317; Matériaux 124 ff.; Gentz II, 248 f.

[37]) Artikel VII. Hardenberg II, 328.

[38]) Mikhaïlowski-Danilewski, 100, Anmerkung 1.

[39]) Hardenberg II, 316.

[40]) Hardenberg V, 205; Metternich an Colloredo, 22. Nov. 1805: „Hardenberg lui même nous prouva, qu'il avait un intérêt direct, à ce que nous gagnassions du temps, son mémoire n'étant pas prêt.“

alle Dinge in hellen Farben strahlen sieht[41]). Die Hoffnung auf Hannover hatte ihm bei seinen Unterhandlungen mit Frankreich als Leitstern gedient und versöhnte ihn nun auch mit der raschen Wendung zu Gunsten der Koalition. Die dritte Koalition war vollständig, als Kaiser Franz am 23. November zu Olmütz die Accession Österreichs zum Potsdamer Vertrag ratificierte, und Cobenzl am 24. November mit der Akte nach Berlin abging[42]).

III.

Frühes Ende der Koalition.

Am 5. November verließ der Zar Alexander den preußischen Hof wieder, und man beschäftigte sich nun in Berlin mit der Ausführung des Vertrags. Eine Hauptsorge war die Aufstellung eines Kooperationsplans für den Fall, daß Napoleon die Friedensvorschläge zurückweisen würde. Der Plan, den der Höchstkommandierende, der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, entwarf, giebt Hardenberg Anlaß zu heftigem Tadel und zu der Bemerkung, daß derselbe in einem geheimen intriganten Einverständnis mit Haugwitz und dem Geh. Kabinet abgefaßt worden sei, um den Vertrag mit Rußland zu umgehen und die Teilnahme am Krieg zu vermeiden[1]). Darum habe der Herzog „gegen die Wahrheit“[2]) behauptet, daß das aktive Eingreifen der preußischen Truppen erst in vier bis fünf Wochen, also frühestens in den

---

[41]) Oncken II, 144 ff.

[42]) Duncker in den Pr. Jahrb. 39, 620 f. Anmerkung.

[1]) Hardenberg II, 316: „Mir ist es jetzt gar nicht zweifelhaft: das System des Grafen, des Generals Köckritz und des Geheimen Kabinetsraths Lombard, vermuthlich des Königs selbst, war: Zeit zu gewinnen und zu zögern, damit es sich erst näher entschiede, ob Napoleon, oder ob seine Gegner die Oberhand behielten, hienach sodann seine Maßregeln zu nehmen, nur im letzten Falle sich zu diesen zu schlagen, im ersten wo möglich das Neutralitätssystem wieder hervorzusuchen, und die Annäherungen an die Coalition mit dem Drange der Umstände zu entschuldigen. Es ist mir kein Zweifel übrig, daß der Graf von Haugwitz auch den Herzog von Braunschweig, der so gern der Hofluft folgte und der Intrigue vor der Offenheit und Biederkeit den Vorzug gab, in seine Ideen mit hineingezogen hatte.“

[2]) Hardenberg II, 333. Man vergleiche damit, was Hardenberg sonst über den Herzog sagt, bei Oncken II, 144, Anmerkung; und Hardenberg II, 145, Anmerkung: „Ich gestehe von der preußischen Armee, wie gewiß so viele Andere, besonders aber von ihren Generalen und höheren Officieren leider eine zu hohe Meinung gehabt zu haben.“

ersten Tagen des December stattfinden könne [3]). So stellt Hardenberg in den Denkwürdigkeiten es als eine geheime Verabredung dieser Neutralitätspartei dar, daß Haugwitz, der die Forderungen der Mächte an Napoleon überbringen sollte, im Einverständnis mit dem Herzog seine Botschaft so lang verzögert habe, bis eine Entscheidung gefallen sei und Preußen sich ohne Schwertstreich aus der Sache ziehen könnte. In der That aber mußte Haugwitz seine Mission nach den Voraussetzungen des Operationsplans richten, und der Herzog nahm in seinem Aufsatz darauf Bedacht, indem er den 15. December als den Tag bezeichnete, an welchem der Friedensbruch eventuell erfolgen dürfe, weil dann erst die preußischen Heeresteile alle die Stellungen inne haben könnten, die zur wirksamen Kriegführung erforderlich seien.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die Mobilmachung und der Aufmarsch der preußischen Armee auf jeden unbefangenen Beurteiler den Eindruck der Schlaffheit und Schwerfälligkeit macht, daß man größere Raschheit erwarten und wünschen mußte. Aber der Grund dieser Langsamkeit scheint doch am meisten in der mangelhaften Organisation und dem geringen Zusammenhang des militärischen und diplomatischen Departements gelegen zu haben, keinenfalls in einer Intrigue gegen die Koalition [4]). Dieser Gedanke war nur bei Hardenberg später vorhanden, selbst die Russen, denen sich ein solcher Verdacht doch am ersten aufdrängen konnte, haben nichts derart geäußert [5]). Ganz entschieden ist nun gar die von Hardenberg allerdings nur als Vermutung ausgesprochene Ansicht zurückzuweisen, daß der König selbst beabsichtigt habe, seine Verbündeten im Stich zu lassen, wenn sie Nachteile erleiden sollten. Im Gegenteil stimmen alle Berichte darin überein, daß der König, nachdem der Würfel gefallen, zum Kampf fest entschlossen war [6]), vorausgesetzt, daß Haugwitz' Friedensunterhandlung scheiterte; daß seine innersten Wünsche dem Krieg abhold waren, ist wieder eine Sache für sich. — Auch Hardenberg hat nicht, wie man aus seiner Darstellung schließen könnte, auf Beschleunigung der Unterhandlung und Entscheidung mit Frankreich, auf „unverzügliche" Abreise des Grafen Haugwitz,

---

[3]) Aufsatz des Herzogs vom 5. Nov. bei Hardenberg II, 336 f.

[4]) Vgl. hierüber Massenbach I, 70 ff. Dort auch die merkwürdige Nachricht, der Herzog sei innerlich ganz gebrochen gewesen und habe den Wunsch gehegt, sich bei der nächsten Gelegenheit totschießen zu lassen.

[5]) Ein Bericht des Grafen Stakelberg vom 18. Juli 1808, bei Mikhaïlowski-Danilewski, 217, sagt über jene Vorgänge: Der Graf Haugwitz „avait reçu l'ordre secret de sa cour de ralentir autant que possible son voyage, afin de donner le temps à l'armée prussienne de se rassembler."

[6]) U. a. Duncker, Pr. Jahrb. 1878. 42, 617: Bericht des General Crenneville vom 28. Nov. 1805.

wie im Vertrag vom 3. November vorgesehen war [7]), gedrungen [8]). Die Verhältnisse auf dem österreichischen Kriegsschauplatz waren ohnedies nicht dazu angethan, Mut und Freudigkeit am Berliner Hof zu erwecken. Nach der Kapitulation des General Mack war Napoleon unaufhaltsam vorgedrungen; man wußte in Berlin zur Zeit, als Haugwitz abreiste, daß das französische Hauptquartier schon in Linz war, und die Österreicher und Russen noch nicht schlagfertig dastanden [9]). Und als gerade der Graf am 14. November abreiste, kam die Nachricht, daß der österreichische Hof am 8. November Wien verlassen habe, und daß die Armee unter Preisgebung von Tyrol nach Böhmen und Mähren zurückgegangen sei. Am 12. November zog der französische Machthaber in die Kaiserstadt ein und eröffnete eine Friedensunterhandlung mit Franz II., bei welcher mit Einwilligung Alexanders von fremder Vermittelung abgesehen werden sollte [10]). Bei dieser Gelegenheit gab der österreichische Kaiser durch eine Proklamation sein Bündnis mit Preußen öffentlich bekannt und erklärte, auf Grund desselben den Krieg mit ungeschwächten Kräften fortführen zu wollen, da Napoleons Bedingungen zu hart und entehrend seien [11]). Auch die russischen Geschäftsträger in Berlin machten aus der Allianz mit Preußen kein Geheimnis, sie sprachen offen davon, daß diese Macht baldigst gegen Frankreich losschlagen werde [12]). So mußte Napoleon von Preußens feindlichen Absichten erfahren; eine Intrigue des Geh. Kabinets zu dem Zweck, eine Entscheidung abzuwarten und sich dann eventuell gütlich mit Frankreich zu vergleichen, wäre demnach ein ganz sinnloses Beginnen gewesen, von dem für Preußen kein Vorteil zu hoffen war. Um nichts spinnt man aber keine Intriguen.

Crenneville, der als österreichischer Bevollmächtigter in Berlin am Kooperationsplan mitarbeitete, erklärte unterdessen, daß auch Österreich vor dem 15. December die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen könne, da die Streitkräfte noch nicht vereinigt waren [13]). Auf Grund dieser Mitteilung schrieb Hardenberg unterm 15. November an Haugwitz. Diesen Umstand verschweigt er in den Denkwürdigkeiten; derselbe trägt von neuem dazu bei, seine Unterstellung zu entkräften, daß Lombard hinter seinem Rücken und gegen seinen Willen den Grafen zur Verschleppung der Unterhandlung bestimmt habe. Während Hardenberg von „geheimen" Instruktionen spricht, die dem Grafen aus dem Geh. Kabinet zugegangen seien,

---

[7]) Artikel VIII; Hardenberg II, 328 : „à compter du jour du départ du négociateur, qui aura lieu incessamment."

[8]) Duncker, Pr. Jahrb. 42, 615; Hardenberg II, 343.

[9]) Hardenberg II, 345 f.

[10]) Duncker, Pr. Jahrb. 42, 610.

[11]) Hardenberg II, 347.

[12]) Woltmanns Berichte nach Nürnberg, Baader 97; 100.

[13]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 621.

vermag er selbst nur zwei Aktenstücke zu nennen, die demselben als Richtschnur dienten [14]). Und diese enthalten dasselbe, was Hardenberg als Inhalt der fingierten geheimen Verhaltungsmaßregeln unterstellt. Das erste, eine Denkschrift von Haugwitz, hat die Billigung Hardenberg's und des Königs erhalten und berechtigte den Verfasser vollständig zu dem, was er im November und December 1805 gethan hat. Diese Denkschrift entwirft nach Maßgabe der militärischen Pläne des Herzogs einen Reise- und Verhandlungsplan und berücksichtigt schon, beachtenswert genug, eingehend den Fall, daß Österreich sich auf Sonderverhandlungen mit Frankreich einlassen möchte. Alsdann sei es des Gesandten Aufgabe, den französischen Kaiser nach Kräften zu beschwichtigen [15]). So ließ die Instruktion dem Grafen Haugwitz viel freien Spielraum und es konnte ihm nicht schwer fallen, unter jeglichen Umständen an derselben festzuhalten. Das zweite Aktenstück, aus Lombards Feder, „kann man, nach Hardenberg, mit Recht als eine Instruktion für ihn (Haugwitz) betrachten" [16]). Diese Annahme beruht aber aller Wahrscheinlichkeit nach auf einem Irrtum. Zunächst ist die von Hardenberg mitgeteilte Schrift nicht datiert; weiter muß eine nur halbwegs aufmerksame Prüfung zeigen, daß dieselbe keine ganze, abgeschlossene Arbeit, sondern nur ein Bruchstück ist. Es dürfte wohl der Schluß einer Denkschrift sein, die jedoch gar nicht für Haugwitz' Sendung kann bestimmt gewesen sein. Es werden Dinge darin besprochen, die durch den Vertrag von Potsdam bereits ihre Erledigung gefunden hatten, Pläne hin und her erwogen, die schon bestimmt waren, zur That zu werden. Gerade dieser Umstand, daß die am 3. November beschlossenen Friedensbedingungen in der genannten Schrift vom Standpunkt des preußischen Interesses scharf kritisiert werden, scheint Hardenberg verleitet zu haben, dem zweifelhaften Papier, als einem willkommenen Glied in der Kette seiner Anklagen gegen das Geh. Kabinet, jene Bedeutung zuzuweisen. Man wird hingegen eher das Richtige treffen, wenn man die fragliche Denkschrift in die Zeit zurückverlegt, als das preußische Kabinet beschäftigt war, mit Rußland die Bedingungen des zu erstrebenden europäischen Friedens zu vereinbaren. Hier würde sie allein am Platz sein und zugleich eine auffallende Lücke in der Reihe des urkundlichen Materials teilweise ausfüllen.

---

[14]) Hardenberg II, 343; V, 185—189; 189 f.

[15]) Hardenberg II, 188 f. : „Mais il reste à prévoir encore que, réduite aux abois, la cour de Vienne fasse sa paix particulière avec la France, soit qu'un tel arrangement ait eu lieu ou qu'il fût acheminé au moment de mon arrivé, soit qu'on le prenne durant mon séjour au quartier général de Napoléon. Dans un tel cas il conviendrait, je pense, de redoubler de soin afin de calmer l'humeur que l'empereur des Français aura conçue de l'armement de la Prusse et qu'il ferait doublement éclater alors. Il faudrait surtout s'appliquer à gagner du temps."

[16]) Hardenberg II, 343. Das Schriftstück selbst steht V, 189 f.

Während Österreich und Preußen den Beginn der Kooperation noch bis in den December zu verschieben genötigt waren, trieb der Zar auf das lebhafteste zu raschem energischem Vorgehen [17]). Am 24. November erschien der Fürst Sergius Dolgorucki, russischer Generallieutenant, in Berlin, um durch eine mündliche Darstellung der Lage die schriftlichen Bitten des Kaisers Alexander zu unterstützen. Daraufhin wurden die schlesischen Festungen den russischen Truppen geöffnet, um ihnen eine Zuflucht zu gewähren, und diese Maßregel dem Kaiser am 27. November bekannt gegeben [18]). Hardenberg legt nicht geringes Gewicht darauf, daß Lombard, der als Kabinetssekretär die Briefe des Königs koncipierte, die Mitteilung dieser den Russen zu gewährenden Erleichterung in seinem Entwurf weggelassen habe, und will daraus neues Beweismaterial für Lombard's Intriguen gegen die Koalition machen. Mochte der Geh. Kabinetsrat innerlich der Allianz mit Rußland noch so abgeneigt sein, so ist es doch einfach unmöglich, daß er in einem auf Befehl des Königs verfaßten Briefe, der des Königs Unterschrift tragen sollte, die Hauptsache geradezu unterdrückte. Können wir auch die Wahrheit von Hardenberg's Angabe, daß Friedrich Wilhelm die bezügliche Stelle erst eigenhändig hinzugefügt habe, nicht anfechten, obwohl wahrheitswidrige Behauptungen in den Denkwürdigkeiten nicht selten sind, so ist doch nicht die geringste Veranlassung vorhanden, hier eine eigenmächtige, unredliche Handlung Lombard's zu erkennen; vielmehr muß uns diese Thatsache zu dem Schluß führen, daß Lombard von jenem Befehl, die Festungen zu öffnen, noch nichts wußte, als er sein Koncept niederschrieb, und daß der König vielleicht erst beim Lesen des Lombard'schen Koncepts die Maßregel beschloß. Es sind sogar schlagende Beweise dafür vorhanden, daß selbst der friedliebende Kabinetsrat damals nicht mehr glaubte, der Krieg könne durch eine diplomatische Unterhandlung noch vermieden werden und Preußen könne sich so der Teilnahme am Kampf entziehen. Er war vielmehr von der Notwendigkeit überzeugt, daß Preußen das Schwert ziehe. Seine ganze Thätigkeit ging auf dieses Ziel; er bereitete das Manifest vor, das der Eröffnung der Feindseligkeiten vorausgehen sollte, und berichtete hierüber an Hardenberg am 20. November; er dachte an die Notwendigkeit einer Chiffernschrift für den Verkehr im Felde; er berichtet über die Stimmung des Königs ganz wie einer, der fest bei der Sache ist [19]), wiewohl er in der Teilnahme

---

[17]) Brief vom 19. Nov. Hardenberg II, 347 f.; vom 20. Nov. II, 349; vom 28. Nov. II, 351 f.

[18]) Hardenberg II, 350 f.

[19]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 619 : „Wenn der König zur Armee abgeht, bedarf es einer Anzahl von Chiffern für außerordentliche Missionen und für die militärische Korrespondenz. Sollte man sich nicht gleich mit der Zusammenstellung derselben beschäftigen, um nicht überrascht zu werden?“ 620 : Lombard an Hardenberg, 30. Nov. : „Die Abreise des Königs und tausend Besorgungen, welche uns der früher als angenommen

Preußens am Krieg nur ein unvermeidliches Übel erblickte, eine Anschauung, der er auch in seinen Materialien zur Geschichte jener Zeit treu geblieben ist. Er sah eben das Heil seines Staates oder vielmehr die Fristung der Existenz Preußens nur in der unentwegten Befolgung der strengsten Neutralität. Ob er aber damals schon die traurige Gewißheit gehabt habe, wie er gegen Gentz äußerte [20]), daß Preußen doch einmal dem „eingefleischten Teufel" zum Opfer fallen werde, läßt sich aus dem Vorstehenden kaum erweisen.

Während der Briefwechsel Friedrich Wilhelms mit Alexander eine baldige Kooperation Preußens verhieß, waren andere Bedingungen des Potsdamer Vertrags noch gar nicht erfüllt, an welche die Aktion der preußischen Streitkräfte geknüpft war. Die englischen Hülfsgelder [21]) waren noch nicht endgültig zugestanden, da Lord Harrowby mit echt englischem Geschäftsgeist um den Preis der preußischen Hülfe feilschte und die Zahlungen für Sachsen und Hessen sparen wollte [22]). Die hannöverische Frage war gleichfalls noch nicht entschieden, als Napoleon die Koalition zerschmetterte, da der britische Gesandte erklärte, in seiner Eigenschaft als Minister des Königs von England hierzu nicht befugt zu sein; jedoch ging aus seinem Anerbieten, Preußen möge Holland erwerben, hervor, daß Georg III. nicht leichten Herzens auf Hannover verzichten wolle [23]). Doch darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß Hardenberg die Verhandlung über diesen Punkt nicht mit dem erforderlichen Eifer betrieb [24]), so daß er ganz mit Unrecht späterhin die Verschleppung sämmtlicher Maßnahmen allein einer Intrigue des Geh. Kabinets zur Last legt [25]).

---

war stattfindende Abgang der Feldequipagen verursacht, entschuldigen, daß ich mir die Freiheit nehme, den Ratificationen im hierbei erfolgenden Portefeuille die Depeschen anzuschließen. Der König ist fest und heiter. Er findet unerwartete Hülfsquellen in seinem Charakter, seitdem das Übel ohne Heilmittel ist. Aber nicht alle seine Umgebungen unterstützen ihn."

[20]) Unterredung Lombards mit Gentz am 7. Okt. 1806; Gentz II, 248 ff.

[21]) Artikel IX des Potsdamer Vertrags; Hardenberg II, 329.

[22]) Hardenberg II, 353 f.

[23]) Hardenberg II, 352 f.

[24]) Metternich an Colloredo 22. Nov. 1805; Hardenberg V, 204 f.

[25]) Die auf russischen Berichten beruhende Darstellung bei Michaïlowski-Danilewski spricht im Tone der Überzeugung von der Kriegsbereitschaft und Kriegsentschlossenheit Preußens; nur durch drei Gründe werde die aktive Teilnahme am Krieg noch verzögert, S. 203: „l'impossibilité de s'entendre avec l'Angleterre au sujet des subsides à recevoir, les débats avec cette même puissance, relativement à l'échange du Hanovre contre les États prussiens en Westphalie, et enfin l'attente de la réponse du comte de Haugwitz, envoyé à Napoléon, avec les conditions exigées dans le traité de Potsdam. Le roi de Prusse, qui voyait expirer le délai d'un mois qu'il avait exigé avant de déclarer la guerre, ne doutait pas du refus formel de Napoléon et se disposait à se mettre en marche."

So hatte der Vertrag von Potsdam noch keinen festen Boden gewonnen. Preußen hatte noch keine sichere Entschädigung für die Opfer, die man von ihm verlangte, als durch einen Sieg des Schlachtengewinners das Schicksal der Koalition entschieden ward. Das Ungestüm des Kaisers von Rußland hatte Napoleon die beste Gelegenheit zugeschoben, sich mit einem Schlage aus seiner nicht ungefährlichen Lage zu befreien, und die Kopflosigkeit der Österreicher nach der Schlacht that das übrige, um den Dingen eine ganz andere Gestalt zu geben. Es empfiehlt sich, die Darstellung der sich hart drängenden Ereignisse streng chronologisch zu fassen.

28. November. Haugwitz, der an den vorhergehenden Tagen durch den russischen Diplomaten Nowosiltzow Nachricht über die fruchtlosen Friedensunterhandlungen der Österreicher erhalten hatte[26]), kommt in Brünn an, wo er eine Audienz bei Napoleon hat. Dieser erklärt sich bereit, auf die preußische Vermittlung einzugehen, wenn während der Unterhandlung keine feindliche Armee in Holland eindringe und seine Besatzung in Hameln nicht ausgehungert würde. Haugwitz glaubt dies zugestehn zu dürfen[27]).

1. Dezember. Der Graf kommt in Wien an, wo er den Kaiser zur Fortsetzung der Verhandlung erwarten sollte[28]).

2. Dezember. Während bei Austerlitz die Dreikaiserschlacht geschlagen wird, berichtet Haugwitz über den bisherigen Verlauf seiner Sendung und bittet um Genehmigung der von Napoleon gestellten Bedingungen.

4. Dezember. Haugwitz verabredet mit dem Grafen Stadion Gemeinsamkeit der Friedensunterhandlungen[29]). Gleichzeitig findet jedoch in Austerlitz eine Unterredung zwischen Napoleon und Franz II. statt, worin die Grundlagen eines Waffenstillstands für Österreich und Frankreich besprochen werden[30]).

5. Dezember. Durch den französischen Minister Talleyrand erhält Haugwitz Nachricht von dem vereinbarten Waffenstillstand und den Vorbereitungen zu einem Friedensschluß zwischen Österreich und Frankreich, wobei fremde Vermittlung ausgeschlossen sei. Graf Stadion sei zum Kaiser berufen und schon abgereist; der Abzug der russischen Truppen stehe bevor[31]). Hierüber berichtet Haugwitz sofort an seinen Hof[32]), wobei er die Ansicht ausspricht, daß man unter diesen Umständen jeden feindseligen Schritt gegen Frankreich vermeiden müsse. Hiervon schweigt Hardenberg und behauptet

---

[26]) Haugwitz' Bericht an Friedrich Wilhelm vom 2. Dez. 1805; Hardenberg V, 190ff.

[27]) Hardenberg V, 194 f.

[28]) Hardenberg V, 192.

[29]) Haugwitz' Bericht vom 26. Dez. 1805; Hardenberg V, 224f.

[30]) Hardenberg II, 360.

[31]) Hardenberg V, 225.

[32]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 628.

dagegen, man habe in Berlin von der Unterhandlung des Grafen keine Kunde gehabt.

6. Dezember. Der Waffenstillstand zu Austerlitz wird endgültig abgeschlossen, worüber Haugwitz abermals nach Berlin schreibt[33]). Das Zustandekommen des Waffenstillstands und der Beginn der Friedensunterhandlungen zwischen Österreich und Frankreich machte der preußischen Vermittlung ein Ende und überließ die übrigen Teilnehmer der Koalition ihrem Schicksal. Der zweite Artikel des Vertrags bestimmte, daß die russische Armee in bestimmten, mit Napoleon zu vereinbarenden Tagemärschen durch Ungarn nach Hause zurückkehren sollte; der dritte enthielt die Festsetzung, durch welche der nahe bevorstehende Einmarsch der Preußen in Böhmen untersagt war[34]). Die Art, wie Franz II. sich Ruhe und Frieden verschaffte, hat die Russen begreiflicherweise nicht wenig aufgebracht. Unter dem frischen Eindruck des Geschehenen schreibt Alexander noch an demselben Tage an Friedrich Wilhelm und schickt seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, mit diesem Brief nach Berlin[35]). Indes war die gereizte Stimmung auf beiden Seiten so, wie sie bei Verbündeten zu sein pflegt, die eine Niederlage erlitten haben. Die Russen klagten über die mangelhafte Verpflegung, die ihnen die Österreicher zukommen ließen, diese, daß jene in ihren Ländern gehaust hätten wie der böse Feind, und daß der Zar durch seine Unbesonnenheit das Unheil verschuldet habe[36]).

7. Dezember. Die Schreckensnachricht von der verlorenen Schlacht kommt nach Berlin, nicht „unbestimmt", wie Hardenberg erzählt, sondern mit sicheren Angaben über den Umfang der Niederlage[37]).

8. Dezember. Haugwitz schreibt an Hardenberg, übermittelt demselben die Waffenstillstandsakte und das Bulletin Napoleons über die Schlacht[38]).

9. Dezember. Auf Grund der am 7. Dezember eingetroffenen Kunde findet eine Konferenz in Berlin statt[39]), an welcher außer dem Herzog von Braunschweig, dem Feldmarschall von Möllendorf, den Ministern von Schulenburg und Hardenberg und dem General-Adjutanten von Köckritz noch der General von Geusau und die Obristen von Scharnhorst, von Kleist und von

---

[33]) Duncker, das.

[34]) Martens, Recueil des traités. 2. Aufl. Göttingen 1835. VIII, 386f. Artikel III : „— aucune armée étrangère ne pourra entrer sur le territoire de la maison d'Autriche."

[35]) Hardenberg II, 366.

[36]) Hardenberg II, 362; 374.

[37]) Hardenberg II, 356; Duncker, Pr. Jahrb. 39, 622. Massenbach I, 77f. giebt irrtümlich an, schon am 6. Dez. sei die Nachricht von der Schlacht und dem Abschluß des Waffenstillstands in Berlin gewesen.

[38]) Hardenberg II, 367; Duncker, Pr. Jahrb. 39, 628.

[39]) Hardenberg II, 357—359.

Massenbach Teil nahmen. Das Geh. Kabinet ist demnach nur durch Kleist vertreten. Da man nur von der unglücklichen Schlacht an sich wußte, von den Folgen derselben und der wichtigsten unter diesen, dem Waffenstillstand, jedoch noch nichts bekannt war, so kann es nicht auffallen, daß der Beschluß dahin ging, dem Traktat von Potsdam treu zu bleiben, schleunigst die erforderlichen strategischen Maßregeln zu treffen und den Grafen Haugwitz dahin zu instruieren, daß er betreffs seiner Unterhandlung die nunmehrigen Wünsche der beiden Kaiser entgegen nehmen müsse, da dieselben unter solchen Umständen von den Bedingungen, die vertragsmäßig an Napoleon zu richten seien, wohl einiges nachlassen würden. Man erkannte also auch in Berlin, daß Graf Haugwitz seine ursprünglichen Forderungen nun nicht mehr vorbringen könne. Und doch tadelt Hardenberg später, daß der Graf seine Instruktionen außer Acht gelassen und sich nicht an den Vertrag vom 3. November gehalten habe[40]). Im übrigen zeigen die Beschlüsse, die man in Berlin faßte, wie wenig an eine Intrigue des Geh. Kabinets zu Gunsten der Neutralität zu denken ist. Wäre die Neigung vorhanden gewesen, die Verpflichtungen gegen die Koalition zu umgehen und sich möglichst ungefährdet aus der Affaire zu ziehen, welche bessere Gelegenheit hätte der Kabinetsrat Lombard finden können als die gebotene? Er hat sie nicht benutzt.

10. Dezember. An diesem Tage schrieb Haugwitz wieder an Hardenberg. Über den Inhalt dieser Mitteilung schweigt der Adressat und nennt dieselbe, ebenso wie den Brief des Grafen vom 8. Dezember, „unbedeutend“. Nach Woltmann[41]) enthielt die letzte Depesche die Angabe, daß voraussichtlich Österreich zu einer Offensiv- und Defensiv-Allianz mit Frankreich genötigt werde. Infolge des Gutachtens der Konferenz vom Tage vorher und eines Memorials von Schulenburg[42]) läßt der König an Alexander die Versicherung ergehen, daß er auf ihn zählen könne[43]), daß die preußischen Truppen unaufhaltsam auf Böhmen losmarschierten, und General Phull abgesandt werde, um einen gemeinschaftlichen Operationsplan mit ihm zu entwerfen. Da Haugwitz (in seinem Bericht vom 2. Dezember) von einem drohenden Separatfrieden Österreichs schreibe, möge er sich schleunigst hierüber mit diesem benehmen. Der General von Phull sollte gerade mit diesem Schreiben abgehen, als am

11. Dezember die Nachricht in Berlin eintraf, Österreich habe Waffenstillstand geschlossen und beginne Friedensunterhandlungen. Es kann damit nur der Bericht Haugwitz' vom 5. Dezember gemeint sein[44]). Alles

---

[40]) Anmerkungen zu Haugwitz' Bericht vom 26. Dez. Hardenberg V, 220—243.
[41]) Bericht vom 21. Dez. 1805; Baader 102.
[42]) Hardenberg V, 210—212.
[43]) Hardenberg II, 363—365.
[44]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 628; Hardenberg II, 365.

ward hierdurch umgestoßen[45]). Phull blieb in Berlin, der Brief vom vorigen Tag an den Zaren wurde zurückgehalten, desgleichen der schon ausgefertigte Befehl an Haugwitz, seine Mediation zu beginnen[46]). Der Vertrag vom 3. November konnte nicht mehr in Betracht kommen, Haugwitz war ohne Verhaltungsmaßregeln. Von dieser Anschauung ging auch Hardenberg aus, als er am

12. Dezember eine königliche Kabinetsordre abfaßte (diesmal war nicht Lombard der Koncipient), von der er allerdings in seinen Denkwürdigkeiten zu schweigen für gut findet. Durch dieselbe wurde der Graf Haugwitz ermächtigt, nach eigenem besten Ermessen zu handeln[47]). Dieses Schreiben ist Haugwitz nicht mehr zugegangen; unter dem Drang der Verhältnisse entschloß er sich, auf eigene Faust zu handeln, aber es geschah im Sinne jener Ordre, ehe dieselbe nach Wien kam. Das Schriftstück beweist schlagend, daß der König und Hardenberg (nicht der König und Lombard!) die Verbindlichkeiten des Koalitionsvertrags als nicht mehr bestehend ansahen und dem Grafen den Abschluß mit Napoleon anheimstellten. So handelte Haugwitz nicht im Widerspruch mit seinem Hofe, als er am

15. Dezember „das Messer an der Kehle"[48]) zu Wien mit dem französischen Kaiser einen Allianzvertrag abschloß. Es war dies eine entscheidende That von großer Verantwortlichkeit. Er wagte sie, ohne zu wissen, wie man in Berlin über seine Lage denke. Aber er glaubte so und nicht anders handeln zu müssen, wenn er dem Interesse Preußens gerecht werden wollte, das ihm mit der Aufrechterhaltung des Friedens eng verknüpft erschien. Eine Rückkehr zum Neutralitätssystem war seit dem 3. November nicht mehr möglich.

Unterdessen überzeugte man sich auch in Berlin mehr und mehr davon, daß die Koalition nicht mehr bestand und man darauf angewiesen sei, mit Frankreich Frieden zu schließen[49]). Der Wortlaut des Waffenstillstands, der

---

[45]) Dies erkennen auch die Russen an. Mikhaïlowski-Danilewski, 311.

[46]) Hardenberg II, 365 f.

[47]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 624: Kabinetsordre vom 12. Dez. „Der Courier mit der Antwort auf Ihre Berichte vom 2. Dez. sollte eben abgehen, als die wichtige Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstands und der Eröffnung der Friedensunterhandlung zwischen Österreich und Frankreich ohne Ihre Theilnahme hier eintraf. Ich bin ohne Nachricht von Seiten der beiden Kaiser und meine Maßregeln müssen sich nach den Umständen richten. Seit Ihrer Abreise von hier sind Veränderungen der politischen Lage nicht eingetreten, mit England ist nicht abgeschlossen. Ich baue auf Ihren erleuchteten Eifer und Ihren Patriotismus."

[48]) Haugwitz' eigene Äußerung gegen Gentz. Gentz II, 209.

[49]) Bericht Woltmanns vom 21. Dez. 1805; Baader 102 f.: „Inzwischen ist das preußische Kabinet zum vollsten Frieden mit Frankreich mehr als je geneigt und wird gewiß diesem Wunsch viele Rücksichten opfern, wenn nur Kaiser Napoleon nicht zu unmittelbar von Preußen Opfer heischen will."

Abzug der Russen wurde bekannt. Die Sendung des Generals Stutterheim und des Fürsten Dolgorucki, dem der Großfürst Konstantin auf dem Fuß folgte [50]), ließ keinen Zweifel mehr über die wahren Beziehungen der Österreicher und Russen, und obwohl beide Parteien sich noch energisch bemühten [51]), um Preußen in den Krieg zu treiben, so ließ doch der russische Minister Czartoryski seinen Gesandten in Berlin wissen, daß es das Beste sei, wenn man sich so rasch wie möglich abfinde [52]). Auf welche von den russischen Eröffnungen sich die Bemerkung Lombards gründen mag, daß sich Alexander förmlich von der Koalition zurückgezogen habe [53]), ist nicht ersichtlich. Seine Darstellung in den „Materialien" ist gerade an dieser Stelle oberflächlicher und unvollständiger wie sonst, so daß ich glaube annehmen zu können, daß er von jenen Vorgängen nur geringe Kenntnis erhalten hat. Seine Anteilnahme an den Geschäften erscheint überhaupt als eine nach Umständen sehr wechselnde. Selbst die ihm als Kabinetssekretär zustehenden Arbeiten werden ab und zu von dem Minister ausgeführt, wie die von Hardenberg koncipierte Kabinetsordre zeigt.

Von der Art, wie Hardenberg in den Denkwürdigkeiten über die Haugwitz'sche Sendung urteilt, hat unsere Darstellung manches durchscheinen lassen. Ein besonders grelles Beispiel dafür, daß er sich häufig im Widerspruch mit sich selbst befindet, mag hier noch Platz haben. Hardenberg hat mehrere Aktenstücke aus Haugwitz' Feder mit Anmerkungen begleitet, in denen er die „Lügen" desselben aufdecken will. So auch den Bericht vom 2. Dezember 1805. Hierin teilt der Graf mit, daß er in Czaslau den Russen Nowosiltzow getroffen habe, der ihn über die Lage des Augenblicks in Kenntnis setzen sollte [54]). Daß Nowosiltzow diesen Auftrag gehabt

---

[50]) Hardenberg II, 366.

[51]) S. die Darstellung dieser Bestrebungen bei Mikhaïlowski-Danilewski, 309; 312.

[52]) Czartoryski an Alopäus, 6. Dez. 1805; Hardenberg II, 366 f. : „que dans ce moment où l'une des principales puissances de la coalition venait à manquer, il ne restait rien de mieux à faire pour le repos de l'Europe que de se tenir tranquille de se fortifier chez soi, et d'attendre le cours des événements." Die Zwiespältigkeit der Sprache, welche Rußland führte, hervorgehend aus der Meinungsverschiedenheit des Zaren und des Fürsten Czartoryski, stellt die Zuverlässigkeit des russischen Kabinets wieder in ein sehr fragliches Licht.

[53]) Matériaux 128 : „La grande armée russe sur laquelle surtout on avoit compté, retournoit chez elle. Alexandre déclaroit qu'il n'avoit pris les armes que pour son allié, et que, son allié content, il l'étoit aussi." Zu Stutterheim soll Alexander am 5. Dez. allerdings gesagt haben : „J'ai amené mon armée au secours de l'Autriche, et lui ferai rebrousser chemin si votre maître croit pouvoir se passer de mon appui" und in einer Depesche an Woronzoff in London, aus Holitsch 24. Nov (6. Dez.) heißt es : „Il fit ensuite appeler Savary, et lui donna verbalement sa parole de ramener ses troupes en Russie." S. Mikhaïlowski-Danilewski, 306.

[54]) Hardenberg V, 190 und f.

habe, stellt Hardenberg in der Anmerkung in Abrede [55]). An anderer Stelle jedoch berichtet er selbst wieder, daß Nowosiltzow zu dem Zweck, den Grafen Haugwitz zu unterrichten, nach Czaslau gesandt worden ist [56]).

Einige weitere Feststellungen über die Entstehung des Wiener Vertrags wären noch hinzuzufügen. Die Voraussetzungen, von denen Haugwitz und der Berliner Hof ausgingen, waren nicht ganz dieselben. Der Graf, der in vielen Dingen auf das angewiesen war, was ihm Talleyrand zubrachte, fußte auf der Thatsache, daß die Koalition nicht mehr bestehe und seine Instruktion durch die Sonderverhandlung Österreichs erloschen sei. Niemand in ganz Wien bemühte sich, ihm vielleicht eine andere Ansicht beizubringen. So war Haugwitz in der That im Stich gelassen und mußte selbständig handeln. Das eine sagte ihm seine Instruktion, daß wenn Österreich Sonderverhandlungen eingehe, es seine Aufgabe sei, Napoleon nach Kräften zu beschwichtigen. Hardenberg hatte dagegen nichts eingewandt [57]). Die geheime Einwirkung Lombards auf das Resultat der Haugwitz'schen Sendung hat sich bereits als Erfindung herausgestellt. In Berlin bliesen Russen und Österreicher mit eiteln Versprechungen aus Leibeskräften das Feuer an und eröffneten der Aktion Preußens glänzende Aussichten; der Eindruck dieser Bemühungen wurde aber bedeutend abgeschwächt durch die Nachrichten vom Kriegsschauplatz und den Umstand, von dem Haugwitz hingegen nichts wußte, daß auch die früheren Versprechungen nicht gehalten worden waren, und der Vertrag vom 3. November noch nicht in Wirksamkeit getreten war, als die Entscheidung fiel [58]). Noch waren ja die englischen Subsidien und die Abtretung Hannovers nicht gewährt!

Als Haugwitz mit dem Vertragsentwurf schon unterwegs war, sollte ihm, da man am preußischen Hof von dem, was er gethan, gar nichts wußte, noch eine Weisung zugehen, die sich auf die Mitteilungen der österreichischen und russischen Gesandten gründete. Diese Kabinetsordre vom 19. Dezember

---

[55]) Hardenberg a. a. O. : „Nowosiltzow a entièrement nié d'avoir parlé dans ce sens."

[56]) Hardenberg II, 356 : „Hätte Graf Haugwitz nicht gleich bei seiner Ankunft in Brünn vor allen Dingen den Grafen Stadion aufsuchen und sich mit ihm besprechen sollen? Darum war ihm ja der Herr von Nowosiltzow entgegengeschickt worden, um ihn von der Lage der Sachen und von der Sendung des erwähnten Grafen, der vereint mit ihm verfahren sollte, zu unterrichten, um ihn zur Beschleunigung der Ausrichtung seines Auftrags aufzufordern. Herr von Nowosiltzow hat mir später selbst versichert, daß Graf Haugwitz seine Unterredungen mit ihm ganz falsch darstellte."

[57]) S. oben, S. 26 und Hardenberg II, 188f.

[58]) Gerade über die Stellung Englands zur hannöverischen Frage berichtet Metternich an Colloredo 22. Nov. 1805; Hardenberg V, 207 : „Lord Harrowby me demanda, si je ne croyais pas qu'il y eût moyen de faire revenir le roi de ce projet, qui, me dit-il, offre *des difficultés incalculables* relativement au roi d'Angleterre."

1805 [59]) stammt, wie aus den Denkwürdigkeiten hervorgeht, von Hardenberg's Hand [60]). Der Inhalt ist, das Verhalten Österreichs lege die Notwendigkeit auf, sich jetzt mit dem Wiener Hof auf Nichts mehr einzulassen; daher sei auch Stutterheim abgewiesen worden. Rußland habe zwar eine Armee in Schlesien und Hannover zur Verfügung gestellt, aber erklärt, daß es seine Teilnahme an den Kriegsplänen überhaupt aufgeben müsse [61]). Die ganze Lage sei also verändert. Mit England sei noch nichts abgeschlossen [62]); Frankreich scheine zu drohen, und ein Bündnis Österreichs mit Napoleon liege in der Luft [63]). Der Hauptgedanke der Ordre ist denn auch der, daß man wünsche mit dem französischen Kaiser auf gütlichem Wege sich zu verständigen [64]), daher auch jetzt seine Bedingungen wegen der französischen Truppen in Hannover anzunehmen seien, die man am 9. Dezember verworfen hatte [65]). Hätte Haugwitz, wenn ihn dieser Kabinetsbefehl aus Hardenberg's Feder noch in Wien getroffen hätte, anders handeln müssen, als er gethan? Diese Frage ist ungesäumt zu verneinen. Man wollte jetzt auch in Berlin einen gütlichen Ausgleich mit Napoleon. Auf welche Weise derselbe zu erlangen sei, darüber konnte der Berliner Hof allerdings andere Anschauungen haben als der Graf, der sich mitten im Wirbel der Ereignisse befand.

Ganz übereinstimmend mit der Kabinetsordre vom 19. Dezember ist eine Unterredung, die Hardenberg am 21. Dezember mit dem russischen Gesandten Alopäus hatte [66]). Er sagte diesem, daß jeder sehen müsse, wie er fertig werde, da der Vertrag von Potsdam nicht mehr in Kraft sei, oder wenigstens, wenn Rußland noch weiteres Einverständnis mit Preußen

---

[59]) Hardenberg II, 367—371.

[60]) Hätte Lombard die königliche Ordre koncipiert, so würde Hardenberg es sich nicht versagt haben, aus dem Inhalt derselben, wie er es bei so vielen Gelegenheiten gethan, willkommenes Anklagematerial gegen den Kabinetsrat zu machen. — Auch Duncker erklärt Hardenberg für den Verfasser, Pr. Jahrb. 39, 625.

[61]) Hardenberg II, 368 : „reconnait la necessité de s'arranger pour le moment en m'abandonnant les mesures à prendre.“

[62]) A. a. O. : „Voilà donc la face des affaires changée du tout au tout, mais les difficultés sont aussi peu levées que le danger. Il n'y a rien de conclu avec lord Harrowby.“

[63]) Hardenberg II, 369 : „— ceci supposerait un concert avec l'Autriche auquel j'ai de la peine à ajouter foi; mais il est toujours urgent de prendre ses précautions.“

[64]) A. a. O. : „Je ne néglige pas mes moyens de défense, mais je désire d'accélérer les explications et d'éviter la guerre, de concert avec la Russie, si cela se peut avec honneur et sûreté, et de travailler en même temps au rétablissement de la paix.“

[65]) Hardenberg II, 358 f.

[66]) Alopäus an seinen Hof, 21. Dez. 1805; Hardenberg II, 376 ff.

wünsche, bedeutender Veränderungen bedürfe [67]). War man in Berlin entschieden zum Frieden mit Napoleon geneigt, so lebte man doch in Bezug auf die Gesinnungen des französischen Kaisers in einem gewaltigen Irrtum. Daß Napoleon als Sieger Opfer verlangen, daß er Bedingungen vorschreiben würde, daran dachte Hardenberg nicht. Er hielt den Kaiser für gutmütig genug, dem preußischen Staat Vorteile und Vergrößerungen anzubieten, seine Freundschaft zu suchen, um sich vor einem Kampf mit der gewaltigen Armee „Friedrichs des Einzigen" zu schützen. Es ist der alte Traum von Preußens stolzer Größe, die selbst dem Usurpator Ehrfurcht und Bewunderung abnötigen müsse, ein Traum, dem die nackte Wirklichkeit so wenig entsprach! In dieser Täuschung war auch Hardenberg befangen, als er am 22. Dezember dem englischen Minister Lord Harrowby einen Brief schrieb, der für ihn verhängnisvoll werden sollte [68]). Er teilte jenem darin mit, ohne von dem Vertrag zu Wien schon etwas zu wissen, daß Preußen für die Dauer der laufenden Unterhandlung mit Napoleon diesem die oben erwähnten Sicherheiten betreffs Hannover gegeben habe. Infolge davon erkläre sich Preußen bereit, auch für die Neutralität der englischen Truppen Sorge zu tragen, dieselben unter seine Garantie zu nehmen, wenn es dafür, von den Franzosen angegriffen, auf Englands Hülfe rechnen könne.

Am 25. Dezember kam Graf Haugwitz mit dem Vertrag in Berlin an. Daß derselbe eine Allianz mit Frankreich enthielt, mußte überraschen, ja schrecken. Wenn der König und seine Minister entschlossen waren, dem Vertrag den sofortigen Krieg mit Napoleon vorzuziehen, so war es ihnen unbenommen. Haugwitz mußte dann geopfert werden. Er wußte recht wohl, daß sein Vertrag erzwungen sei und bei den Heißspornen starken Widerspruch finden werde; daher erklärte er selbst, daß, wenn der Vertrag nicht genehmigt werden könne, nur er und kein anderer darunter zu leiden habe [69]). Daß er aber den König gebeten hat, wie er Gentz im Herbst 1806 glauben machen will, den Vertrag zu verwerfen und ihm den Abschied zu geben [70]),

---

[67]) Hardenberg II, 377 : „— ce qu'il y avait de mieux à faire pour le repos momentané de l'Europe était de rester tranquille et de se fortifier chez soi." — 379 : „— que le traité, altéré dans son principe par les malheurs de l'Autriche, ne pouvait être applicable au cas présent." — 380 : „que celles (les obligations) du traité de Potsdam, qui n'a été qu'éventuel, avaient besoin, d'après les circonstances, pour le moins, de grandes modifications."

[68]) Hardenberg II, 380—385.

[69]) Bericht vom 26. Dez. 1805. Hardenberg V, 326 : „Le roi reste maître de choisir entre la ratification du traité modifié par les clauses contenues dans le mémoire et la lettre cijoints, ou la guerre. Dans ce dernier cas, il n'y a que moi de compromis, et quel est le patriote qui ne se ferait pas gloire de porter un tel sacrifice?"

[70]) Gentz II, 209.

ist mindestens zweifelhaft, obwohl er selbst wußte und eingestand, daß der Vertrag nicht sein Werk sei. Lombard versucht dem Grafen Vaterrechte auf den Wiener Vertrag zu vindicieren, jedoch mit schwachem Erfolg; aber darin trifft er das Richtige, daß auch er zeigt, nichts habe den König genötigt, den Schritt seines Ministers gutzuheißen, wenn er nicht selbst sich von der Notwendigkeit und dem Nutzen desselben überzeugen konnte[71]).

IV.

Die Verträge von Wien und Paris, 15. Dezember 1805 und 15. Februar 1806.

Von Hause aus war der Graf von Haugwitz weit entfernt, eine Allianz mit Frankreich zu befürworten oder gar zu suchen. Am 22. August 1805, als Hardenberg unter anscheinend vorteilhafteren Bedingungen mit Napoleon abzuschließen geneigt war, als dieser die preußische Hülfe gegen Rußland sehr wohl brauchen konnte, hatte Haugwitz energisch gegen ein solches Bündnis gestimmt, da den französischen Versprechungen nicht zu trauen sei[1]). Im Dezember 1805 schloß er auch nur gezwungen, um den Krieg zu vermeiden oder doch Zeit zu gewinnen[2]), den Vertrag von Wien. Wenn er nach seiner Rückkehr aus der Kaiserstadt geneigt war, eine Allianz mit Frankreich überhaupt in günstigerem Licht zu sehen, so hatte auch bei ihm das oft bewährte Mittel Napoleons verfangen, die Schmeichelei. Auch ihm hatte der Kaiser, wie 1803 dem Kabinetsrat Lombard in Brüssel, „den Glauben an den Adel und die Größe seines Charakters und seine friedfertige Stimmung“[3]) vorübergehend eingeflößt.

Daß der Vertrag, so wie er war, viel unangenehmes für Preußen hatte, daß vor allen Dingen der Vorwurf der Unzuverlässigkeit und des

---

[71]) Matériaux 130 : „Si le Roi jugeoit le nouveau rapport inadmissible, Haugwitz étoit sacrifié et tout le mal pour lui seul.“

[1]) Gutachten vom 22. Aug. 1805; Hardenberg II, 196—199.

[2]) Bericht vom 26. Dez. Hardenberg V, 236. Auch Matériaux 130 : „Car il enchaînoit pour trois semaines l'activité de Napoléon et, si nous nous étions obstinés à la guerre, reculés encore comme nous l'étions pour tous nos préparatifs, ces trois semaines auroient été d'un grand prix.“

[3]) Gentz II, 248.

Wankelmuts sich an seine Annahme knüpfen werde, konnte man nicht in Abrede stellen. Aber wie konnte man sich der Einbildung hingeben, Napoleon werde nach einem Sieg, wie der vom 2. Dezember, dem preußischen Hof vorteilhafte ja glänzende Bedingungen gewähren, da er doch um Friedrich Wilhelms Teilnahme an der Koalition wußte? Die Vorteile, welche der Wiener Vertrag bot[4]), waren dem König und Hardenberg schon genehm; Erhaltung des Friedens und der Besitz von Hannover waren aber Gaben, gegen welche der französische Kaiser auch Opfer verlangen konnte, wie den Anschluß Preußens an sein System und die Abtretung von Ansbach, Kleve, Neufchatel. Napoleon, der sich nach Sprengung der Koalition auch als Sieger über Preußen ansah, konnte alles verlangen, was er zu erzwingen vermochte; erschien dies dem Berliner Hof zu drückend, so mußte er es auf die Entscheidung mit den Waffen ankommen lassen. Unter denen, welche von Fr. Wilhelm zu Rate gezogen wurden, war kaum Einer, der die Lage in dieser Weise erfaßte. Es wurden Ende Dezember und Anfang Januar mehrere Konferenzen gehalten. Denkschriften von Haugwitz, Hardenberg, dem Herzog und Schulenburg liegen darüber vor. Von dem Kabinetsrat Lombard wurde auch diesmal kein schriftliches Votum abgegeben. Seine Teilnahme beschränkte sich nach dem uns zu Gebot stehenden Material darauf, daß er, wenn wir Hardenberg folgen dürfen, das Aktenstück niedergeschrieben hat, welches die Einschränkungen des Vertrags enthielt. Die Reihenfolge der Gutachten, die gerade hier nicht bedeutungslos ist, soll zunächst besonders festgestellt werden. Am 30. Dezember wurde die erste Denkschrift von Hardenberg vollendet und dem Herzog und Schulenburg mitgeteilt; am 31. Dezember wurde die vom 26. Dezember datierte Schrift des Grafen fertig; desgleichen verfaßte an diesem Tage Schulenburg ein Memoire, welches er dem Herzog zugehen ließ; dieser gab ebenfalls sogleich sein Gutachten ab und sandte es den beiden Ministern zu. Haugwitz gab noch ein kurzes Resumé, und am 1. Januar 1806 schrieb Hardenberg, der mittlerweile den Bericht des Grafen vom 26. Dezember kennen gelernt hatte, sein zweites Memoire[5]). Es entsteht nun noch die Frage nach dem von Haugwitz verfaßten Mémoire explicatif, welches er mit einem Brief seiner Denkschrift vom 26. (31.) Dezember beigelegt hat[6]). Hardenberg's Darstellung führt darauf hin, daß das am 3. Januar 1806 genehmigte Restriktionsmemoire mit jenem identisch sei[7]). Ich möchte mich dieser Auffassung nicht unbedingt anschließen. Lombard's Widerspruch gegen Hardenberg's Ansicht ist

---

[4]) Der Wortlaut des Vertrags, Hardenberg II, 389—392.

[5]) Wegen dieser Zusammenstellung vergl. Hardenberg II, 388 und V, 220—271.

[6]) Bericht vom 26. Dez.; Hardenberg V, 236 : „la ratification du traité modifié par les clauses contenues dans le mémoire et la lettre ci joints."

[7]) Hardenberg II, 389.

zu energisch und unverkennbar, als daß man ohne weiteres dem einen Zeugnis folgen dürfte[8]). Wenn die Restriktionen vom 3. Januar in der That von Haugwitz stammen, wenn er ihre Annahme durch Napoleon für sicher hielt, wenn sie den Bemerkungen entsprechen, die er schon in Wien während seiner Unterredung mit dem Kaiser niederschrieb[9]), so ist es doch mindestens auffallend, daß er sie nicht dort schon durchzusetzen suchte. In seiner Denkschrift vom 30. Dezember kennt Hardenberg wohl den Wortlaut des Vertrags, wie auch die von Haugwitz zugefügten Bemerkungen[10]), bezieht sich jedoch durchaus nicht darauf, sondern spricht von „Modifikationen, welche durch die Umstände geboten erscheinen“[11]).

Welcher Art jene Haugwitz'schen Anmerkungen seien, erfahren wir nicht; sie müssen wohl ohne besondere Bedeutung für die Anbringung von Einschränkungen gewesen sein. Auch Schulenburg's Denkschrift läßt auf Ähnliches schließen. Ihm lagen die von Hardenberg gemachten Ausstellungen vor. Hierzu bemerkt er, daß Haugwitz ja im Stande sein müsse, über die Möglichkeit, ob dieselben von Napoleon angenommen würden, zu berichten[12]). Daß Haugwitz dieselben Abänderungen schon vorgeschlagen habe, ist ihm unbekannt. Man muß doch annehmen, daß auch dem Minister Schulenburg, da er über den Vertrag seine Ansicht äußern sollte, das Exemplar mit Haugwitz' Bemerkungen mitgeteilt wurde, und es ist mir daher wahrscheinlich, daß die Bemerkungen des Grafen ganz anderen Inhalts und bedeutungsloser waren, als die von Hardenberg aufgestellten modificierenden Anmerkungen. Völlige Gewißheit auf Grund des vorliegenden Materials in dieser Frage zu gewinnen, ist nicht wohl möglich, da Hardenberg das Memoire und den Brief, worin Haugwitz' Ansichten über die Abänderungen enthalten sein sollen, nicht mitteilt.

Die Denkschrift des Grafen Haugwitz über seine Sendung an Napoleon[13]) bringt neben denjenigen Beweggründen zu seiner Handlungsweise, die wir schon oben als thatsächlich kennen gelernt haben, wenig neues, außer daß sie den Beweis mit jeder Zeile liefert, wie sehr sich der Verfasser durch den

---

[8]) Matériaux 142.

[9]) Hardenberg V, 232 f. : „J'usai du temps que l'empereur employait à la dictée pour recueillir mes idées sur les explications des articles que Napoléon se contentait de jeter sur le papier, et je les réservai pour le travail du cabinet de Berlin, lors de la ratification de ce traité même.“

[10]) Hargenberg V, 245 : „ce qu'il ajouta verbalement.“

[11]) Hardenberg V, 248 : „les modifications que les circonstances paraissent exiger.“

[12]) Hardenberg V, 258 : „M. le comte de Haugwitz doit pouvoir instruire le roi, s'il y a quelque probabilité que l'empereur Napoléon se contente de l'acceptation générale d'une alliance défensive“ etc.

[13]) Hardenberg V, 220—243.

Kaiser täuschen ließ. Die Eitelkeit des preußischen Ministers hatte seinem Gegner die beste Handhabe gegeben, sich seiner ganz zu bemächtigen und ihn nach seinen eigenen Plänen auszubeuten, während dieser sich in dem Wahne befand, daß er dem Kaiser ungeheuer imponiert habe und vielleicht der einzige Staatsmann in Europa sei, der sich mit jenem messen könne[14]). Diese Phantasie von dem großen Einfluß, den er auf Napoleon auszuüben vermöchte, macht es einigermaßen begreiflich, wie Haugwitz in die Aufstellung von Restriktionen willigen konnte, indem er in dem Glauben lebte, von dem französischen Kaiser das Unmögliche erlangen zu können.

Die Stellung Hardenberg's zu dem Vertrag war in Wirklichkeit eine ganz andere, als er in seinen Denkwürdigkeiten glauben macht. Allerdings soll er, wie Massenbach berichtet[15]), die Befürchtung ausgesprochen haben, das Volk, insbesondere die Armee, werde über eine Allianz mit Frankreich murren, trotzdem aber hat er für Anschluß an diese Macht gestimmt[16]), wiewohl ihm der Minister Stein, mit dem er späterhin gegen das Geh. Kabinet verbündet war, am 25. Dezember die Mitteilung machte, daß alle Bedingungen vorhanden seien, um den Krieg mit Frankreich erfolgreich aufzunehmen[17]). In seiner ersten Denkschrift, vom 30. Dezember, giebt er sein Votum nicht direkt ab; doch läßt sich seine Ansicht zwischen den Zeilen lesen. Er entscheidet sich für ein Bündnis mit Frankreich, weil, in erster Linie, Hannover dadurch an Preußen kommt, weil man Frankreich helfen muß, Englands Seeherrschaft, die den deutschen Handel schädige, zu vernichten und weil ein Krieg mit Napoleon schweres Unheil bringen würde. Die Richtigkeit der Alternative : Krieg oder Bündnis mit Frankreich erkennt er an; denn eine dritte Möglichkeit, die Rückkehr zur Neutralität, scheint ihm doch binnen kurzem zu einem Kampf gegen den unruhigen Nachbar im Westen zu führen. Das aber verhehlt er sich, daß Frankreich überhaupt keine Rückkehr zur Neutralität mehr zulassen wird. Die Nachteile, die das Bündnis mit Napoleon im Gefolge haben wird, erkennt er wohl; da man aber gegen Österreich und England keine Verpflichtungen und Rußland dem König freie Hand gegeben hat, so kann die Allianz allein den preußischen

---

[14]) Dies zeigt die Hardenberg'sche Darstellung mehrfach; außerdem ist es direkt ausgesprochen bei Ephraim, 221 f.

[15]) Massenbach I, 93.

[16]) Hardenberg's Denkschriften, V, 243—256; 263—271.

[17]) Duncker Pr. Jahrb. 39, 628 : „Stein schrieb Hardenberg am 25. Dezember : für die Armee seien verausgabt 10 3/4 Millionen, 17 3/4 noch verfügbar. Es scheint mir, daß die Lage unserer pekuniären Mittel und das Material unserer Armee, die ich mit den Bundesgenossen auf 250000 Mann schätze, der Art ist, daß wir eine unabhängige und ehrenvolle Rolle aufrecht halten können. Es ist nur zu wünschen, daß die moralische Kraft dem allseitig entspreche."

Staat retten[18]). Nun zeigt aber Hardenberg, daß er den französischen Kaiser mindestens eben so sehr verkennt als Haugwitz. Denn : zum Vasallen Napoleon's soll sich Preußen nicht erniedrigen[19]), was durch einfache Annahme des Vertrags geschehen würde, sondern seine Machtstellung muß gewahrt bleiben; es muß mit Napoleon die Herrschaft als ebenbürtiger Bundesgenoß teilen, das Gebiet der französischen Macht auf den Süden beschränken, sich selbst aber die alleinige Entscheidung im Norden vorbehalten. (Welche Illusionen in solchem Augenblick!) Darum kann aber der Traktat nicht so bleiben wie er ist. Die beiden wichtigsten Änderungen, die Hardenberg vorschlägt, sind : Daß der Vertrag nicht offensiv sein soll, und Frankreich die Verpflichtung übernimmt, die förmliche Abtretung Hannovers zu erwirken[20]). In diese Täuschungen lebt sich der Minister so sehr ein, daß er, ohne daran zu denken, ob auch Napoleon zu alledem Ja sagen werde, auf dieser neuen Allianz sogleich die künftige Größe Preußens aufbaut. Böhmen, Polen, Österreichisch-Schlesien, die Hansestädte und Teile von Bayern sind die nächsten Erwerbungen, deren Anerkennung man von Frankreich verlangen müsse[21]). In seiner zweiten Denkschrift, vom 1. Januar 1806 geht Hardenberg in manchen Beziehungen noch weiter. Die von Haugwitz aufgesetzten Modifikationen erscheinen ihm ganz unzureichend[22]). Überhaupt sei es schwer möglich, die vielen Unzulänglichkeiten des Vertrags durch einfache Beigabe eines Mémoire explicatif zu beseitigen[23]). Am besten sei es wohl, wenn man den ganzen Vertrag verwerfe und dem Kaiser einen neuen Entwurf vorlege[24])! Spricht hier nicht Hardenberg, als ob er kaum erst von einem großen Sieg über Napoleon zurückkehre? Und was soll die Grundlage des neuen Vertrags sein? Neutralität Preußens und Norddeutschlands!

Hatte Hardenberg diesen seinen Plan denn ganz vergessen, als er wenige Monate später die Neutralitätspolitik des Geh. Kabinets und seines Amtsgenossen als die Ursache allen Unheils bezeichnete?

---

[18]) Hardenberg V, 250 : „L'Alliance avec Napoléon offrirait peut-être ce moyen comme le seul qui puisse assurer l'existence indépendante de la Prusse et par elle l'indépendance du nord de l'Europe."

[19]) Hardenberg V, 251 : „Il ne faut pas accepter une capitulation qui semblerait forcée; il ne faut pas se déclarer satellite de la France, ce qui serait le cas, selon ma conviction, en se bornant à accepter simplement les conditions du traité signé à Vienne."

[20]) Hardenberg V, 254 f.

[21]) Hardenberg V, 253 f.

[22]) Hardenberg V, 265 : „3°. Que le mémoire explicatif minuté par le comte de H. ne me semble pas contenir avec assez de précision les points essentiels dont il s'agit et qu'il faudrait en ajouter encore quelques-uns."

[23]) Hardenberg V, 264 : „2°. Qu'il sera très difficile de remédier à tous ces inconvénients par un mémoire explicatif."

[24]) Hardenberg V, 265.

Mag doch vielleicht Hardenberg ein leises Gefühl gehabt haben, daß seine Ideen gar utopisch seien, — er sprach sich am Schluß seines Aufsatzes dahin aus, daß, wenn man sich für den Vertrag vom 15. Dezember entscheide, er schließlich auch nichts dagegen habe [25]), sofern nur in geeigneten Modifikationen der Standpunkt Preußens unzweideutig bestimmt werde. Eine Vergleichung der am 3. Januar angenommenen Restriktionen mit den von Hardenberg in seinen beiden Denkschriften dargelegten Ideen zur Umgestaltung des Vertrags ergiebt die unverkennbare Übereinstimmung der zu Grunde liegenden Anschauungen. Die Urheberschaft Hardenberg's erscheint als sicher in der Abänderung, die dem Bündnis den offensiven Charakter nehmen sollte. Daß die Allianz keine offensive sein dürfe, hatte er schon in seiner ersten Denkschrift nachdrücklich betont [26]); in dem von Haugwitz und Lombard verfaßten Mémoire explicatif wird dieses Punktes nicht die geringste Erwähnung gethan; demnach war es Hardenberg, der die Streichung des Wortes „offensiv" durchgesetzt hat, wenn er sich auch später eifrig bemüht, seinen Anteil an dem Ratifikationswerk wesentlich anders darzustellen [27]). Seinen wiederholten Berichten, daß Haugwitz die Anbringung der Beschränkungen, wie sie in der Restriktionsakte enthalten sind, selbst gewollt und vorgeschlagen habe, widerspricht denn auch noch die Darstellung in Lefebvre's Geschichte der europäischen Kabinette, welcher erzählt, daß der Graf geraten habe, sich der Notwendigkeit zu fügen und den Traktat blindlings zu genehmigen [28]). Ist also doch das Verhalten des Grafen bei jenen Verhandlungen ein anderes gewesen, als seine Gegner glauben machen, so dürfen wir auf der anderen Seite nicht unbeachtet lassen, daß Haugwitz, auch wenn er die Modifikationen nicht selbst in Vorschlag brachte, doch in ihre Aufstellung willigte und sich zutraute, ihre Annahme bei Napoleon zu erwirken. Lombard war bei diesen Arbeiten nicht mehr beteiligt, als schon oben erwähnt wurde, er fungierte als Sekretär; seine Ansicht über die entscheidenden Fragen hat er damals gar nicht offiziell ausgesprochen, auch keinen nachweislichen Einfluß auf die Entschließung des Königs geübt. Es genügt die

---

[25]) Hardenberg V, 266 : „Mais si l'on croit mieux faire en ratifiant le traité du 15 décembre et en consignant tous les changements nécessaires dans un mémoire explicatif, je suis loin de m'y opposer, pourvu que toutes les modifications entrent dans ce mémoire de la manière la plus précise, et que son contenu ne laisse aucun doute sur les stipulations."

[26]) Hardenberg V, 254 : „2°. Pourquoi l'alliance est elle *offensive* et défensive? Son esprit n'est point offensive."

[27]) Er thut dies vorzugsweise als Entgegnung auf die Darstellung in den Matériaux 137—144; Hardenberg II, 394 ff.

[28]) Lefèbvre „histoire des cabinets de l'Europe" II, 243 : „M. de Haugwitz eut beau répéter „„que le traité, signé d'urgence à Vienne, devait être ratifié d'urgence à Berlin.""

Thatsache, daß bei der Ratifikation die Hardenberg'schen Ansichten befolgt wurden. Wenn wir den Denkwürdigkeiten in diesem Punkte trauen können, war Lombard gegen Einschränkung des Vertrags; er soll ja über denselben sehr erfreut gewesen sein [29]). Auch erklärt derselbe in seiner Schrift den Vertrag von Wien unter jenen Umständen für ein Glück, wofür Preußen dem Grafen Haugwitz hätte dankbar sein müssen [30]). Verderblich seien nur die Einschränkungen gewesen, die aus Mangel an Einsicht von dem preußischen Hof hinzugefügt worden wären, und aus der Ratifikation eine Verwerfung gemacht hätten [31]).

Am 4. Januar geschah die Auswechselung der Ratifikationen mit dem französischen Gesandten, der sich jedoch für den gänzlich veränderten Traktat die kaiserliche Genehmigung vorbehielt. Während der Vertrag in seiner ursprünglichen Fassung Preußen völlig an das französische System fesseln sollte, haben die in Berlin ausgesonnenen Modifikationen gerade diesen Hauptzweck der Allianz vernichtet, indem sie den offensiven Charakter derselben beseitigten und die gegenseitigen Abtretungen von einem allgemeinen Frieden abhängig machten, in welchem der König Georg förmlich auf Hannover verzichte. Haugwitz sollte die Aktenstücke dem Kaiser persönlich überbringen und ihn über die angebrachten Änderungen aufklären. Für diese Sendung verfaßte Hardenberg eine Denkschrift [32]), die neue Beweise dafür enthält, wie fest der Verfasser von der Annahme des modificierten Vertrags und dem Wohlwollen Napoleon's überzeugt war. Er sieht darin den preußischen Staat durch die Hülfe seines mächtigen Verbündeten zum Oberhaupt eines deutschen Reiches im Norden heranwachsen.

Das Berliner Kabinet glaubte auch unter diesen Umständen seine guten Beziehungen zu den anderen Höfen, vornehmlich mit Rußland, aufrecht erhalten zu können. Es kam nur zunächst darauf an, keine Vorurteile über Preußens Handlungsweise in Petersburg aufkommen zu lassen, was sehr zu befürchten stand, da die in Berlin anwesenden Russen ihrem Zorn gegen den Grafen Haugwitz, als einen französisch gesinnten Minister, laut genug Luft machten. Am 7. Januar kündigte daher der König dem Kaiser Alexander den eingetretenen Wechsel an und benachrichtigte ihn von der bevorstehenden Abreise des Herzogs von Braunschweig nach Petersburg. Dieser war dazu ausersehen, wie Hardenberg sich später ausdrückt, „den schlechten Handel zu

---

[29]) Hardenberg II, 386.

[30]) Matériaux 137 : „Restoit donc le traité de Vienne, cette fortune inespérée, ce dernier bienfait d'un ministre habile, qu'ingratitude noire en a payé."

[31]) Matériaux 141 : „C'étoit un autre acte, ce n'étoit pas la ratification du premier. Le ministre de France effrayé ne voulut signer que sub spe rati. Ce moment, on le verra, fut pour nous le second arrêt de mort."

[32]) Vom 11. Jan. 1806. Hardenberg II, 417—430.

beschönigen" [33]). Von „beschönigen" konnte gar keine Rede sein; eine einfache Darlegung der Thatsachen mußte jedem vernünftigen Menschen die Überzeugung verschaffen, daß Preußen durch die gesammte Lage gezwungen war, sich zu fügen, wenn es nicht durch einen gefahrvollen Krieg alles auf's Spiel setzen wollte.

In Bezug auf die Stellung des Geheimen Kabinetsrats Lombard tritt mit der Abreise des Grafen nach München, wo Napoleon's Hauptquartier war, eine Änderung ein. Der französische Kaiser hatte, erzürnt über die plötzliche Schwenkung, die Hardenberg im Herbst 1805 zu Frankreichs Ungunsten gemacht hatte, befohlen, daß seine Gesandtschaft in Berlin mit diesem Minister nicht mehr unterhandeln solle [34]). Daher mußte sich dieselbe, so lange Haugwitz abwesend war, an Lombard halten [35]), so daß dieser für längere Zeit einen Teil des auswärtigen Amtes zwar nicht selbständig leitete, aber doch repräsentierte. Diese Wandlung bestimmte nicht am wenigsten das Urteil der Welt über Hardenberg und Lombard. Was lag näher als nunmehr in ersterem den geschworenen Feind des korsischen Usurpators, den Märtyrer der vaterländischen Sache, in dem Kabinetsrat den gehorsamen Diener Napoleon's, das Werkzeug der Fremdherrschaft zu sehen? Es konnte nicht schwer sein, in allem, was nachher geschah, Belege für eine solche vorgefaßte Meinung zu finden.

Am 14. Januar war Graf Haugwitz abgereist. Am 23. Januar traf jene denkwürdige Depesche vom 16. Januar in Berlin ein, ein Meisterstück diplomatischer Schlauheit. Sie war von Talleyrand an Laforest gerichtet und wurde von diesem sofort dem Kabinetsrat vorgelegt. Lombard spielte bei dieser Gelegenheit in keiner Weise den Minister, obwohl Hardenberg durch Krankheit an's Bett gefesselt war, sondern hielt sich streng an seine Pflicht, indem er den Minister von der Angelegenheit sofort in Kenntnis setzte. Laforest überbrachte am 24. Januar früh die Depesche an Lombard, weil er mit Hardenberg nicht unterhandeln sollte [36]). An demselben Tag ging Lombard in Hardenberg's Wohnung, konnte ihm aber nicht selbst die nötigen Mitteilungen machen, weil jener schlief. Er berichtete ihm daher schriftlich über die befremdliche Kunde, die in der französischen Depesche enthalten war, und legte eine Abschrift derselben bei. Zu der in dieser Sache für den Nachmittag angesagten Konferenz beim König wurde Hardenberg von Beyme beschieden, der genau angab, um was es sich handele. Hardenberg schickte, da er persönlich nicht erscheinen konnte, sein Votum durch

---

[33]) Hardenberg II, 431.

[34]) Hardenberg II, 411.

[35]) Hardenberg II, 439 : Laforest an Talleyrand 26. Jan. 1806.

[36]) Hardenberg II, 439 : „J'ai immédiatement porté d'office cette information à M. Lombard qui supplée à mon égard le ministre du cabinet."

Immediatbericht ein. Andern Tags erhielt er wieder von Lombard Bericht über die von der Konferenz auf Grund seines Votums gefaßten Beschlüsse[37]). Dies ist die kurze Geschichte jener Konferenz, die von Hardenberg völlig entstellt wiedergegeben wird[38]). Er lehnt jede Verantwortlichkeit für die Beschlüsse der Konferenz ab, indem er gegen die Wahrheit behauptet, er sei nicht zu Rate gezogen worden.

Es handelte sich um nichts geringeres als um die Frage, ob Napoleon die Restriktionen angenommen habe oder nicht, und ob man demgemäß abrüsten könne. Die Depesche vom 16. Januar war geschickt genug abgefaßt, um die preußische Regierung zu täuschen. Es war darin die Rede von den freundschaftlichen Gesinnungen, die zwischen den beiden Staaten bestünden[39]). Sollte damit die Genehmigung des veränderten Traktats ausgesprochen sein? Noch war ja Haugwitz nicht in München angelangt, um dem Kaiser die Modifikationen persönlich zu empfehlen, als diese Depesche abgefaßt ward. Laforest wußte selbst nicht, was er aus der unbestimmten Äußerung machen sollte. Warum teilte man ihm nicht mit dürren, unzweideutigen Worten mit, ob der modificierte Vertrag genehmigt sei oder nicht? Aber die vorliegende Versicherung schien auch ihm schließlich deutlich erkennen zu lassen, daß die Genehmigung erfolgt war[40]). Er selbst wurde von seinem Hofe getäuscht, um die Überlistung des preußischen Kabinets mit sichererem Erfolg ausführen zu können. Lombard überzeugte sich nicht so rasch von der Wirklichkeit der Annahme, als ihm Hardenberg unterschiebt. In seinem Bericht an diesen teilt er nur die nackte Thatsache von der eingetroffenen Depesche mit, ohne irgend durchblicken zu lassen, daß er darin eine Anerkennung der Restriktionen zu finden glaube[41]); er stellt es dem zuständigen Minister anheim, darüber zu entscheiden. Nach Laforest's Bericht an Talleyrand hat er lang gezögert, die Depesche so aufzufassen, als ob alles abgeschlossen sei[42]). Auch der König ging nur mit Vorsicht auf diese Ansicht ein; er

---

[37]) Diese Darstellung nach Duncker, Pr. Jahrb. 39, 632—635.

[38]) Hardenberg II, 435—438.

[39]) Hardenberg II, 435 : „Sa Majesté voit d'ailleurs avec satisfaction toute démarche qui tend à fortifier les liens d'amitié *qui existent* entre les deux couronnes."

[40]) Er schrieb 26. Jan. in dieser Überzeugung an Talleyrand : „Je recevrai avec beaucoup de reconnaissance l'exemplaire du traité même que vous voulez bien m'annoncer. Je présume que vous me chargerez d'en remettre une à la cour de Berlin, où l'on s'attend de cette formalité, à moins que Votre Excellence ne préfère en faire faire la transmission par M. de Lucchesini." Hardenberg II, 439.

[41]) Duncker Pr. Jahrb. 39, 633 : „ich beeile mich nun, Sie durch diese Zeilen zu benachrichtigen, worum es sich handelt, indem ich Ihnen die Pflicht überlasse, Seiner Majestät darüber Bericht zu erstatten."

[42]) Hardenberg II, 440 : „le premier mouvement de M. Lombard a été la surprise. J'ai dû prendre le parti de lui témoigner très explicitement la mienne,

glaubte nicht eher den Bestand des Vertrages für gesichert halten zu dürfen, als bis die formelle deutliche Ankündigung vorliege. In diesem Punkt wird Lombard's Darstellung durch Laforest's Depesche an Talleyrand vom 26. Januar 1806 bestätigt[43]). Hardenberg erhielt von Beyme die Aufforderung, zur Konferenz zu kommen, „da Seine Majestät über die Depesche des Laforest heute Ihre Beschlüsse nehmen und die eventualiter schon besorgten Ausfertigungen vollziehen wollen“[44]). Diese bereit liegenden Ausfertigungen waren die Demobilisierungsordres für die Armee[45]); Hardenberg war also genau unterrichtet und votierte dahin, daß der Vertrag als abgeschlossen zu betrachten sei und man die Ausführung desselben durch die Besetzung Hannovers sofort beginnen solle[46]). Die Abrüstung, auf welche Beyme in seiner Ordre hingewiesen hat, erwähnt er gar nicht, weil das eben eine Maßregel war, die ganz untrennbar selbstverständlich mit der Annahme des Vertrags verbunden sein mußte. Sein Votum war maßgebend für die Konferenz; es wurde in seinem Sinne beschlossen, die Truppen nach Hause zu schicken[47]). Hardenberg tadelt dies in den Denkwürdigkeiten lebhaft und fügt

---

et de rappeler avec force ce que je ne cessais d'observer depuis huit jours. Je l'ai prié de représenter au Roi qu'il était impossible d'expliquer la suspension de toutes les mesures qui devaient suivre le traité d'alliance, qu'en supposant à la Prusse des raisons pour ménager le passage de ses engagements précédents à ses engagements nouveaux, et qu'il était plus que temps de ne laisser, ni à Londres ni à Pétersbourg, de doutes sur l'attitude que Sa Majesté prend désormais.“ S. 442 : „M. Lombard s'est pénétré de cette argumentation, dont il est convenu que tout lui paraissait juste. Il a relu plusieurs fois le paragraphe dont je lui donnais communication. Je n'ai vu aucun inconvénient à lui en laisser prendre un mémento textuel.“

[43]) Hardenberg II, 440 : „Le Roi avait été amené à penser que rien n'était consommé entre les deux États, aussi longtemps qu'il ne serait pas informé officiellement de l'acceptation des ratifications prussiennes.“ Matériaux 145 : „La raison du Roi, toujours plus sûre, lui dit en vain que c'étoit traiter avec une légéreté peu commune un grand intérêt. Il céda, quoiqu' à regret, à l'avis commun.“

[44]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 633 f.

[45]) Hardenberg II, 436 : „Die Setzung der Armee auf den Friedensfuß und der Rückmarsch der Regimenter in ihre Standquartiere wurde beschlossen. Die Befehle waren, um keinen Augenblick zu versäumen, die Kosten zu ersparen, schon längst im Voraus geschrieben, um gleich abgesendet werden zu können, sobald man erführe, daß die Ratifikationen ausgewechselt wären.“

[46]) Duncker, Pr. Jahrb. 39, 634 : „Ich denke, daß der Inhalt des beigefügten Schriftstücks die Angelegenheit als beendet betrachtet lassen muß, und daß es nichts dringenderes giebt als Hannover zu besetzen, die fremden Truppen von dort zu entfernen und die Räumung Hamelns zu betreiben.“

[47]) Hardenberg II, 437 f. : Lombard an Hardenberg 25. Jan. „Au reste il n'y a eu qu'une voix hier pour envisager les nouvelles de Munich dans le sens où Votre Excellence les a présentées au Roi. — Tous les ordres pour le retour des armées sont donnés déjà.“

die Behauptung hinzu, daß die Armee auf dem Kriegsfuß geblieben wäre, wenn man ihn nur gefragt hätte[48]). Wie diese Bemerkung aufzufassen ist, darüber kann nach dem Vorausgehenden kein Zweifel sein. Als ihm am 25. Januar die Absendung der Demobilisierungsordres durch Lombard mitgeteilt wurde, hat er nichts gethan, dieselben rückgängig zu machen, obwohl es noch Zeit war. Aber es war so sein eigener Wille gewesen, den er der Konferenz kund gegeben hatte. Wenn es wirklich seine Meinung gewesen wäre, die Truppen auf dem Kriegsfuß zu lassen, so hätte er auch nach der Konferenz noch Schritte zu diesem Zweck thun können. Aber auch an dem Befehl vom 9. Februar, daß die pommer'schen und märkischen Regimenter gerüstet bleiben sollten, weil der König von Schweden eine feindliche Miene machte, war er unbeteiligt, wie aus einem Brief Lombard's an ihn hervorgeht[49]), obwohl er selbst berichtet, daß es wahrscheinlich infolge seiner Gegenvorstellungen gegen den Beschluß vom 24. Januar geschehen sei[50]). Das Verhalten Hardenberg's in der Demobilisierungsangelegenheit fordert zu einer weiteren Erwägung auf. Wenn Hardenberg der Wahrheit gemäß berichtete, Graf Haugwitz sei so felsenfest von der Annahme der Restriktionen durch Napoleon überzeugt gewesen, so wäre es doch auffallend, daß dieser nicht schon im Anfang des Januar auf die Demobilisierung hinwirkte, da er doch sonst dem Dienst Napoleon's ergeben gewesen sein soll. Andererseits will Hardenberg in den ersten Tagen des Januar mehrfach geäußert haben, daß er starke Zweifel an der Annahme des modificierten Vertrags hege, und erst dann sich einverstanden erklärt haben, als Haugwitz versicherte, er werde es schon durchsetzen. Wenn dem wirklich so war, so ist unbegreiflich, wie Hardenberg durch eine so unbestimmte Notiz in Talleyrand's Depesche, von der er wußte, daß sie abgefaßt worden war, bevor der Graf bei Napoleon sein konnte, zu einem so wichtigen Entschluß veranlaßt werden konnte. Es mag keine so müßige Bemerkung sein, wenn Lombard dem Bericht über die Abrüstung hinzufügt: „Vergessen wir nicht, daß Haugwitz abwesend war[51])!"

Man erkennt aus diesem Beschluß der Demobilisierung außerdem noch, daß es Lombard durchaus nicht beigekommen ist, mit Umgehung des Ministers selbst zu regieren, obwohl damals die beste Gelegenheit hierzu gewesen wäre. Er that nichts als die seinem Amt zukommenden Dienste eines Sekretärs. Die Darstellung, welche Hardenberg zu Lombard's Ungunsten von dem Hergang giebt, wirft ein grelles Licht auf die Glaubwürdigkeit seiner Memoiren.

Um das heimliche Spiel Lombard's in Frankreichs Interesse, also rund herausgesagt, den Hochverrat des Kabinetsrats, aufzudecken, führt Harden-

---

[48]) Hardenberg II, 438.
[49]) Hardenberg II, 462 f.
[50]) a. a. O.
[51]) Matériaux 146.

berg im Anschluß an die Darstellung dieser Begebenheiten eine Anzahl französischer Depeschen an. Ich gebe zu, daß diese Aktenstücke manches enthalten dem ein phantasiebegabter Leser, der gegen Lombard voreingenommen ist, bei oberflächlicher Betrachtung eine solche Deutung geben könnte. Klare stichhaltige Beweise fehlen aber vollständig; und auch die in jenen Papieren enthaltenen Materialien erscheinen in einem anderen Lichte, wenn selbst Hardenberg andern Orts ausdrücklich sagt, daß er an eine solche Schuld nicht glaube [52]). In Kürze mögen die einzelnen gegen Lombard aufgebrachten Beweismaterialien besprochen werden. Schon am 9. Oktober 1805 war Hardenberg pseudonym benachrichtigt worden [53]), daß Lombard ein geheimes Einverständnis mit der französischen Gesandtschaft unterhalte und den Abend des 6. Oktober, nachdem die Nachricht von der Gebietsverletzung in Ansbach in Berlin angekommen war, bei Duroc zugebracht habe. Im Interesse Hardenberg's wäre zu wünschen, daß er diesen Brief nicht in die Denkwürdigkeiten aufgenommen hätte. Hielt er ihn damals überhaupt für beachtenswert, so hatte er die Pflicht, ihn in die Hände des Königs niederzulegen. Dies ist aber nicht geschehen. Lombard hat sich indes gar nicht bemüht, seinen Besuch bei dem Bevollmächtigten Napoleon's geheim zu halten; er hat selbst mit Hardenberg davon gesprochen, was dieser aber wieder in seiner Weise deutet [54]). Bei der Mitteilung der französischen Depeschen [55]) hütet sich Hardenberg wohl, auf Grund der darin enthaltenen Angaben einen bestimmten Verdacht gegen Lombard auszusprechen oder den Nachweis desselben zu versuchen. Er beschränkt sich darauf, die Bedeutung derselben kurz hervorzuheben und die gravierendsten Stellen mit Rotstift zu unterstreichen, indem er hinzufügt, sie bedürften keines Kommentars [56]). Hardenberg mußte sich zunächst durch eine Reihe von Äußerungen getroffen fühlen, welche der bei den Franzosen verbreiteten Ansicht, er sei ein Feind jeder französischen Allianz, Ausdruck leihen [57]). Sein Name ist nicht genannt, aber doch ist es unverkennbar, daß der Minister gemeint ist, welcher im Oktober 1805 die französische Gesandtschaft durch die Weigerung, sie zu empfangen, beleidigte.

---

[52]) Hardenberg II, 51 : „Ich beschuldige keinen dieser Männer böser Absichten, glaube von keinem, daß er erkauft gewesen sei, aber ihr Einfluß und ihre Geschäftsführung war doch eine der Hauptursachen des Sturzes der preußischen Monarchie."

[53]) Unter dem fingierten Namen Abraham Michel Freund. Hardenberg II, 267 f.

[54]) Hardenberg II, 268 : „Lombard war fein genug gewesen, mich selbst zu benachrichtigen, daß er bei den französischen Geschäftsträgern gewesen sei; aber er stellte es als einen unschuldigen Besuch dar."

[55]) Hardenberg II, 439—450.

[56]) Hardenberg II, 438.

[57]) Hardenberg II, 444 : „L'on écoute encore, si l'on ne croit plus, les personnes qui prédisent que bientôt l'Angleterre et la Russie feront sentir leur mécontentement à la Prusse, et que la France la laissera livrée à ses propres forces."

Dem gegenüber mußte ihm jedes Lob auf Lombard die Vermutung näher rücken, daß dieser sich dem Kabinet von St. Cloud dienstfertig erweise. Diese Dienste sollen in vertraulichen Mitteilungen über die preußischen Pläne bestanden haben. Man muß allerdings staunen, wie gut die französische Gesandtschaft binnen kurzer Zeit über viele Beschlüsse des Berliner Hofs unterrichtet war; Laforest's Depeschen sind ein Beispiel dafür. Sind nun diese Eröffnungen in der That von Lombard gemacht worden? Die preußischen Ultrapatrioten behaupteten es, und die Menge schrie es ihnen nach; ja selbst gewissenhafte Geschichtsschreiber haben nicht geglaubt an der Verräterei Lombard's zweifeln zu sollen[58]. Der Verrat eines hochstehenden Staatsbeamten, der das intimste Vertrauen der Monarchen genießt, ist aber etwas so ungeheuerliches, daß wir ohne die bestimmtesten Beweise kein Recht haben, daran zu glauben. Die Art, wie Laforest über seine Entdeckungen berichtet, kann uns eine Handhabe gewähren, um uns in dieser Frage zu orientieren. Der Gesandte erwähnt nämlich mehrfach, daß Lombard ihm dies und jenes mitgeteilt habe; dadurch haben gerade diese Angaben den Charakter der Echtheit und sind für den französischen Minister ungleich wertvoller als sie es ohne die Beziehung auf diese Quelle wären. Wenn also ein geheimes Verständnis mit Lombard bestand, so können wir mit Fug und Recht annehmen, daß alles was der französische Gesandte über die preußische Politik berichtet, ohne Lombard's Namen zu nennen, aus andern Quellen stammt. Denn warum sollte Laforest solchen Mitteilungen das Gepräge der Authenticität, welches sie als Informationen des Geh. Kabinetsrats haben würden, rauben, indem er den Vermittler unerwähnt läßt? Nun sind aber all die Benachrichtigungen, welche Laforest's Depeschen unter Lombard's Namen enthalten, durchweg ganz unverfänglicher Art! Oder sollte es eine Verräterei sein, wenn Lombard dem französischen Gesandten Ende Januar 1806, als das Bündnis mit Napoleon abgeschlossen erschien, im Vertrauen mitteilte, die Königin sei empfindlich verletzt, weil die Kaiserin einen Brief, den sie mit Geschenken begleitet hatte, nicht beantwortet habe; es sei im Interesse des guten Einvernehmens zu wünschen, daß dies Versehen gutgemacht werde[59]? Ein schlagender Beweis für die Verblendung, welcher Hardenberg durch seinen Haß und sein Mißtrauen gegen Lombard verfallen ist, liegt in der Mitteilung eines Briefes von Laforest an Duroc, vom 4. Februar 1806. Der Gesandte schreibt[60]: „Hätten Sie geahnt, daß man zwei Tage nach Ihrer

[58]) Häusser „Deutsche Geschichte vom Tod Friedrichs d. Gr. bis zur Gründung des deutschen Bundes." III. Aufl. 1862. II, 702, Anm., 703.

[59]) Laforest an Talleyrand 26. Jan. 1806; Hardenberg II, 448 f. Zu beachten ist dabei, daß Lombard's Äußerung nicht direkt, sondern durch die Feder des französischen Gesandten mitgeteilt wird, wodurch eine besondere Färbung entsteht.

[60]) Hardenberg II, 449 f.: „Auriez vous pensé que le surlendemain du jour où vous preniez congé, on arracherait la signature du Roi à une convention avec

Abreise von hier dem König die Unterschrift zu einer Übereinkunft mit Rußland entreißen würde? — Aber der König hat sich bewundernswert gehalten. Herr von Haugwitz ist mit seinem Geheimnis abgereist. Herr Lombard, der hier der Mitwisser war, ist das Werkzeug gewesen durch welches die Koalitionspartei hier getäuscht worden ist und nur Scheinerfolge errungen hat. Dennoch war die Erbitterung so groß, daß ich zwei- oder dreimal fürchtete, die Zügel aus den Händen zu verlieren. Ich denke, daß jetzt, nachdem Lombard, der tausend Widerwärtigkeiten erfahren hat und mit unzähligen Schmähungen überhäuft worden ist, einen ehrenden Beweis der Achtung des Kaisers vor der Öffentlichkeit wohl verdienen würde." Da Duroc am 1. November 1805 Berlin verließ, so bezieht sich das Ganze auf den Aufenthalt des russischen Kaisers am preußischen Hof und den Vertrag von Potsdam. Es läßt sich bei aufmerksamer, gewissenhafter Prüfung nichts anderes aus dem Brief herauslesen als etwa folgendes: Lombard hat dem französischen Gesandten, als derselbe in sehr erklärlicher Befremdung wegen der Anwesenheit des russischen Kaisers anfragte, geantwortet, die antifranzösische Partei in Berlin habe durch ihr ungestümes Drängen den König gezwungen, eine Abmachung mit Rußland zu treffen. Da aber der König sowohl wie Haugwitz und er selbst Freunde Napoleon's seien und bleiben wollten, so sei es ihnen gelungen, die Koalitionspartei zu täuschen, und, während diese glaube, es gehe in den Krieg gegen Frankreich, sei das Kabinet so gut französisch gesinnt wie zuvor. Die Konvention von Potsdam sei nur Blendwerk[61]).

Alles andere in dem Briefe Laforest's erklärt sich daraus, daß der endliche Ausgang allerdings diese Äußerungen Lombard's zu bestätigen schien, während dieser nichts gethan hat, als daß er durch eine geschickte Vorspiegelung den Argwohn der französischen Regierung im Interesse seines Hofes zerstreute, gerade das Gegenteil einer verräterischen Handlung. Wir haben ja zudem schon oben gezeigt, daß Lombard nach Abschluß des Vertrags von Potsdam ebenso wie der König zum Krieg gegen Frankreich entschlossen war. Noch eins mag berührt werden. Wäre Lombard ein geheimer,

---

la Russie? — Mais le Roi s'est conduit admirablement. M. de Haugwitz est parti avec son secret. M. Lombard, qui en était ici le dépositaire, a été l'instrument par lequel la faction coalitionnaire ici a été déjouée et n'a obtenu que tous les succès d'apparence. Cependant l'acharnement était tel, que j'ai craint deux ou trois fois que les rênes m'échappassent. Je pense qu'actuellement que tout est passé. Monsieur Lombard, qui a essuyé mille dégoûts et a été accablé de mille calomnies, mériterait bien un témoignage honorable et patent de l'estime de l'Empereur."

[61]) Der gleiche Vorwurf verräterischer Mitteilungen wird von Metternich gegen den Grafen Haugwitz erhoben. Die Grundlosigkeit desselben ist von Bailleu nachgewiesen worden. S. Paul Bailleu „die Memoiren Metternichs" in der Historischen Zeitschrift von Sybel 1880, Bd. 44, 240f.

vielleicht gar besoldeter, Agent des französischen Kaisers gewesen, so wäre der Vorschlag, ihm eine öffentliche, ehrende Anerkennung zu gewähren, ein Ding der Unmöglichkeit. Durch die bei Hardenberg angeführten Aktenstücke wird der Vorwurf, daß Lombard ein verräterisches Spiel getrieben habe, nicht erhärtet vielmehr entkräftet. Möglich, daß unter der übrigen Korrespondenz Laforest's mit seinem Hofe, die uns nicht vorliegt, — nur durch einen Zufall sind die obigen Stücke zu Hardenberg's Kenntnis gelangt — sehr wichtiges, vielleicht entscheidendes Material zur Beurteilung dieser Frage noch aussteht.

Wenn wir aber aus dem vorliegenden einen Schluß ziehen dürfen, so sind jene Verdächtigungen völlig grundlos. Eine Unterredung, die Lombard mit Gentz am 7. Oktober 1806 in Erfurt hatte, erscheint daher auch wert, hier mitgeteilt zu werden[62]). Gentz berichtet: „Nachdem er über seine körperlichen Leiden geklagt, sagte er plötzlich: Oh! wenn Sie all' den verschiedenen Jammer wüßten, der mich nun seit mehreren Jahren, besonders seit den sechs letzten Monaten heimgesucht! Man hat mich wie einen Missethäter angeklagt und behandelt. Durch ganz Europa hat man mich als einen von Napoleon besoldeten Verräter ausgeschrieen. Von allen Seiten haben sie konspirirt, meine Entlassung und Bestrafung zu erlangen; alle Prinzen des königlichen Hauses, ja selbst die Königin waren gegen mich im Bunde. Die, welche von mir gesagt, ich sei ein bestochener Söldling, wußten das Gegentheil recht gut. Sie waren ja früher mit meiner Lebensweise bekannt; sie hat sich seitdem nicht geändert. Ich war zu allen Zeiten so arm wie eine Kirchenmaus. Meine Frau hatte kaum ein Zimmer, in welchem sie ihre Freunde empfangen konnte; was mich anbetrifft, so waren ein einfacher Lehnstuhl und eine Tabakspfeife das Ziel meiner Wünsche. Es ist doch wahrlich nicht der Mühe werth, ein Schelm zu sein, um in solchem Elend zu leben."

Wenn Hardenberg im Februar 1806 durch jene Depeschen Laforest's die Überzeugung gewonnen hätte, Lombard habe sich grober Pflichtvergessenheit schuldig gemacht, so erforderte es auch hier seine Pflicht, dem König nichts zu verheimlichen. Er ist dieser Pflicht nicht nachgekommen.

Am 29. Januar ging der Herzog von Braunschweig nach Petersburg, Schulenburg nach Hannover ab. Schon unterm 8. Januar war ein Erlaß an Graf Goltz, den preußischen Gesandten in Rußland abgesandt worden, der die Unterschriften von Friedrich Wilhelm, Hardenberg und Haugwitz trug. Zu diesem Schriftstück[63]), dem er durch seinen Namen seine Billigung gegeben hatte, machte Hardenberg später tadelnde Randbemerkungen! Noch

---

[62]) Gentz II, 247; Verfasser giebt an, er habe Sorge getragen, von dieser denkwürdigen Unterredung kein Wort zu verlieren.

[63]) Hardenberg V, 271—278.

frappanter ist aber, daß Hardenberg eine von Legationsrat Renfner auf sein Geheiß abgefaßte, für den Herzog bestimmte, Denkschrift, über die er sich sogar anerkennend geäußert [64]), ja die von ihm allein unterzeichnet ist, späterhin mit gleichen kritischen Bemerkungen versah, als ob sie von Lombard oder Haugwitz herrühre. Daß wir auch von Lombard ein Memoire für die Sendung nach Petersburg vorfinden [65]), welches unter Hardenberg's Recension natürlich nicht besser wegkommt, erklärt sich durch dessen eigene Mitteilung, daß er den Kabinetsrat selbst zur Abfassung dieser Schrift aufgefordert habe [66]). Die Denkschriften stimmen in den wesentlichen Punkten überein. Es war Preußens Absicht, nachdem es zu seiner eigenen Sicherheit, um nicht allein den Schaaren des korsischen Imperators Stand halten zu müssen und um in den Besitz Hannovers zu gelangen, sich zur Annahme des Vertrags von Wien hatte entschließen müssen, die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland im eigenen Interesse nicht aufzugeben, sondern auch diese Macht in den neuen Bund hereinzuziehen. Wie wenig Erfolg dieses Unternehmen versprach, entging den preußischen Staatsmännern; ebenso wenig waren Hardenberg die unvermeidlichen schweren Folgen des Vertrags mit Frankreich genügend klar geworden. Man hatte nicht gehörig erwogen, daß Preußen von nun an zwischen Frankreich und Rußland eine ganz zweideutige Stellung einnehme, daß es eines Tags genötigt sein werde, wenn es nicht gelang, Frankreich und Rußland zu versöhnen, zwischen diesen beiden Mächten in einem Augenblick zu wählen, wo es möglicherweise nur zum Schaden der Monarchie geschehen konnte. So wurde die Unterhandlung mit Rußland begonnen, zunächst nur zu dem Zweck, dort keine übele Meinung wegen des Anschlusses an Frankreich aufkommen zu lassen; nachdem aber an Stelle des Wiener Traktats der von Paris getreten war, fortgesetzt in der immer entschiedeneren Absicht, im geheimen Anschluß an Rußland einen Schutz gegen Napoleon zu finden.

Am 1. Februar war Haugwitz in Paris angekommen und erhielt am 5. Februar die niederschmetternde Kunde, daß der Kaiser den Wiener Vertrag nicht mehr als bestehend ansehen könne, weil derselbe nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit ratificiert worden sei; denn eine Ratifikation könne man das Verfahren, das Preußen an dem Entwurf geübt habe, nicht nennen. Die Verhandlungen müßten auf Grund eines neuen Entwurfs eröffnet werden [67]). Daß dieser nur ungünstiger für Preußen ausfallen konnte als der erste, litt von vornherein keinen Zweifel. Aber Napoleon war Weltmann

---

[64]) Hardenberg II, 434; die Denkschrift selbst V, 278—287.

[65]) Hardenberg V, 287—294.

[66]) Hardenberg II, 434.

[67]) Hardenberg II, 463, Haugwitz' Bericht vom 8. Febr. Note Talleyrand's a. a. O. 469.

genug, dem Grafen Haugwitz die bittere Pille zu verzuckern. Er sagte dem preußischen Minister persönlich so viel Schmeichelhaftes, daß dessen Täuschung über des Kaisers wahren Charakter nur immer mehr bestärkt wurde[68]). Doch hat dies auf den Gang der Dinge vorerst wenig Einfluß üben können. Die Verhältnisse lagen derart, daß, auch wenn an Haugwitz' Stelle ein festerer Mann gestanden hätte, die Annahme der von Napoleon vorgeschriebenen Bedingungen unabweisbar gewesen wäre. Der Friede, den er am 26. Dezember des Vorjahres mit Österreich in Presburg geschlossen hatte, gewährte dem Kaiser jetzt eine Sicherheit, deren er in Wien noch entbehrt hatte. England, sein Todfeind, schien nach dem am 23. Januar erfolgten Ableben William Pitt's, den Charles Fox ersetzt hatte, zum Frieden geneigt; und Rußland war zwar immer mit Worten bei der Hand, wenn Preußen seiner Hülfe bedurfte, hielt aber nicht leicht, was es versprochen hatte. So stand Preußen mehr wie je isoliert und dazu noch seit dem 25. Januar wehrlos da; es konnte sich Glück wünschen, wenn es nun überhaupt noch Hannover und dadurch die Sicherstellung seiner Westgrenze erhielt. Von der veränderten militärischen Lage hatte sowohl Haugwitz als der Kaiser Kunde erhalten[69]). Und doch hat auch Haugwitz gethan, was möglich war, um Preußens Los zu bessern. Man lese nur seine Berichte nach, besonders den vom 12. Februar[70]), welche die Bestätigung hiervon enthalten. Er hatte jedoch nur zu wählen zwischen Bewilligung der französischen Forderungen und sofortigem Ausbruch der Feindseligkeiten[71]). Die französischen Truppen in Süddeutschland wurden fortwährend verstärkt, und daß dies keine Scheinmanöver waren, sondern ernstliche Vorbereitungen zum Kampf, beweisen die Briefe Napoleon's an Berthier vom 2. und 8. Februar, in deren letzterem er die Kriegsbereitschaft befiehlt[72]). Es gelang jedoch dem Grafen in Bezug auf Hannover eine günstigere Situation zu erlangen, indem er die Verleihung des ganzen Kurfürstentums durchsetzte, während Napoleon anfangs beabsichtigte, das Bistum Osnabrück davon abzuschneiden und mit dem neu zu gründenden Herzogtum Kleve zu vereinigen[73]). Am 15. Februar unterzeichnete Haugwitz die Vorlage und sandte dieselbe an seinen Hof, wo sie am 22. Februar ankam[74]). Der neue Vertrag sollte auch wieder eine Offensiv- und Defensivallianz aufrichten, wiewohl Haugwitz sich etwas darauf zu Gute thut, gerade diese bestimmte Be-

---

[68]) Hardenberg II, 465 f.

[69]) Durch denselben Kurier wurden an Haugwitz eine Depesche vom 27. Jan., an Napoleon eine vom 26. Jan. befördert. Hardenberg II, 439; 466.

[70]) Hardenberg II, 471—475.

[71]) Bericht vom 15. Febr. Hardenberg II, 476—482. Lefebvre II, 248.

[72]) Correspondance de Napoléon I. 11, Nr. 9737; 12, Nr. 9777.

[73]) S. den Vertrag bei Hardenberg II, 483.

[74]) Der Vertrag mit den begleitenden Stücken, Hardenberg II, 475—487.

zeichnung vermieden zu haben[75]). Der Geist des Bündnisses war nichts destoweniger auf beides gerichtet. Sagt doch der achte Artikel[76]), daß die beiden Mächte auf Grund der geleisteten Garantieen in jedem Kriege gemeinsame Sache machen werden! Eine Beschränkung derart, daß der casus foederis nur dann eintreten solle, wenn einer der beiden Staaten angegriffen werde, ist nicht ausgesprochen. Die größeren Opfer, die Preußen an Gebiet bringen muß, bestehen darin, daß es außer Neufchatel auch die Grafschaft Valengin abtreten muß und für Ansbach keine Entschädigung erhält, wie das noch zu Wien bestimmt worden war. Früher war angegeben worden, daß der neue Fürst von Kleve ein deutscher Reichsfürst sein solle; diese Beschränkung fiel diesmal weg, woraus klar wurde, daß Napoleon beabsichtigte, einen seiner Verwandten zum nächsten Nachbar Preußens im Westen zu machen. Eine der peinlichsten Verpflichtungen, die auch jetzt erst auferlegt wurde, war die Schließung der Nordseehäfen und Lübecks gegen die englische Flagge.

Am 24. Februar fand in Berlin eine Konferenz zur Prüfung und Beschlußfassung über den neuen Traktat statt. Es nahmen Teil: Hardenberg, Rüchel, Lucchesini, der zu diesem Zweck von Paris gekommen war, Köckritz, Kleist, Beyme und Lombard[77]).

Die Konferenz konnte nicht anders als sich für die Ratifikation unter allen Umständen aussprechen, da hierdurch allein der Krieg und die Rückkehr der Franzosen nach Hannover vermieden werde, wogegen die unvermeidliche gereizte Stimmung Englands und Rußlands sowie der durch die Handelssperre entstehende Schaden nicht in Anschlag gebracht werden könne. Hardenberg gab seine Ansicht noch besonders durch eine Denkschrift kund[78]). Hier geht er nun auf einmal von ganz anderen Anschauungen aus wie seither. Er erkannte, daß die Neutralitätspolitik, die er selbst noch bei den Beratungen über den Wiener Vertrag aufrecht erhalten, sich nicht bewährt hatte[79]), und gab sie nunmehr auf. So weit hat er sich aber schon in die neuen Ideen eingelebt, daß er meint, nie anderer Ansicht gewesen zu sein, und bezeichnet die Entschiedenheit der Maßregeln entweder für oder wider Frankreich als sein ursprüngliches Programm, dem er stets treu geblieben sei[80]).

---

[75]) Hardenberg II, 481.

[76]) Hardenberg II, 484.

[77]) Protokoll der Konferenz, Hardenberg II, 488—490.

[78]) Denkschrift vom 24. Febr. Hardenberg II, 490—496.

[79]) Denkschrift vom 30. Dez. Hardenberg V, 248. Haugwitz hatte schon damals gesagt: la guerre ou le traité!

[80]) Hardenberg II, 491: „J'ai toujours été de l'opinion qu'elle ne pouvait pas soutenir sa neutralité, et je l'ai encore. Qu'elle s'alliât à la France, ou aux puissances en guerre avec elle, il fallait un parti décidé et suivi avec conséquence, promptitude et énergie."

Jetzt schon fühlte er das Bedürfnis, sich von der Verantwortung für alles Geschehene reinzuwaschen. Die an dem Vertrag von Wien angebrachten Einschränkungen stellte er als Machwerk des Grafen Haugwitz allein dar, die Schuld der voreiligen Abrüstung schob er gleichfalls von sich.

An dieser plötzlichen Sinnesänderung haben die von Napoleon gegen ihn erlassenen Schmähartikel gewiß bedeutenden Anteil, wie überhaupt seine Entschließungen mannigfach durch seine persönliche Empfindung beeinflußt waren[81]). Trotzdem hielt er aber unter den damaligen Umständen, obwohl der Vertrag willenlose Unterwerfung unter Napoleon's Scepter bedeutete, die Annahme desselben für eine zwingende Notwendigkeit. Allerdings werde auch so früher oder später ein Krieg mit England oder im Verein mit Frankreich gegen Rußland infolge der zu leistenden Garantieen unvermeidlich sein[82]). Die Entscheidung dieser schwierigen Lage stellt er dem König allein anheim.

Selbst Schulenburg, der von Hannover aus sein Votum einsandte, erklärte sich für Annahme des Vertrags[83]). Am 26. Februar erfolgte die Unterzeichnung. Die Schuld daran, daß Frankreich sich nun alle Demütigungen erlauben konnte, daß Preußen in peinliche und gefahrvolle Lage zu verschiedenen Mächten, mit England in Krieg geriet, trägt nicht der Graf Haugwitz und seine Verhandlung in Paris, sondern die Beschneidung des Wiener Vertrags, deren Verantwortung Hardenberg vergebens von sich zu weisen suchte. Schon in einem Briefwechsel mit Schulenburg zeigt sich dies Bestreben, sich zu reinigen, in den ersten Tagen des März 1806[84]).

Auf Hardenberg's Drängen[85]) wurde Haugwitz durch königliche Kabinetsordre vom 3. März beauftragt, darauf hinzuwirken, daß die Ausführung des Vertrags für Preußen möglichst günstig vor sich gehe, besonders daß der Austausch von Hameln und Wesel nicht en bloc geschehe, weil letztere Festung entschieden besser ausgestattet sei; daß die französischen Truppen sobald wie möglich Deutschland verlassen sollten, und Napoleon für die Einwilligung des englischen Königs in die Abtretung Hannovers Sorge tragen möge[86]). Es waren eitle Hoffnungen, die man auf die Willfährigkeit und das Wohlwollen des französischen Kaisers baute. Er wußte, was er sich jetzt alles gegen Preußen erlauben durfte, nachdem er es von den andern Mächten isoliert hatte, und that dies auch im ausgedehntesten Maße. Man

---

[81]) Massenbach I, 93.

[82]) Hardenberg II, 495.

[83]) Hardenberg II, 496 f. : „Je ne vois aucun moyen actuellement de faire la guerre sans exposer la monarchie à sa perte et je prie le Roi au nom de Dieu de prendre son parti incessament.“

[84]) Hardenberg II, 511 f.

[85]) Hardenberg II, 505.

[86]) Hardenberg II, 506—509.

that daher in Preußen gut, ihm zunächst trotz allen inneren Grimmes ein freundliches Gesicht zu zeigen und durch Gewährung seiner Wünsche jeden Verdacht zu nehmen, als ob man die neuen Verhältnisse widerwillig ertrage. In diesem Sinn ist auch die Konvention zwischen Haugwitz und Duroc vom 8. März über die Auswechselung der Festungen zu verstehen. Die Ordre des Königs vom 3. März konnte er an jenem Tag noch nicht in Händen haben, also auch den Befehl wegen Hameln und Wesel nicht ausführen. Hardenberg findet allerdings in dem Benehmen des Grafen eine „knechtische Schmeichelei der Launen Napoleon's“ [87]), was denn doch eine starke Übertreibung ist.

V.

Hardenberg's Rücktritt und seine geheime Unterhandlung mit Rußland.

Der im April 1806 gerade nach dem Abschluß der französischen Allianz erfolgte Rücktritt Hardenberg's hat in Verbindung mit den vorausgehenden persönlichen Angriffen Napoleon's gegen ihn den Anschein einer That erhalten, die ihren Grund in der Verschiedenheit politischer Ideen hatte. Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, uns zu überzeugen, daß die Absicht Hardenberg's fehlgeschlagen ist, sich durch seine Denkwürdigkeiten als den Verfechter einer entschiedenen, unzweideutigen, der Haugwitz'schen Neutralität entgegengesetzten Politik darzustellen. Auch sein Rücktritt hatte in ganz anderen Dingen seinen Grund als in einer politischen Gegnerschaft. Persönliche Differenzen und eine kleinliche Eifersüchtelei gegen Haugwitz hatten ihm den Gedanken an den Rücktritt zuerst eingegeben, als ihm jener im Oktober 1805 beigesellt ward, und doch wieder keinen Entschluß hierzu in ihm aufkommen lassen, weil er es nicht über sich vermochte, gerade dem Grafen Haugwitz das Feld zu räumen. So schwankte er, ohne eine Entscheidung herbeizuführen, hin und her, bis politische Gründe sein Bleiben im Amt völlig unmöglich machten.

Schon im Oktober 1805 war der König aus politischen Rücksichten veranlaßt, Hardenberg seine Abdankung nahe zu legen. Dieser hatte den Wink nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. In der Berufung des

[87]) Hardenberg II, 525.

Grafen Haugwitz sah er nur eine Beleidigung seiner Person, die seinen Stolz empfindlich verletzte[1]). Daß er dem König wirklich ernsten Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben haben könne, und daß sein Rücktritt sachlich notwendig geworden sei, kam ihm nicht in den Sinn, obwohl er selbst ganz mit Recht erkannte und betonte, daß ein Doppelministerium ein Unding sei[2]). Daß es ihm jedoch nicht ernst mit allen Äußerungen war, die er damals wegen seines Rücktritts gethan, haben wir bereits erfahren. Er wollte eben nicht freiwillig vor dem Grafen Haugwitz weichen, aber ebensowenig wünschte er in seiner Geschäftsführung durch denselben beengt und beobachtet zu sein. Er betrachtete den ganzen Vorgang als eine rein persönliche Angelegenheit[3]). So war sein Verhältnis zu Haugwitz ein unerquickliches, da er den Eindringling in ihm sah, der es darauf abgelegt habe, ihn zu stürzen[4]) oder wenigstens in den Schatten zu stellen. Ebenso empfand er gegen Lombard Abneigung und Mißtrauen, dessen freundschaftliches Verhältnis zu Haugwitz ihm den Verdacht erweckte, daß er bei der Intrigue beteiligt sei. Unter solchen Befürchtungen wandte er sich am 7. Dezember 1805 abermals schriftlich an Beyme[5]). Dieser Brief, der in einer ganzen Reihe von Sätzen wörtlich mit seinem ersten vom 22. Oktober übereinstimmt, geht genauer auf den Grund der Unzufriedenheit des Verfassers ein. Nachdem er eingangs bemerkt hat, daß die Zeilen nur für Beyme persönlich bestimmt seien, wodurch er denselben jeden offiziellen Charakter abspricht, setzt er sein Verhältnis zu Haugwitz auseinander. Er habe denselben stets gern zu Rat gezogen, aber er werde durch die Umstände immer wieder an das Sprichwort erinnert : Trau, schau, wem? Er habe das Bewußtsein, seine Pflicht selbst unter Opfern stets zu erfüllen, und müsse es daher um so herber empfinden,

---

[1]) Hardenberg an Beyme 22. Okt. 1805; Hardenberg II, 302 : „Was eine gemeinschaftliche Überlegung der wichtigen gegenwärtigen, allerdings höchst wichtigen Gegenstände Nützliches und Gutes stiften könnte, existirte, ohne daß es erforderlich war, es zu befehlen und einen rechtschaffenen, unablässig mit der größten Anstrengung arbeitenden und von dem reinsten Eifer beseelten Königlichen Staatsdiener so empfindlich an seiner Ehre anzugreifen und zu kränken." — — 303 „Niemand setzt so wenig Werth auf eigene persönliche Meinung als ich — Wahrheit und die besten Zwecke, die besten Mittel dazu, — dieses allein ist es, wonach ich unbefangen und bescheiden strebe. Verdient dieses wohl eine solche öffentliche Kränkung?"

[2]) Vgl. den ganzen Brief; Hardenberg II, 301—304.

[3]) Hardenberg II, 305 : „ich war entschlossen, sobald die Krise vorüber sein würde, entweder meine Verhältnisse genau und genugthuend bestimmen zu lassen, oder das Departement niederzulegen." Von der Eifersucht Hardenberg's gegen Haugwitz erzählt auch ein Bericht Woltmann's vom 30. April 1805. Baader 67.

[4]) Hardenberg II, 298 f.; II, 301 : „Hatte der Graf den Plan, mich nach zwei Jahren wieder aus meinem Posten zu verdrängen, so war dieses sehr consequent, weil er dadurch vorbaute, daß ich nicht etwa die Geschäfte gemeinschaftlich mit ihm behielt."

[5]) Hardenberg II, 403—409.

wenn er verkannt und zurückgesetzt werde. Die Berufung des Grafen Haugwitz stehe in so grellem Widerspruch mit den früheren Anschauungen des Königs in Betreff der gemeinschaftlichen Geschäftsführung, daß er nur persönliche Rücksichten, Mißtrauen in sein politisches System oder Unzufriedenheit mit seiner Geschäftsbehandlung als Beweggründe dieses Entschlusses ansehen könne. „In Absicht auf ersteres, fährt er fort[6]), hätte ich nach der Kenntnis und Erfahrung, die man von mir haben sollte, wohl das Zutrauen verdient, daß ich meine Handlungen dem System des Königs in jedem Fall anpassen, und diesem das meinige, gesetzt, es wäre verschieden, nachsetzen, oder lieber meine Stelle aufgeben würde". Auch die Art, wie ihm der Befehl erteilt worden sei, ohne irgend welche vorherige Benachrichtigung, zeige Mißtrauen. „Er ergieng ohne die mindeste vorherige Rücksprache, ohne irgend eine Aeußerung von Zufriedenheit und Vertrauen"[7]). Dem Grafen Haugwitz hätte man im gleichen Fall eine solche Kränkung nicht zugefügt. Was werde denn die Welt anders denken, als daß er sich Nachlässigkeiten oder Fehler habe zu Schulden kommen lassen? Im Folgenden will Hardenberg die Angelegenheit „abgesehen von allen persönlichen Rücksichten" betrachten, kann sich aber doch über dieselben nicht erheben[8]). Der Nutzen, den eine doppelte Geschäftsführung haben könne, sei schon vordem vorhanden gewesen, ohne daß es nötig gewesen wäre, ihn zurückzusetzen und zu verletzen. Die Teilnahme des Grafen Haugwitz an den Geschäften werde zur Folge haben, daß dieser den Ruhm und „die Früchte jedes guten Erfolgs" genieße, während er „die ganze Last" und die alleinige Schuld an jedem Mißlingen trage. Er werde das Opfer von Intriguen sein und die Stellung eines ministre en peinture einnehmen müssen[9]). Das wolle er nicht. Er habe bis jetzt die Sache geschehen lassen, weil es seither „gegen die Pflichten eines Mannes von Ehre gewesen sein würde, seine Persönlichkeit zu Rate zu ziehen". Jetzt, nach beendeter Krisis, wenn Haugwitz zurückkehre, könne man es ihm (Hardenberg) nicht verdenken, wenn er sich mit dem Gedanken des Rücktritts beschäftige. Wenn nun gar, im Falle des Kriegs, der Graf gewählt würde, um den König in's Hauptquartier zu begleiten, so würde ihn „nichts bewegen können, im Dienst zu bleiben, so wenig ein noch rühriger Offizier, der sich fühlt, sich gleichgültig in eine Invalidencompagnie versetzen läßt, wenn es zum Kriege geht. Überdem habe ich erlebt, was Graf Haugwitz war, als Lucchesini sich bei dem vorigen König befand, und mag die Rolle nicht spielen. Die Sache würde auch um desto auffallender sein, da es zuerst in die Provinzen meiner Verwaltung

---

[6]) Hardenberg II, 405.
[7]) a. a. O. II, 405.
[8]) a. a. O. II, 406.
[9]) a. a. O. II, 407.

geht, und ich überhaupt die Vermuthung für mich habe, mit den Personen und Verhältnissen im deutschen Reiche besser bekannt zu sein, als Graf Haugwitz[10])." Hardenberg bittet hierauf Beyme um seinen freundschaftlichen Rat und um Angabe der wahren Gründe jener widerspruchsvollen Kabinetsordre. „Verhehlen Sie mir nichts, wenn es auch das Unangenehmste wäre." Für den Fall, daß sein Vorsatz, den Dienst zu verlassen, sich verwirkliche, macht er den Kabinetsrat Beyme darauf aufmerksam, daß ihm alsdann hoffentlich dieselbe Pension ausgezahlt werde, wie sie andere erhielten. „Ich bedarf es, indessen werde ich auch dieses ganz dem Gutfinden und der Gerechtigkeit Seiner Majestät unterwerfen[11])."

Kein Wort verlautet von einer vorhandenen Verschiedenheit der politischen Richtungen; im Gegenteil gesteht Hardenberg, daß er, wenn Gegensätze in dieser Hinsicht vorhanden wären, sich zu fügen wisse. Um so klarer tritt die persönliche Gereiztheit gegen Haugwitz, die Eifersucht gegen den gleichberechtigten, vielleicht bevorzugten Minister zu Tage. Er giebt ausdrücklich an, daß nur die Gefahr, von diesem in den Schatten gestellt zu werden, ihm den Gedanken des Rücktritts eingegeben habe. Aber Nachdruck hat Hardenberg seiner Absicht wieder nicht gegeben; es blieb zunächst bei diesem schwachen Anlauf. Eine Unterredung mit Beyme hat ihn veranlaßt, den ohnehin nicht ernst gemeinten Plan wieder fallen zu lassen. Beyme sagte ihm[12]), „die Beigesellung des Grafen sei vom König aus eigener Bewegung befohlen worden und keineswegs eine Folge von Abneigung und Mißtrauen; so viel er habe erfahren können, sei außer dem Bedürfnis Seiner Majestät, in diesem wichtigen Augenblick den Rath Mehrerer zu haben, der Entschluß durch die Bemerkung veranlaßt worden, daß er (Hardenberg) schwer höre und daß dieses auf die Konferenzen mit den fremden Ministern einen Nachtheil haben möchte." Obwohl diese letzte Bemerkung, die in Beyme's Mund vielleicht etwas anders gelautet haben dürfte, wieder einen recht deutlichen Hinweis auf Hardenberg's Verhalten im Herbst 1805 enthält und für ihn nicht sehr ermutigend sein konnte, so hörte er, wie mir scheint, doch nur die höflichen Worte und das schmeichelhafte Beiwerk, mit denen man unangenehme Wahrheiten zu verkleiden pflegt. Erst die französische Presse hat seine Entfernung bewirkt, jedoch auch nicht mit einem Male. Napoleon, der über das Verhalten Hardenberg's gegen seine Gesandten mit Recht erbittert war, ließ seinem Zorn bei allen Gelegenheiten freien Lauf. In seinem 34. Bulletin aus Österreich vom 10. Dezember 1805 warf er nach einigen Lobeserhebungen auf Haugwitz dem andern

---

[10]) Hardenberg II, 407 f.
[11]) Hardenberg II, 409.
[12]) Hardenberg a. a. O.

Minister vor[13]), er habe unter dem Einfluß englischen Goldes den König gegen Frankreich und gegen das eigene preußische Interesse zu leiten gesucht. So plump diese Vorwürfe erfunden sind, so ist es doch erst jetzt möglich geworden, zu erkennen, daß Hardenberg damals gar kein Vertreter der ihm angedichteten Koalitionspolitik war. Seine eigenen Denkwürdigkeiten zerreißen zugleich aber auch den Nimbus des Märtyrertums, den Hardenberg mit Hülfe der Feindschaft Napoleon's um sich zu verbreiten wußte. Die Äußerungen des Hasses und der Erbitterung gegen Hardenberg wurden bei dem französischen Kaiser immer häufiger. Er ging so weit, daß er ihn nicht wollte nennen hören[14]) und seiner Gesandtschaft in Berlin den Befehl gab, nicht mehr mit ihm zu unterhandeln[15]). So wenig auch der Zweck dieses Vorgehens durch diplomatische Höflichkeit verschleiert war, so scheint doch der davon betroffene Minister immer den Wink noch nicht recht verstanden zu haben. Da der König von Preußen damals im Begriff stand, mit Napoleon Friede und Bündnis zu schließen, so konnte dieser erwarten, daß unter der neuen Ära derjenige Minister seine Entlassung nehmen werde, der, wie er glaubte, im Oktober, während er ihm Geneigtheit zu einer Allianz vorspiegelte, englisch-russische Politik getrieben hatte. Napoleon befand sich allerdings in einem Irrtum über die politischen Gesinnungen Hardenberg's; nachdem er aber unverkennbar genug auf den Rücktritt desselben hingearbeitet hatte, so konnte kein Staatsmann, der mit sich im Klaren war, auf solche Invektiven hin anders handeln, als seine Entlassung nehmen, nicht etwa aus gekränktem Stolz, sondern aus Rücksicht auf den Staat und den Herrscher, die ja beide in Mitleidenschaft gezogen waren, wenn der Minister im Amte blieb, über den ein verbündeter Monarch öffentlich Hohn und Verachtung ausgoß. Hardenberg zumal, der durch sein gegen Beyme schon früher ausgesprochenes Urteil über die doppelte Geschäftsführung gezeigt hatte, wie begreiflich ein solcher Schritt sein mußte, durfte keinen Augenblick mehr mit seinem Weggang zögern, nachdem sich die Beziehungen zu Frankreich entschieden hatten. Was geschah aber? Hardenberg erzählt, daß diese Umstände ihn allerdings in seinem Entschluß, das Departement niederzulegen bestärkt hätten, führt jedoch diesen Entschluß darauf zurück, daß er sich mit dem

---

[13]) Hardenberg II, 410f.; Moniteur universel 1805, Nr. 92, Lundi 23 déc. : „On ne pourrait en dire autant d'un autre ministre qui, né en Hanovre, n'a pas été inaccessible à la pluie d'or; mais toutes les intrigues ont été et seront impuissantes contre le bon esprit et la haute sagesse du Roi de Prusse."

[14]) Hardenberg II, 411; Bericht des Legationsrats Harnier, 20. Dez. 1805 : „Mais le baron de Hardenberg, l'Empereur en est très mécontent. Il voudrait ne plus entendre parler de lui."

[15]) Hardenberg II, 411 : „Und noch in den letzten Tagen des Dezember erhielt der französische Gesandte Laforest den Befehl, nicht mehr mit mir zu unterhandeln und sowohl wie alle anderen Franzosen meinen Umgang zu vermeiden."

Umschwung der Lage nicht habe befreunden können[16]). Wenn wir überhaupt Grund hätten, der Darstellung Hardenberg's unbedingten Glauben zu schenken, so müßten wir hierin das Zeugnis für einen schwankenden, höchst unzuverlässigen Charakter finden. Denn welcher gewissenhafte Staatsmann kann, wenn er die herrschenden Regierungsprincipien nicht billigt, wie Hardenberg von sich sagt, unter so widersprechendem System sein Portefeuille behalten, — und gar in seinen Gutachten amtlich diesen Ideen beitreten? Diese nachträglichen Bemühungen Hardenberg's, seinen Rücktritt und den Haß des französischen Kaisers durch seine politischen Überzeugungen zu erklären, sind durchaus mißglückt. Wie wenig ernst es ihm auch im Januar 1806 nach Kenntnis der französischen Verdächtigungen mit der Demission war, wird dadurch bewiesen, daß ein Billet der Königin ihn von seinem Vorhaben abgehalten hat[17]). Es enthält, begleitet mit vielen Lobsprüchen, den Wunsch, die Geschäfte stets noch in seiner Hand zu sehen. Der Minister will hieraus erkannt haben, „daß der König ihm seine gänzliche Entlassung nicht bewilligen würde," und ließ den Gedanken fallen. Welche Stelle des Billets etwas dieser Art enthalten soll, ist mir unerfindlich. Die Königin teilte ihm weder mit, es sei unmöglich, daß er den Dienst verlasse, noch schrieb sie etwa im Auftrag des Königs, sondern äußerte nur: „Es ist unmöglich, daß Sie in diesem Augenblick den Dienst des Königs und Ihren Platz im Kabinet verlassen wollten[18])." Wie weit der König bei dieser Mitteilung beteiligt gewesen ist, läßt sich mit voller Gewißheit nicht sagen. Hardenberg's Angabe, das Billet sei von der Königin „mit Vorwissen ihres Gemahls" geschrieben worden, ist so vieldeutig und sagt eigentlich so wenig, daß wir uns nicht darauf stützen können.

Hardenberg verfiel nunmehr auf einen Ausweg, der seinen persönlichen Bedürfnissen Rechnung trug: er kam um einen vorläufigen Urlaub ein[19]). Dies Gesuch begründete er unterm 3. Januar 1806 damit, daß er bei Napoleon discreditiert sei, und dieser seine Entfernung über kurz oder lang fordern werde. Beweise seien jenes Bulletin vom 10. Dezember, der Bericht des Legationsrats Harnier und die Thatsache, daß die französische Gesandtschaft den Verkehr mit ihm abgebrochen habe. In diesem Urlaubsgesuch nimmt Hardenberg den allein richtigen Standpunkt ein, indem er in den erwähnten Gründen einen zwingenden Anlaß zur Entfernung von den Geschäften erblickt. Im Publikum verbreitete sich, vielleicht mit seinem Zuthun, die Ansicht, der Wechsel des Systems veranlasse ihn, als Gegner der fran-

---

16) Hardenberg II, 412.

17) Hardenberg II, 412.

18) Hardenberg a. a. O.: „Il est impossible que vous veuillez quitter dans ce moment le service du Roi et votre place dans le cabinet."

19) Hardenberg II, 413—415.

zösischen Allianz, zu diesem Schritt[20]). Am Hofe zweifelte man keinen Augenblick, daß der König das Gesuch bewillige; Haugwitz traf schon Vorkehrungen für diesen Fall[21]), da ließ sich Hardenberg durch ein paar freundliche Worte des Königs bewegen, im Amt zu bleiben. Wir dürfen es nicht als unbedingt wahr hinnehmen, wenn Hardenberg berichtet[22]) : „Der König bestand aber schlechterdings darauf, daß ich bleiben und mich nicht einmal entfernen sollte.“ Auch der Darstellung gegenüber, welche Woltmann auf Grund der in Regierungskreisen umlaufenden Darstellung des Vorfalls giebt[23]), glaube ich zu Zweifeln berechtigt zu sein. Was zwischen dem König und Hardenberg vorgegangen ist, kann doch wohl nur durch Hardenberg bekannt geworden sein, so daß Woltmann's Bericht nicht den Wert einer Bestätigung hat. Die Thatsachen, die Hardenberg als Grund seines Entlassungsgesuchs anführte, sind so klar und einfach, daß sich der König ihnen kaum verschließen konnte; und wenn auch vielleicht eine Art von Trotz und Selbständigkeitsgefühl Napoleon gegenüber sich bei dem König regte, so daß er sich nicht den Anschein geben mochte, als entlasse er auf des Kaisers Befehl seinen Minister, so müssen wir dagegen bedenken, daß derselbe König wenige Monate später ohne große Überwindung, ja nicht einmal in der ehrendsten Form, dem Minister Hardenberg den Urlaub erteilt hat. Es ist sehr glaublich, daß Hardenberg aus einigen höflichen, vielleicht auch warmen Worten des Königs mehr herausfühlte, als damit gemeint war. Daß es ihm wirklich nicht ernst mit dem Rücktritt war, zeigte sich schlagend bei folgendem Anlaß. Ein Bericht des Grafen Haugwitz vom 15. Februar mußte den König von neuem darauf hinweisen, daß Hardenberg völlig unmöglich war. Der Graf schrieb[24]) : „Der Haß und die Leidenschaft, die Napoleon gegen ihn hegt, gehen so weit, daß er erklärt hat, er werde nicht gestatten, daß Talleyrand mit mir eine Ratifikation austausche, die von Herrn von Hardenberg unterzeichnet wäre.“ Man erwartete nach dem Bekanntwerden dieser Mitteilung in Berlin nun doch endlich den Rücktritt Hardenberg's[25]), und der König machte auch einen Versuch, denselben herbeizuführen. Die Folge dieses Berichtes war ein Anerbieten, das Beyme im Auftrag des Königs dem Minister machte, in Gestalt der Frage, „ob es

---

[20]) Woltmann's Bericht vom 7. Jan. 1806; Baader 104.

[21]) Woltmann's Bericht vom 11. Jan. 1806; Baader 105.

[22]) Hardenberg II, 415.

[23]) Bericht vom 11. Jan. 1806; Baader 105 f.

[24]) Hardenberg II, 485 f. Postscriptum au rapport de Haugwitz, 15. Febr. 1806. „La haine, la passion qui animent Napoléon contre lui, vont au point, qu'il a déclaré qu'il ne permettrait pas à M. de Talleyrand d'échanger avec moi une ratification qui serait contresignée par M. de Hardenberg.“

[25]) Bericht Woltmann's vom 25. Febr. 1806; Baader 117.

keinen Reiz für ihn haben würde, sein angeborenes Vaterland, das Hannöverische, als Minister zu verwalten[26])." Aber dieser deutliche Wink wurde von Hardenberg unbeachtet gelassen. Haugwitz hatte auch ihm persönlich eine Mitteilung über die Stimmung Napoleon's gemacht[27]), indem er schrieb, seine Freundschaft lege ihm die Pflicht auf, nicht zu verheimlichen, wie sehr das Vertrauen zu ihm in Paris erschüttert sei. Hardenberg sah in dieser Mitteilung offenbar nur wieder einen Versuch seines Kollegen, ihn zu verdrängen; seine Eifersucht wurde noch gesteigert, wie aus der Antwort ersichtlich ist, die er auf Beyme's Vorschlag gab. Er entgegnete : „dann müsse ich die Stelle als erster Kabinetsminister beibehalten, und, wenngleich ich die Leitung der auswärtigen Geschäfte vorjetzt aufgäbe, doch nicht unter dem Grafen Haugwitz stehen[28])." So blieb Hardenberg. Im Laufe des März will er den König wiederholt gebeten haben[29]), ihn von allen Geschäften des auswärtigen Dienstes zu befreien, die nicht zu der geheimen Unterhandlung mit Rußland gehörten. Auch hier sind Zweifel gestattet. Der König hatte sich ja schon vordem geneigt gezeigt, ihn aus dem äußeren Departement zu entlassen, und sollte es jetzt verweigert haben! Wie aus allem hervorgeht, hat Hardenberg zwar die Unhaltbarkeit seiner Stellung eingesehen, sich aber aus Widerwillen gegen Haugwitz, dem er nicht freiwillig Platz machen wollte, und aus anderen persönlichen Rücksichten zu dem entscheidenden Schritt nicht entschließen können. Wer weiß, wie lange er noch auf diese Art laviert hätte, wenn nicht von fremder Hand die Entscheidung herbeigeführt worden wäre. Die Umstände, unter denen der Rücktritt geschah, geben, verglichen mit der Hardenberg'schen Darstellung, wieder ein grelles Bild von der Unzuverlässigkeit seines Berichts. „Die Zurückkunft des Grafen Haugwitz war nun bald zu erwarten. Ich wünschte vorher meine Verhältnisse, nach der mit dem König getroffenen Abrede, bestimmt zu sehen, und reichte daher am 30. März bei Seiner Majestät folgende Bittschrift ein;" u. s. w.[30]). Welcher Art diese „Abrede", und wann sie getroffen war, erfahren wir nicht. Der König ging diesmal ohne Schwierigkeiten auf Hardenberg's Bitte ein, gab ihm kein gutes Wort, um ihn zum Bleiben zu bewegen, und genehmigte schon am 1. April 1806 durch eine Kabinetsordre den Urlaub des Ministers[31]). Diesmal war keine Königin

---

[26]) Hardenberg II, 531.

[27]) Hardenberg II, 487.

[28]) Hardenberg II, 531 f.

[29]) Hardenberg II, 565 : „Ich ergriff die Gelegenheit, um den König wiederholt zu bitten, mich vorerst von allen anderen Geschäften die auswärtigen Verhältnisse betreffend, zurückziehen zu dürfen, da ich durch die geheime Betreibung der Unterhandlung doch nützlich werden könnte."

[30]) Hardenberg II, 587 f.

[31]) Hardenberg II, 588 f.

da, die ihre Bitten mit denen ihres Gemahls vereinigte, um ihn zu halten; ohne Sang und Klang verschwand Hardenberg vom Schauplatz und mußte noch dazu am 15. April den ganzen Vorgang in der folgenden ungnädigen Fassung in den Zeitungen lesen: „Se. Majestät der König haben dem Staats- und Kabinetsminister Grafen von Haugwitz, nachdem der ihm auf bestimmte Zeit bewilligte Urlaub abgelaufen, das Portefeuille der auswärtigen Geschäfte wieder allein zu übertragen geruht[32]).“

Nicht die nahe bevorstehende Zurückkunft des Grafen kann es gewesen sein, die den König veranlaßte, so kurzer Hand in die Entfernung Hardenberg's zu willigen; denn Hardenberg hatte ja für die Zeit dieser Rückkehr schon früher um Entlassung gebeten, ohne daß der Vorsatz zur Ausführung gekommen wäre. Muß nicht die kurze Form der Bekanntmachung auffallen, die kein Wort der Anerkennung für Hardenberg's Amtsthätigkeit hat, ja nicht einmal seinen Namen nennt?

Es war in der That ein anderer wichtiger Grund vorhanden, der Hardenberg am 30. März die Feder in die Hand drückte, um endlich sein Entlassungsgesuch in aller Form zu schreiben, und den König bewog, diesem Wunsch ohne irgend welche Bedenken zu willfahren. Diesen Grund erwähnt Hardenberg auch in seinen Denkwürdigkeiten, jedoch reißt er den Vorfall, auf den es ankommt, aus dem Zusammenhang und stellt ihn dar, als ob er zufällig und ohne Einwirkung auf seinen Abschied gewesen sei. Es ist die Veröffentlichung jenes Briefes von Hardenberg an den englischen Bevollmächtigten Lord Harrowby vom 22. Dezember 1805 in den Spalten des Moniteur universel. Dieses Schreiben, welches, wie oben erwähnt, zu einer Zeit, da Haugwitz schon den Wiener Vertrag mit Frankreich geschlossen hatte, noch von freundschaftlichen Beziehungen Preußens zu England und dem Schutz Hannovers durch preußische Truppen handelt, wurde im Parlament verlesen, in englischen Blättern veröffentlicht und aus dem „Sun“ auch in den Moniteur aufgenommen[33]). Durch diese Veröffentlichung — eine schlechthin brutale Treulosigkeit des englischen Hofs gegen den preußischen — war die preußische Politik des Jahres 1805 auf's bedenklichste bloßgestellt. Es mußte danach für den Unkundigen den Anschein haben, als ob

---

[32]) Hardenberg II, 599.

[33]) Der Text des Moniteur ist eine Übersetzung aus der englischen Übertragung, da das Original französisch geschrieben war. Dies bestätigt sich aus einer Vergleichung des Originaltextes mit dem Text im Moniteur. Die beiden stimmen daher im Wortlaut nicht überein, der Sinn aber ist nirgends gestört. Der einzige Verstoß, der sich findet, beruht auf der leicht begreiflichen Verwechselung der Worte Russie und Prusse. Siehe Hardenberg II, 380 ff.; und Moniteur 1806, Nr. 80, 21 Mars. Danach ist auch zu berichtigen, was Garden „histoire générale des traités de paix“ erzählt, IX, 75 Anm. 2: „Napoléon la fit insérer au Moniteur du 21 Mars 1806, mais après l'avoir essentiellement altérée.“

Preußen, während es mit Napoleon über die Besitznahme Hannovers verhandelte, mit Frankreich sowohl als England ein falsches Spiel getrieben habe, um bis zum letzten Augenblick zwischen beiden wählen zu können. Hardenberg wenigstens stand da, wie einer, der mit falschen Karten ertappt wird; und der Moniteur scheute sich durchaus nicht, mit geziemender Schonung des Königs, Hardenberg, den Verfasser des Briefs, als einen Verräter an England und seinem eigenen Hof zu bezeichnen, der am einen Tag Schutz für Hannover versprochen und am andern den Engländern das Kurfürstentum weggenommen habe. Die Bemerkungen des Moniteur gipfeln in dem Satze: „Nachdem man eine solche Note gelesen hat, nachdem sie in allen englischen Blättern veröffentlicht worden ist, muß das allgemeine Urteil erkennen, daß in Europa kein Mensch so gänzlich entehrt ist als Herr von Hardenberg [34])."

Dies war denn doch das äußerste, was man einem preußischen Minister öffentlich bieten konnte. Aktenmäßig erschien hier der Betrug Hardenberg's erwiesen. Nun hätte es nur einer kurzen sachgemäßen Darstellung bedurft, um nachzuweisen, daß Hardenberg am 22. Dezember von den Verhandlungen des Grafen noch keine Kunde gehabt. Dann wäre höchstens noch der Vorwurf eines etwas unvermittelt plötzlichen Gesinnungswechsels auf ihm und der Makel einer zwiespältigen Leitung auf dem preußischen Kabinet haften geblieben. Aber der Flecken, der auf Hardenberg's Person fiel, war gering anzuschlagen im Vergleich mit dem schweren Schaden, der der preußischen Regierung daraus erwachsen mußte. Zum mindesten waren die Fehler der preußischen Departementsverwaltung, die mangelnde Einheit und Konsequenz, die schädliche Doppelregierung hierdurch an's Licht gezerrt, wenn nicht gar noch schwererer Verdacht auf das gesammte Kabinet fiel. Diese oder ähnliche Erwägungen mußten sich dem Minister aufdrängen, als ihm am 30. März oder an einem der vorhergehenden Tage jene Nummer der französischen offiziellen Zeitung zu Gesicht kam [35]). Vor diesen Erwägungen mußten alle persönlichen Rücksichten verstummen; er mußte durch seinen Rücktritt den preußischen Hof von jedem, auch dem leisesten, Verdacht reinigen [36]). So wird es auch erklärlich, warum der König so rasch bereit war, warum er

---

[34]) Moniteur, a. a. O. „Après avoir lu une pareille note, après l'avoir vue publiée dans tous les journaux anglais, il n'est personne, qui ne juge qu'il ne peut pas y avoir en Europe un homme plus complètement déshonoré que M. de Hardenberg."

[35]) Da ein Kurier von Paris nach Berlin sechs bis sieben Tage unterwegs war, konnte die Zeitungsnummer vom 21. März am 28. März in Hardenberg's Händen sein.

[36]) Diesen Zusammenhang zwischen der Veröffentlichung der Depesche vom 22. Dezember 1805 und dem Rücktritt Hardenberg's finde ich nur in den Vertrauten Briefen angedeutet, I, 158: „Wie Hardenberg jene beleidigenden „Äußerungen in den französischen Zeitschriften gelesen hatte, verlangte er wiederholt seinen Abschied." Im übrigen erscheint die Darstellung daselbst verworren und unzuverlässig.

keinen Versuch machte, Hardenberg zu halten. Der peinliche Vorfall erklärt auch seine Verstimmung und die ungnädige Form, in der er jetzt verfuhr. So weit hat Hardenberg korrekt gehandelt. Er that, was die Lage gebieterisch genug von ihm verlangte, was allerdings schon früher hätte geschehen dürfen. Aber es trieb ihn doch auch jene persönlichen Ausfälle des Moniteur zu entkräften, und es entstand so eine sehr unpassende Veröffentlichung von seiner Hand, die man einem langjährig erprobten Staatsdiener nicht zutrauen sollte.

Seine Entgegnung vom 8. April[37]) ist zunächst auf Grund eingehender Prüfung dahin zu berichtigen, daß der Text seiner Depesche durch den Moniteur nicht „in verschiedenen wesentlichen Ausdrücken verändert“ wiedergegeben worden war; der Inhalt hat vielmehr in keiner Weise gelitten. Völlig zureichend wäre es nun gewesen, wenn Hardenberg unter genauer Datenangabe die diplomatischen Ereignisse jener Dezembertage klargestellt hätte. Statt sich jedoch hierauf zu beschränken, verdarb er alles wieder, was sein Rücktritt hätte gut machen können, indem er die Person des Königs, den der Moniteur nur mit Achtung behandelt und aus dem Spiel gelassen hatte, in taktloser Weise hereinzog, ihn zum Genossen, ja zum Urheber jener dem Minister vorgeworfenen Treulosigkeit stempelte. Er erklärte wörtlich: „Inzwischen bin ich es dem Könige und mir selbst schuldig, zu erklären: daß jenes Schreiben, obgleich es in verschiedenen wesentlichen Ausdrücken verändert ist, offiziell und auf Befehl Seiner Majestät geschrieben sei; dem Könige, weil am Berliner Hofe, welches auch die Geschäftsform sein mag, deren der Moniteur erwähnt, den Ministern nicht gestattet ist, Schritte jener Art ohne Vorwissen des Souveräns zu thun; mir selbst, weil ich nicht gleichgültig dabei sein könnte, wenn man mich für fähig hielte, pflichtwidrig zu handeln, oder mich der Gefahr auszusetzen, Handlungen, die ich im Königlichen Namen ausübte, hinterher von Seiner Majestät mißbilligt zu sehen.“ Erst nachdem er sich auf diese Art durch die Person des Monarchen gedeckt hatte, stellte er den Sachverhalt klar und schloß alsdann mit einem energischen Protest gegen die Unterstellungen französischer Zeitungsschreiber, die ihn nimmermehr entehren könnten. Besser wäre es gewesen, wenn er in Befolgung des letzteren Grundsatzes darauf verzichtet hätte, sich der Presse gegenüber auf Erörterungen einzulassen.

Hardenberg erzählt in den Denkwürdigkeiten, diese Entgegnung habe er dem König vorgelegt und dessen Billigung dafür erhalten[38]); das klingt aber, wenn man die Schrift selbst kennen gelernt hat, kaum glaublich. Auch

---

[37]) Hardenberg II, 593 f.; Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 43; 10. April 1806.

[38]) Hardenberg II, 592.

andere erkannten, wie sehr Hardenberg darin die königliche Autorität blosgestellt hatte[39]), und besonders die Kabinetsräte waren, nach des Ministers eigenem Geständnis, über sein Verfahren höchst ungehalten. Beyme ließ ihn seine Indignation auch fühlen[40]), und als Hardenberg ihn deshalb zur Rede stellen wollte, kam es zu einem heftigen Wortwechsel im Vorzimmer des Königs, wobei Beyme ihm seine Ansicht über jene Entgegnung frei heraussagte und hinzufügte: „Die Sache sei von der Art, daß er froh sein werde, wenn Napoleon deshalb dem König nicht den Krieg erkläre.“ Als ihm Hardenberg darauf entgegnete, unterbrach der König die Unterredung; wie? — ob wohlwollend Partei nehmend für Hardenberg, davon weiß dieser nichts zu berichten. Als hierauf die oben schon erwähnte Bekanntmachung über den Ministerwechsel am 15. April erschien, und Hardenberg erfuhr, daß Beyme auf königlichen Befehl dieselbe habe einrücken lassen[41]), hielt er es in seiner Erbitterung für einen boshaften Streich des Kabinetsrats. Denn, sagt er in den Denkwürdigkeiten, „ich hatte die Geschäfte noch nicht abgegeben, daher ließ ich die beiden Zeitungsexpeditionen auffordern, mir anzuzeigen, auf wessen Veranlassung dieser Artikel eingerückt worden sei, da solches ohne meine Einwilligung der Regel nach nicht hatte geschehen dürfen.“ Als Hardenberg geradezu den König darüber befragte, mußte er hören[42]), daß Beyme in der That den Befehl des Königs ausgeführt habe; denn das ist der wahre, nackte Kern der Antwort Friedrich Wilhelms, an welcher Hardenberg jedoch zu mildern und zu beschönigen sucht. Als hierauf der Minister die Gelegenheit ergriff, all seinen Zorn gegen die Kabinetsräte in einer Schilderung der Regierungsverhältnisse auszulassen, hörte ihn der König wohl mit gewohnter Güte an, ohne sich aber durch diese gerade damals stark nach persönlicher Gereiztheit schmeckenden Verdächtigungen beirren zu lassen.

Höchst bemerkenswert für Hardenberg's Handlungsweise in dieser Sache muß es noch erscheinen, daß er die Laforest'schen Depeschen, durch welche er Lombard kompromittiert glaubte, die er aber seither ganz für sich behalten hatte, zu dieser Unterredung mit Friedrich Wilhelm mitnahm und, als seine Worte keinen Erfolg zu haben schienen, hervorholte, um seinen letzten Trumpf gegen die „Winkelregierung“ auszuspielen[43]). Doch auch dies war umsonst. — Was Hardenberg in den Denkwürdigkeiten nun noch von einer Intrigue

---

39) Massenbach II, 97.

40) Hardenberg II, 595 f.; Vertraute Briefe I, 158 f.

41) Hardenberg II, 600.

42) Hardenberg II, 602: „Der König versicherte, ihn keineswegs so gegeben zu haben, sondern nur im Allgemeinen eine Anzeige genehmigt zu haben, daß dem Grafen von Haugwitz das Portefeuille wieder anvertraut sei.“

43) Hardenberg II, 604 f.

der Kabinetsräte wegen der ihm bewilligten Tafelgelder zu verstehen giebt[44]), ist ein Beweis so kleinlicher Gereiztheit, so unedlen Mißtrauens, daß wir es mit Stillschweigen übergehen wollen.

Der König war mit Hardenberg bald wieder ausgesöhnt. Der Urlaub, den dieser am 21. April antrat, ist durch sein mit Friedrich Wilhelm schon am 30. März resp. 1. April getroffenes Abkommen zu einer geheimen politischen Mission geworden, deren Resultate von weitgehender Bedeutung waren.

Zu Anfang des Jahres 1806 war Hardenberg in dem seltsamen Wahn befangen, man werde in dem Bund mit Frankreich die eigene Selbständigkeit aufrecht erhalten können und dabei noch Gelegenheit haben, sich durch Frankreichs mächtige Hülfe auf Kosten der Nachbarn zu vergrößern. In dieser Anschauung sind noch die Denkschriften entstanden, welche Hardenberg für die Sendung des Grafen Haugwitz nach München und Paris verfaßte. Daher hatte die geheime Unterhandlung mit Rußland zunächst nur den Zweck, den Zaren zu versöhnen und Verwicklungen zu verhindern, die durch die Unzufriedenheit desselben mit der neuen Richtung Preußens entstehen könnten[45]). Ja man gedachte, als bestes Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens mit Rußland, sich zum Vermittler eines russisch-französischen Friedens zu machen und wenn möglich eine Allianz dreier Großmächte zur Aufrechterhaltung des Kontinentalfriedens zu schaffen[46]). Als man jedoch durch den Verlauf der Unterhandlungen in Paris aus jenen Träumen, die von dem Wohlwollen Napoleons goldene Berge hoffen ließen, erwachte und es zur schrecklichen Gewißheit werden sah, daß die Stellung Preußens zu Frankreich keine andere sein werde als die eines unterthänigen Vasallen, da gewann die Verhandlung mit Rußland eine ganz neue entscheidende Bedeutung. Wenn es gestattet ist, zu mutmaßen, so hätte in konsequenter Befolgung des Vertrags von Paris die Lage des preußischen Staats sich etwa so gestaltet: Die geheime Beziehung zu Rußland wäre abgebrochen worden, Preußen hätte im engen Anschluß an Frankreich Heil und Sicherheit gesucht, den Krieg mit Napoleon dadurch vermieden, aber auch nicht mehr Achtung und Ehre genossen als die Rheinbundsfürsten auch. Aber zu einer solchen Willfährigkeit waren doch in Berlin die Bedingungen nicht vorhanden. Selbst

---

[44]) Hardenberg II, 605.

[45]) Hardenberg II, 431. Erlaß an Goltz, a. a. O. V, 271—278; Renfner's Denkschrift a. a. O. V, 278—287.

[46]) Renfner's Denkschrift, 279 : „6°, que le roi, dans les négotiations subséquentes avec l'empereur Napoléon, est prêt à se charger des intérêts de la Russie." — 287 : „S'il (le rapprochement entre la Russie et la France) a lieu, il pourra nous conduire à un autre résultat infiniment essentiel au bonheur et à la tranquillité de l'Europe. Ce serait une garantie mutuelle entre la Russie, la Prusse et la France, pour assurer l'ordre des choses qui naîtra de la crise présente."

Hardenberg, der doch immer der Vertreter der Entschiedenheit gewesen sein will, die sich zur Richtschnur machte: Entweder ganz und voll für Frankreich, oder energisch dagegen, selbst er schauderte vor einer so konsequenten Verfolgung des französischen Bündnisses zurück. Er erkannte den Nutzen des Vertrags von Paris als Hülfe in der Not an, aber er verhehlte sich auch nicht, daß Preußens Machtentwicklung nicht auf dem Wege der Abhängigkeit von einem nimmersatten Tyrannen vor sich gehen könne. Daher nahm die Verhandlung mit Rußland mehr und mehr die Richtung auf ein Bündnis zum Schutze Preußens gegen Frankreich. Hardenberg trieb ein gefährliches Spiel. Denn auf diese Art kam Preußen in die seltsame Lage, der Verbündete zweier Mächte zu sein, auf ganz entgegengesetzten Grundlagen, so daß es, wenn Frankreich mit Rußland in offenen Kampf geriet, an einem der beiden Staaten zum Verräter werden mußte. So konnte es geschehen, daß Preußen von beiden Verhältnissen die Opfer und Pflichten trug, der Vorteile sich aber nicht erfreuen konnte, und schließlich, als die Entscheidung kam, alles verlor.

Die Stimmung in Rußland war den preußischen Interessen nie günstig. Alexander versprach viel und hielt wenig, Czartoryski war ein geschworener Feind Preußens, der mit verbissenem Zorn auf die preußischen Provinzen lauerte, die von den Teilungen Polens herrührten. Das russische Kabinet verlangte daher bestimmte Erklärungen vom Berliner Hof, wie er seine Stellung zu Petersburg künftighin auffasse[47]), und Czartoryski, der mit Nowosiltzow die Grundlagen hierzu entwarf, kann sich nicht rühmen, besonders achtungsvoll und höflich verfahren zu sein[48]). Es wird gefordert, daß Preußen erkläre, niemals seine Verpflichtungen gegen Frankreich zum Nachteil Rußlands aufzufassen, sobald ein Krieg um die türkischen oder deutschen Verhältnisse entbrenne; es solle Garantieen für die mit Rußland befreundeten Staaten übernehmen und keinen Übergriff Frankreichs gegen die Pforte dulden; besonders aber sich angelegen sein lassen, daß die französischen Truppen aus Süddeutschland entfernt würden. Der norddeutsche Handel dürfe nicht mehr eingeengt werden, als er es eben schon sei; Preußen solle sich außerdem auf einen Kooperationsplan einlassen, wogegen Rußland alles aufbieten werde, die Unabhängigkeit Preußens zu schützen. Unverbrüchliches Geheimnis dieser Beziehungen ward dabei zugesagt.

Hardenberg besprach am 19. März (noch vor seinem Rücktritt) die Angelegenheit mit dem König[49]), der entschlossen war, seinen Verpflichtungen

---

[47]) Mémoire pour S. A. le Duc de Brunswick; Hardenberg II, 552 ff.

[48]) Dies zeigen besonders die bei Hardenberg rund eingeklammerten Stellen, die einer im diplomatischen Verkehr sonst ungewohnten Bestimmtheit und Derbheit huldigen. Hardenberg II, 541.

[49]) Hardenberg II, 564.

gegen Frankreich treu zu bleiben, da er dieselben jedoch als erzwungen ansah, sich darauf vorbereitete, mit russischer Hülfe Napoleon zu widerstehen, wenn er sich Übergriffe erlauben sollte. Außer dem König, dem Herzog von Braunschweig, dem Gesandten in Petersburg Grafen Goltz und Hardenberg sollte vorerst preußischerseits niemand in das Geheimnis der Unterhandlung eingeweiht werden. Haugwitz war noch nicht aus Paris zurück; Lombard hatte nur bei der Absendung des Herzogs durch ein Memoire mitgewirkt, welches jedoch noch auf ganz anderen Grundlagen fußte und auf eine geheime Verbindung Preußens mit Rußland gegen Frankreich durchaus nicht abzielte. Die Festsetzungen, welche nunmehr ganz entgegen dem Bündnis mit Frankreich getroffen wurden, welche den preußischen Staat beständig in Widerstreit mit sich selbst brachten, sind das alleinige Werk Hardenbergs. Die oben mitgeteilte Basis der Unterhandlungen wurde durch das Bekanntwerden des Vertrags von Paris am russischen Hof und durch die Folgen des preußisch-französischen Bündnisses stark modificiert, ja erschüttert. Besonders brachten die Verwicklungen, die zwischen England, Schweden und Preußen entstanden, späterhin den Verhandlungen stets neues Material zu. Preußen erbat in diesen Angelegenheiten, die nicht nur sehr peinlich, sondern wie z. B. die englische Kriegserklärung auch von großem materiellen Schaden begleitet waren[50]), die russische Intervention, konnte aber auf diesem Wege keinen Austrag erlangen. Was Rußland in dieser Sache für Preußen that, ist nicht der Rede wert und blieb erfolglos, wie denn überhaupt Rußland seine Versprechungen schlecht erfüllt hat.

Wie große Vorsicht bei der ganzen Verhandlung notwendig war, sollte man bald erfahren. Lombard brachte die Nachricht, daß die französische Gesandtschaft von einer Übereinkunft Preußens mit Rußland wisse[51]). Der bayerische Geschäftsträger in Petersburg, Olry, scheint durch irgend einen Zufall von der Sache erfahren und es der französischen Regierung mitgeteilt zu haben[52]). Wenn diese Angaben richtig sind, so ist es leicht zu begreifen, daß Napoleon selbst wieder argwöhnisch wurde und den preußischen Staat mit jener verachtungsvollen Gehässigkeit behandelte, die im Sommer 1806 ihren Ausdruck in so vielen Gewaltthaten fand.

---

[50]) Eine Zusammenstellung von Daten über den durch Wegnahme preußischer Schiffe angerichteten Schaden giebt die Allgemeine Zeitung 1806, S. 754.

[51]) Friedrich Wilhelm an Hardenberg; II, 574 f.

[52]) Goltz an Hardenberg 14. Mai 1806; Hardenberg III, 32.

VI.

Die Entstehung des Krieges von 1806.[1]

Die kriegerischen Entschließungen des Jahres 1806 stehen in einem auffallenden Widerspruch zu dem ganzen seitherigen System des preußischen Hofes, zu seiner bislang unerschütterlich gegen alle Versuchungen festgehaltenen Friedenspolitik. Am wenigsten hätte man nach dem Vorausgegangenen, nachdem Preußen unter günstigeren Umständen den Krieg nicht gewollt hatte, erwarten sollen, daß es selbst zum Angriff gegen Napoleon vorgehen würde. Da dies überraschend und fast unbegründet erschien, so hat man vielfach angenommen, daß der Ausbruch des Krieges von dem preußischen Hof in einem Zustand der Verzweiflung herbeigeführt worden sei, und die leitenden Staatsmänner nur darum getadelt, daß sie nicht umfassende Beziehungen mit den anderen Staaten angeknüpft und so dem Unternehmen mehr Aussicht auf Erfolg verliehen hätten. Ziemlich allgemein erschien der Entschluß zum Krieg als eine Übereilung[2]); vielfach hörte man sogar sagen, der König habe dem Drängen einer kriegslustigen, von Franzosenhaß erfüllten Partei am Hofe, die wir schon zu Anfang kennen gelernt haben, nicht länger widerstehen können. Daß diese Auffassung zu verwerfen ist, unterliegt keinem Zweifel; hat doch der König bei einer anderen Gelegenheit dieser Partei gezeigt, daß er sich durch ihr stürmisches Gebahren nicht gegen sein besseres Wissen fortreißen lasse!

Wenn man bedenkt, daß in dem Personal der maßgebenden Behörden keine erheblichen Veränderungen während jener Zeit stattgefunden haben, die einen solchen Wechsel erklären könnten, daß Haugwitz, der Vertreter der Nachgiebigkeit, der „Tergiversation und Schwäche" jetzt allein am Ruder war, wenn man sich an die Friedensliebe, an die Gewissenhaftigkeit des Königs erinnert, so muß man zu der Annahme kommen, daß nur die allerzwingendsten Gründe vorgelegen haben, um gegen Napoleon loszuschlagen. Die Gründe zum Krieg, welche die preußische Regierung am 9. Oktober 1806

---

[1]) Über die im Nachstehenden begründete Ansicht s. d. Vorwort.

[2]) Häusser II, 719—725; Höpfner I, 37—40. Auch die Zeitgenossen urteilen so, soweit sie nicht zu der verhältnismäßig kleinen Kriegspartei gehörten. S. Archenholz in der Minerva, 1806, IV, 380; Vertraute Briefe, I, 176 f.; Massenbach II, 10; Gentz an mehreren Stellen, besonders II, 197 f.; Ephraim 248 f.

durch ihr Manifest öffentlich als solche zu erkennen gab, sind entschieden nicht ausreichend; und es ist undenkbar, daß eine so vorsichtige Leitung wie die des Grafen Haugwitz sich durch dieselben allein zum Krieg genötigt hielt. Das Manifest vom 9. Oktober, welches nach einem französischen Entwurf Lombard's von Friedrich von Gentz in der Nacht vom 6. auf 7. Oktober übersetzt wurde[3]), berichtet auf acht Folioseiten ausführlich über die Entstehung des Kriegsgedankens, rechtfertigt denselben durch eine eingehende Darstellung der Gewaltthätigkeiten Napoleon's enthält, aber keinen zwingenden Grund zum sofortigen Beginn des Kampfes. Dies fiel schon dem Übersetzer auf. Er sagte am 11. Oktober zu Lucchesini[4]) : „Ich gebe zu, daß Sie gerechte, starke Motive zum Kriege haben, und ich werde wahrhaftig der letzte sein, der sie leugnet; allein unmöglich kann ich dieselben für so dringend halten, um unter den obwaltenden Umständen eine so augenblickliche, plötzliche Explosion zu rechtfertigen." — — „Alles, was ich bis jetzt in dieser Beziehung in Erfahrung gebracht, — — bietet mir noch keinen einleuchtenden Grund der Notwendigkeit eines unmittelbaren Krieges dar." Gentz hat darüber verschiedene einflußreiche Persönlichkeiten interpelliert; er hat in dieser Angelegenheit mit Lucchesini nicht nur, sondern auch mit Haugwitz und Lombard gesprochen und nichts neues, bedeutendes erfahren können. Wenn er daher schließlich selbst zu dem Resultat kommt, daß der Angriff eine Überstürzung sei, so ist seine Ansicht durch das ihm vorliegende Material berechtigt. Eine Wiedergabe dessen, was das Manifest enthält, wird am besten zum Verständnis von Gentz' Bedenken beitragen.

„Die französische Politik war seit 15 Jahren die Geißel der Menschheit." Nachdem der Friede von Amiens die Ruhe kaum wiederhergestellt hatte, führten die französischen Gewaltthaten in Holland und der Schweiz von neuem den Krieg herbei, an dem das Festland zunächst keinen Anteil nahm. Trotzdem drangen die Franzosen in Hannover ein, vergewaltigten die Hansestädte und hoben auf badischem Gebiet den Herzog von Enghien auf. Trotz des Friedens von Luneville und der feierlichsten Versicherungen vergrößerte sich die französische Macht in Italien. Kein Staat blieb von solchen Unthaten verschont. Die französische officielle Zeitung machte sämmtliche gekrönte Häupter Europa's zur Zielscheibe ihrer Beleidigungen. Alle diese Dinge gingen auch Preußen an. Aber es betrug sich gemäßigt und

---

[3]) Gentz II, 242. Von Texten des Manifests sind mir außer dem Original, welches als Flugblatt erschien, noch bekannt geworden : einer im Politischen Journal 1806, II, 1008—1055 mit nebenstehendem französischen Text und ein anderer deutscher bei Halem und Runde „Sammlung der wichtigsten Aktenstücke" 1806. II, 212—241. Ein Auszug findet sich in Venturini's Chronik des 19. Jahrh. III, 1806, 605—611. Gentz' Übersetzung ist völlig wortgetreu und wird dadurch öfters sogar undeutsch.

[4]) Gentz II, 299.

hat sich dadurch Anspruch auf den Dank Napoleon's erworben. Es hat für ihn alles gethan, was man von einem guten Nachbar erwarten konnte; selbst die Besetzung Hannovers gab Preußen zu, was es eigentlich nicht hätte thun sollen, und behielt sich nur die Neutralität des übrigen nördlichen Deutschlands vor, und daß die Truppen in Hannover nicht vermehrt würden. Obwohl auch diese Verpflichtungen von Frankreich nicht erfüllt wurden, indem der Engländer Rumbold aufgehoben, und die Hansestädte zu Kontributionen gezwungen wurden, hielt doch Preußen den Frieden aufrecht. Die Langmut der anderen Höfe war eher erschöpft als die seinige. Preußen hielt fest an der Neutralität und seinen gegen Frankreich übernommenen Verpflichtungen. Napoleon aber mißachtete die preußische Neutralität und ließ seine Truppen durch Ansbach marschieren. Da sagte sich auch Friedrich Wilhelm von seinen Pflichten gegen Frankreich los, stellte seine Streitkräfte der Koalition zur Verfügung und erbot sich zu einem Versuch der Friedensvermittlung. Nach der Schlacht bei Austerlitz aber stand Preußen allein und mußte an seine eigene Sicherheit denken, anstatt sich für die Interessen Europas zu verwenden. Der Vertrag von Wien wurde geschlossen, in welchem Preußen Hannover erwarb, um die Franzosen daraus fern zu halten, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Besitz erst definitiv werden sollte, wenn sich der König von England damit einverstanden erklärt habe. Nachdem durch eine trügerische List die Abrüstung Preußens herbeigeführt worden war, verwarf Frankreich die Modifikationen des Königs von Preußen, und zwang ihm einen neuen Vertrag auf, der bitterer war als der erste. Preußen wurde genötigt, die norddeutschen Häfen der englischen Seefahrt zu verschließen. Der König bestätigte diesen Vertrag, um seine Kräfte für einen günstigeren Augenblick, den er schon voraussah, aufsparen zu können, denn man hatte jetzt Napoleons wahren Charakter erkannt. Dieser trieb seine Anmaßung immer weiter. Drei Monate, nachdem er die deutschen Zustände garantiert hatte, vernichtete er das deutsche Reich durch die Gründung des Rheinbunds. Dieser Schritt mußte die ganze Welt empören, und das deutsche Volk besonders war in der schändlichsten Weise verletzt. Der Prinz von Oranien, der sich auch unter der Garantie Preußens und Frankreichs befand, wurde seiner Besitzungen beraubt. Murat entriß dem König im tiefsten Frieden Elten, Essen und Werden, Napoleon nahm gegen den Vertrag die Festung Wesel in Besitz. Auch gegen Österreich erlaubte sich Napoleon die gröbsten Willkürlichkeiten; die Rheinbundsfürsten machte er zu seinen Vasallen. Trotz aller dieser schreienden Gewaltthaten blieb Preußen seinen Verpflichtungen treu. Auf den Plan, einen nordischen Bund unter seiner Führung zu gründen, ging es ein und suchte seinen Stolz darin, die letzten Reste des deutschen Reichs um seine Fahnen zu scharen. Als jedoch Napoleon begann, dem Zustandekommen dieses Bundes insgeheim entgegenzuwirken, da sah Preußen den Feind immer näher heran-

rücken. Napoleon krönte seine Treulosigkeiten dadurch, daß er in dem mit dem russischen Gesandten Oubril vereinbarten Friedensvertrag sich verpflichtete, Schweden gegen Preußen zu schützen, und den Engländern die Rückgabe Hannovers versprach. So war der Krieg erklärt. Die Versicherungen Frankreichs konnten nicht mehr täuschen, denn dabei vermehrte es seine Truppen in Deutschland und setzte sich in Kriegsbereitschaft. Doch war erst die Sendung des Generals Knobelsdorff entscheidend. Seine Forderungen, daß die französischen Truppen Deutschland räumen sollten, daß Napoleon der Gründung des nordischen Bundes keine Hindernisse mehr entgegensetze und auf Friedensverhandlungen eingehe, deren Grundlage die Rückgabe von Elten, Essen, Werden sein solle, wurden verworfen. Der König hat bis dahin das Äußerste geduldet, was man dulden kann, ohne seine Ehre zu verlieren; jetzt ergreift er die Waffen, um sein Volk vor dem Untergang zu retten, um Deutschland von dem fremden Joch zu befreien.

Durch das ganze Schriftstück geht das Bestreben, den Kampf als eine allgemein deutsche Angelegenheit, Preußen als den Schirmherrn und Rächer der deutschen Ehre darzustellen, um so dem Unternehmen nationale Sympathieen zu gewinnen. Aber einen zwingenden Grund, weshalb der Krieg gerade jetzt begonnen werde, giebt das Manifest nicht. Hatte man bereits so vieles geduldet, warum wollte man gerade jetzt über manches nicht schweigen, da man doch keine besseren Aussichten für einen glücklichen Ausgang eines Krieges hatte als früher? Der Verfasser des Manifests hat diese Unzulänglichkeit auch erkannt, wie aus seinen Matériaux hervorgeht[5]). Er erwähnt dort kurz die verschiedenen Rücksichtslosigkeiten, die sich Napoleon seit dem Vertrag von Paris erlaubt hatte, und legt dann das Hauptgewicht auf die Nachricht, daß der Kaiser dem König von England Hannover zurückgeben wollte. Diese Kunde habe den König zum Krieg getrieben. Warum aber, müssen wir uns dann fragen, kommt dieser Hauptpunkt in den von Knobelsdorff überreichten Forderungen nicht vor? Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß die Kunde von der Rückgabe Hannovers nicht den Ausschlag gegeben hat. Auch schränkt Lombard in den Materialien die Bedeutung dieses Motivs selbst wieder ein, indem er zufügt, daß diese Absicht, Hannover dem König Georg III. zurückzuerstatten, nur vorübergehend bestanden habe[6]). Allerdings wäre es, so fährt er fort, ein niederschmetternder

---

[5]) Matériaux 154—162.

[6]) Matériaux 155f.: „Il (der König) apprit de Paris que, dans la négociation de paix depuis peu reprise entre la France et l'Angleterre, le cabinet de St. Cloud avoit reconnu comme base la restitution du pays de Hannovre à Sa Majesté Britannique. Les lettres de Londres l'annonçoient également. Les papiers officiels, communiqués au Parlement ne permettent guères de douter, qu'un moment du moins la nouvelle n'ait été vraye."

Gedanke, wenn der französische Kaiser Hannover dem König von England nur angeboten hätte, um ihn zum Frieden gefügiger zu machen und schließlich doch, seinen Verpflichtungen gegen Preußen getreu, die Engländer mit etwas anderem abzuspeisen. Dann wäre der schreckliche Krieg ohne ausreichende Veranlassung leichtsinnig heraufbeschworen worden! Aber die Nachricht war einmal da, hatte ganz den Charakter der Echtheit, also gab es für den König nur noch einen Ausweg: sich zum Kampf auf Leben und Tod zu rüsten, denn der Verlust von Hannover hätte Preußen vernichtet[7]).

Es läßt sich aus Lombard's Darstellung unschwer erkennen, daß er dem Gedanken eines Krieges gegen Frankreich fern stand, daß er sogar in derjenigen Thatsache, die er für den entscheidenden Grund zum Ergreifen der Waffen hält, nichts eigentlich Zwingendes sah, indem er dem Gedanken Raum giebt, es sei leicht möglich, daß man sich durch eine Übereilung, durch Leichtgläubigkeit schwer an dem preußischen Staat versündigt habe. Von einem anderen Grund zum Kriege hat er also gar nichts gewußt. Sonst würde er ihn doch sicher in seinem Werk angeführt haben. Welchen Grund hätte er haben können, ihn zu verschweigen und sich so des wirksamsten Mittels zur Verteidigung der preußischen Politik jener Zeit zu berauben, während er in seinem Bericht mit einer unverkennbaren Mühe und Beflissenheit eine Erklärung versucht, der er selbst nur halben Glauben schenkt[8])?

Auch Graf Haugwitz hat Gentz' Fragen nur unbefriedigend beantwortet. Aber der verantwortliche Minister mußte doch im Stande sein, Auskunft zu geben, wenn nicht gerade geheime Gründe vorhanden waren, die er damals, beim Ausbruch des Krieges, selbst Friedrich Gentz, der sonst viel Vertrauen genoß, nicht mitteilen durfte. Andere als die im Obigen angegebenen und zwar geheime Motive, die man besonders vor Frankreich geheim halten wollte, müssen mitgewirkt haben. Darauf weist schon die Thatsache hin, daß Haugwitz nach der Schlacht bei Jena die Akten seines Departements in Graudenz den Flammen überliefert hat, damit sie den Franzosen nicht in die Hände fielen.

Unterwerfen wir daher die Thätigkeit des Grafen während des Sommers 1806 einer eingehenderen Betrachtung, soweit es das durch jenes Autodafé lückenhaft gewordene Material gestattet. Wir kennen durch Hardenberg's Denkwürdigkeiten vier Denkschriften aus Haugwitz' Feder, die in jene Zeit fallen. Sie sind für die Kenntnis seiner Politik von hoher Wichtigkeit, indem sie in ihrer Aufeinanderfolge die Entwicklung seiner Anschauungen über das Verhältnis zwischen Frankreich und Preußen geben und dieselben vor unseren Augen entstehen und sich befestigen lassen.

---

[7]) Matériaux 156 f.

[8]) Matériaux 159 f.

Die erste Denkschrift, vom 19. Mai 1806, schließt sich an eine Unterredung an, welche der Verfasser am 15. Mai mit dem König gehabt hatte[9]). Friedrich Wilhelm hatte Befürchtungen geäußert, daß der Besitz des Kurfürstentums Hannover wohl nur ein vorübergehender sein könne, da England auf eine legale Abtretung doch nie eingehen werde. Diese Annahme war berechtigt durch das Verhalten der englischen Regierung. Am 20. April hatte König Georg sein Kriegsmanifest gegen Preußen herausgegeben[10]); am 23. April hatte das Parlament diese Akte sowie die genommenen Maßregeln genehmigt und, besonders veranlaßt durch die Beeinträchtigung des englischen Handels, die Privatangelegenheit des Kurfürsten von Hannover zu einer national-englischen gemacht[11]). Die Erklärung des Königs schloß mit den Worten[12]) : „Schließlich protestiere ich feierlich in meinem und meiner Erben Namen gegen jeden Eingriff in meine Rechte auf das Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg und seine Zugehörigkeiten, und wiederhole in meiner Eigenschaft als Kurfürst die von meinem Gesandten am Berliner Hof gegebene Erklärung, daß kein aus irgend welchem Arrangement entspringender Vorteil, noch weniger eine Schadloshaltung oder Abfindung mich je bestimmen werden, das zu vergessen, was ich meiner Würde, der Anhänglichkeit und vorzüglichen Treue meiner Hannoveraner im Punkte der Einwilligung in eine Abtretung des Kurfürstentums schuldig bin." Hieran hatte sich am 27. April die Kriegserklärung des Königs von Schweden angeschlossen, der gesonnen war, seinem Bündnis mit England treu zu bleiben, und die hannövrischen Gebiete auf dem rechten Elbufer nicht räumen wollte[13]). Die Besorgnisse Friedrich Wilhelms suchte Haugwitz in jener Denkschrift zu zerstreuen. Allerdings sei der Besitz Hannovers ohne die Einwilligung des englischen Königs nur als provisorisch anzusehen. Die rechtskräftige, endgültige Abtretung könne nur bei einem allgemeinen Frieden und durch die Hülfe Frankreichs erreicht werden[14]). Denn Napoleon werde alles thun, um Preußen im Besitz Hannovers zu erhalten und England zum Verzicht zu zwingen, sobald er überzeugt sein könne, sich dadurch des preußischen Bündnisses für immer zu versichern. Was er (Haugwitz) in Paris von dem Kaiser gehört habe, gebe ihm die Überzeugung, daß dieser

---

[9]) Hardenberg V, 343—349. 343 : „Dans l'entretien, dont Votre Majesté m'honora jeudi passé."

[10]) Moniteur 1806, Nr. 122. Vendredi 2. Mai.

[11]) Moniteur 1806, Nr. 123. Samedi 3. Mai; Hardenberg II, 609—612.

[12]) Moniteur 1806, Nr. 122.

[13]) Die Kriegserklärung Schwedens, Moniteur 1806, Nr. 133.

[14]) Hardenberg V, 345 : „A l'égard du pays de Hanovre, c'est sur l'alliance et la garantie de la France que se fonde uniquement l'attente de cette consolidation future."

nur mit Widerstreben dem preußischen Staat eine solche Machterhöhung gegeben habe, aber durch die Notwendigkeit getrieben, Preußen auf seine Seite zu ziehen, es zum Wächter des Friedens auf dem Kontinent gemacht habe, da ohne Preußens Beteiligung eine neue Koalition unmöglich sei [15]). Es komme daher zunächst darauf an, daß der Kaiser keine Veranlassung bekäme, an der Treue und Ergebenheit Preußens zu zweifeln. Dagegen müsse man sich England gegenüber bemühen, den übelen Eindruck möglichst zu verwischen und die Maßregeln gegen die britische Schiffahrt nachgerade abzuschwächen. Wiewohl Haugwitz am Schluß seiner Denkschrift konstatiert, daß die Lage Preußens im Augenblick keine gesicherte sei [16]), so traut er sich gleichwohl so viel Einfluß zu, um Napoleon zum Besten Preußens zu lenken. Die Ansicht, die er sich nach dem Vorausgehenden über Napoleon's Politik gebildet hat, ist beachtenswert, um sein weiteres Verfahren zu erklären. Der französische Kaiser fühlt, so nimmt er an, für Preußen keine Freundschaft, er will dem Berliner Kabinet nicht wohl, aber er braucht dessen Hülfe, um ungestört den Krieg gegen England führen zu können. Darum hat er Hannover an Preußen gegeben und dadurch eine Verbindung Preußens mit England, überhaupt jede Koalition, verhindert, und diesen Staat zum Bürgen des Kontinentalfriedens gemacht. Nur zu diesem Zweck hat er Hannover in seine Hände gegeben. Es ist ein Geschenk, welches er zu seinem eigenen Vorteil gemacht hat, und sobald er sieht, daß er diese gehofften Vorteile dabei nicht findet, wird er nicht anstehen, es zurückzunehmen.

Die zweite Denkschrift ist vom 10. Juli 1806 datiert [17]). Die politischen Ereignisse der Zwischenzeit haben bei Haugwitz eine bedeutende Veränderung hervorgerufen Während er am 19. Mai noch keine Gründe zu einem baldigen Bruch mit Frankreich sieht, ja in dem Bündnis mit Napoleon die Garantie für die preußischen Erwerbungen findet, und in Bezug auf dessen Absichten und Gesinnungen noch keine ernsten Befürchtungen hegt, hat er nunmehr die wahre Richtung der französischen Politik erkannt, die nicht den Frieden auf dem Kontinent, sondern die unbedingte Herrschaft über Land und Meer anstrebt. Die Thätigkeit, welche Napoleon damals entfaltete, um in Deutschland einen Staatenbund unter seiner Ägide zu

---

[15]) Hardenberg V, 345 f. „Il regarde toute nouvelle coalition sur le continent comme impossible sans le concours de la Prusse."

[16]) Hardenberg V, 349 : „Les germes des événements majeurs sont répandus et couvent de tous côtés. Tous les états sont plus ou moins exposés à leurs secousses. Quiconque croirait qu'une affaire importante terminée, on peut comme autrefois se livrer à une sécurité entière, se ferait la plus étrange et la plus dangereuse illusion et méconnaîtrait entièrement le terrain volcanique sur lequel nous marchons."

[17]) Hardenberg V, 349—356.

gründen, ließ darüber keinen Zweifel mehr zu. Er hatte sogar Versuche gemacht, den Kurfürsten von Hessen [18]) durch das Versprechen eines Gebietszuwachses, der durch Beeinträchtigung des Fürsten von Oranien, Schwagers des preußischen Königs, bewerkstelligt werden sollte, zum Eintritt in den zu gründenden Rheinbund zu bewegen, und nur der Hoffnung des Kurfürsten, von Preußen noch mehr erlangen zu können, als Napoleon bot, war es zuzuschreiben, daß Kurhessen nicht sofort einschlug. Im Zusammenhang mit früheren Ereignissen, denen allein der Minister so hohen Wert nicht beilegte, gab ihm diese neue Begebenheit die Überzeugung ein, daß die französische Politik es auf eine Isolierung und allmähliche Zerschlagung der preußischen Monarchie absehe. Das Schicksal Preußens ist nach seiner Ansicht zu eng mit dem der übrigen norddeutschen Staaten verknüpft, als daß nicht der Berliner Hof alles aufbieten müßte, um wenigstens Sachsen und Hessen in Treue bei seinem System zu erhalten [19]). Kein Opfer dürfe hierbei zu groß erscheinen; selbst die Gefahr eines wegen dieser Angelegenheit ausbrechenden Krieges mit Frankreich dürfe nicht in Anschlag gebracht werden der Gefahr gegenüber, daß Preußen von seinen Nachbarstaaten getrennt und so nach und nach untergraben werde [20]). Denn Sachsen und Hessen sind die Vormauern Preußens in politischem und militärischem Sinn. Die Möglichkeit eines offenen Kampfes mit Napoleon faßt Haugwitz also hier schon in's Auge, ohne jedoch die augenblickliche Notwendigkeit desselben anzuerkennen, und berechnet die Kräfte, welche in diesem Fall dem König zur Verfügung stünden. Da er hierbei von der Hülfe der Russen als einer ganz zweifellosen [21]) und selbstverständlichen spricht, so muß er die Ergebnisse von Hardenberg's geheimer Unterhandlung gekannt haben. Es wäre ja auch unverantwortlich gewesen, wenn Haugwitz nichts von dieser wichtigen Verhandlung erfahren hätte. Allerdings stellt es Hardenberg in dieser Weise dar; aber auch Ranke schließt sich ihm nicht unbedingt an [22]). Möglich ist es, jedoch unwahrscheinlich, daß Hardenberg glaubte, sein Kollege erfahre von seiner Thätigkeit nichts; der König aber konnte und durfte begreiflicherweise

---

[18]) Hardenberg III, 70 f.

[19]) Hardenberg V, 350 f. : „En effet, porter atteinte à la Prusse dans le nord de l'Allemagne, c'est à dire par les états désignés dessus, c'est aller au coeur, c'est menacer, non plus sa prospérité et son bienêtre, mais son existence.“

[20]) Hardenberg V, 351 : „Quelque grand intérêt que la Prusse ait incontestablement à conserver la paix avec la France à ce prix là ce serait l'acheter trop cher, puisque même une guerre malheureuse ne lui ferait pas plus de mal que ce système d'attaques indirectes, qui, en la privant de ses moyens, la ferait succomber ensuite sans ressources et sans honneur.“

[21]) Hardenberg V, 351 : „elle aurait pour elle outre ses forces imposantes et celle de ses confédérés, le puissant secours de la Russie.“

[22]) Hardenberg I, 612.

wenigstens den Ausgang der Negociation seinem Staats- und Kabinetsminister des Auswärtigen nicht verheimlichen. Dies ist denn, wie aus Obigem hervorgeht, auch gar nicht geschehen. Die Hardenberg'sche Mission hatte mit dem Deklarationsentwurf, den Friedrich Wilhelm am 1. Juli zu Charlottenburg unterzeichnete [23]), eigentlich ihr Ende gefunden. Man war übereingekommen, daß trotz der Allianz Preußens mit Frankreich der Vertrag zwischen Preußen und Rußland vom 28. Juli 1800 fortbestehen solle. Da aber Rußland mit Frankreich noch auf dem Kriegsfuß stehe, so erklärte Preußen, es werde den Vertrag vom 15. Februar nicht gegen Rußland in Anwendung bringen [24]), also gegen diese Macht nicht mit Frankreich zu Felde ziehen. Dagegen werde Rußland sich bereit finden lassen, stets mit seiner gesammten Macht die Unabhängigkeit der preußischen Staaten zu verteidigen [25]).

Dies sind die Hauptpunkte der Erklärung, die, als Haugwitz am 10. Juli seine zweite Denkschrift verfaßte, nur noch der Unterschrift des Zaren bedurfte.

Nichts deutet bei Haugwitz darauf hin, daß er den Krieg als in der nächsten Zeit unvermeidlich angesehen habe [26]). Das Verhältnis zu Rußland bot keinen Grund, denn Alexander ließ gerade mit Napoleon über einen Friedensvertrag unterhandeln. Im Gegenteil war Haugwitz der Ansicht, daß trotz des berechtigten Mißtrauens auf preußischer Seite der Ausbruch des Kampfes mit Napoleon möglichst verschoben werden müsse, um Preußens Stellung gegen Frankreich ruhig sichern zu können [27]). In erster Reihe stehe hierbei die Begründung eines Bündnissystems in Norddeutschland und dessen Anerkennung und Garantie durch Napoleon [28]).

Es begannen demgemäß Unterhandlungen mit Sachsen und Hessen behufs Gründung eines nordischen Reichsbunds, die jedoch nicht mehr zum Ziel gelangten. Es fehlte an der erforderlichen Zeit, da die ganze politische Lage sich sehr bald veränderte und auf eine Entscheidung hindrängte. Sachsen würde sich schon dazu verstanden haben, auf die Allianz einzugehen; aber

---

[23]) Hardenberg III, 45—48.

[24]) Hardenberg III, 46 : „Art. 2. Spécialement il (le traité) ne nous portera point à nous joindre contre elle à la France ni pendant la durée de la présente guerre entre celle-ci et la Russie, ni tant que sera maintenue l'alliance heureusement subsistante en vertu au traité conclu en 1800."

[25]) Hardenberg III, 47 : „Art. 1. D'employer constamment la majeure partie de ses forces à la défense de l'Europe, et toutes celles de l'Empire de Russie au maintien de l'indépendance et de l'intégrité des Etats prussiens."

[26]) Irrtümlich berichtet Venturini's Chronik mit Beziehung auf Massenbach, der Krieg sei schon im Juni beschlossene Sache gewesen. S. 401.

[27]) Hardenberg V, 353.

[28]) Hardenberg V, 355.

Kurhessen wollte nichts von Verbindungen wissen, bei denen nichts zu verdienen war, und Mediatisierungen sollten eben bei der neuen Organisation Norddeutschlands nicht zugelassen werden. Von Sachsen hat Preußen in elfter Stunde noch die Kooperation gegen Frankreich erlangt, während Hessen vorzog, neutral zu bleiben. Da diese Ereignisse schon andern Orts eingehende und abschließende Behandlung erfahren haben, so begnügen wir uns im Obigen kurz die Resultate anzudeuten [29]).

Die dritte der Haugwitz'schen Denkschriften [30]), die ebenfalls noch in den Juli 1806, jedenfalls nach Gründung des Rheinbundes, fällt, da derselbe im Verlauf erwähnt ist, geht von einer Mitteilung aus, die von dem französischen Minister an Laforest ergangen war. Darin war ein Vorschlag zu einem Kriegsplan für Preußen enthalten, offenbar, wie Haugwitz annimmt, im Anschluß an Art. IX des Pariser Vertrags, nach welchem im Falle eines Krieges besondere Vereinbarungen über die zu stellende Truppenzahl und andere militärische Fragen getroffen werden sollten. Es erhob sich die Frage, was denn Frankreich für kriegerische Unternehmungen im Auge habe; die Antwort findet Haugwitz in dem Schreiben Talleyrand's selbst angedeutet, wo es heißt, daß die Friedensverhandlungen des Kabinets von St. Cloud mit Rußland und England wohl resultatlos bleiben dürften [31]). Es handelte sich also um nichts geringeres als einen bevorstehenden französisch-russischen Krieg. Nun hatten aber die geheimen Verhandlungen Hardenberg's zu jener Deklaration geführt, deren Hauptinhalt wir eben mitgeteilt haben. Am 1. Juli hatte der König sie unterzeichnet, und während Haugwitz sich mit dieser Denkschrift beschäftigte, ratificierte Alexander die Akte am 24. Juli zu Kamenoï-Ostroff, wobei nur ganz nebensächliche Punkte geändert wurden [32]).

Preußen trat also jetzt dicht vor die Alternative, ob es seinen Verpflichtungen gegen Frankreich oder denen gegen Rußland treu bleiben wollte. Dies hob Haugwitz mit aller Schärfe hervor [33]) : „Man muß sich in der That darauf gefaßt machen, daß diese Unterhandlung (zwischen Frankreich und Rußland) vielleicht in kurzer Zeit abgebrochen und der Krieg mit

---

[29]) Ich nenne : Schmidt „Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen"; desselben Verfassers „Preußens deutsche Politik"; Usinger „Napoleon und der nordische Bund" in den Pr. Jahrb. 1864; von Witzleben „die Verhandlungen über den nordd. Bund" im Archiv für sächsische Geschichte, 1868.

[30]) Hardenberg V, 356—364.

[31]) Hardenberg V, 356.

[32]) Hardenberg III, 120 f.

[33]) Hardenberg V, 356 : „En effet, il faut s'attendre à voir cette négociation rompue peut-être bientôt, et la guerre poursuivie avec plus de vivacité et même d'acharnement que jamais. La France réclamera la coopération stipulée par le traité, et des lors le moment sera venu où la Prusse devra se montrer ouvertement, soit pour elle, soit pour la Russie."

größerem Eifer und Grimm als je wieder entfacht wird. Frankreich wird auf Grund des Vertrags Preußens Hülfe verlangen, und schon da wird der Augenblick gekommen sein, wo Preußen sich offen entscheiden muß : für Frankreich oder für Rußland." Wenn auch zu wünschen wäre, daß dieser Augenblick noch so lange wie möglich auf sich warten ließe, so stehe er, fährt der Minister fort, nur zu nahe bevor, und es gäbe nichts schlimmeres für Preußen, als wenn es mit seiner Entschließung bis zum letzten Augenblick zögern wollte. Man müsse sich jetzt entschließen und darnach handeln. Haugwitz hatte vollständig recht, wenn er diese Alternative dem König vorlegte. Die geheime Deklaration mit Rußland war entscheidend geworden, und Preußen mußte zu einer selbständigen That schreiten. Der casus belli trat allerdings erst ein, wenn der Kaiser Alexander den Friedensvertrag, den Oubril am 20. Juli in Paris unterzeichnet hatte, zurückwies. Aber man durfte es nicht auf den letzten Augenblick ankommen lassen. Sobald man merkte, daß es zum Bruch zwischen Rußland und Frankreich kommen werde, mußte man sich schon für eine der beiden Parteien entschieden haben, und es war dann, sobald man Rußland gewählt hatte, die Notwendigkeit vorhanden, den Bruch mit Napoleon selbst herbeizuführen, um seinem Verlangen nach Hülfeleistung auf Grund des Pariser Vertrags zuvorzukommen. Denn in dem Augenblick, wo Napoleon die Hülfe Preußens gegen Rußland forderte, wäre eine Verweigerung einem Verrat gleichgekommen. Man durfte von der geheimen Beziehung zu Rußland gar nichts ahnen lassen, wollte man nicht die preußische Regierung bedenklich kompromittieren und Napoleon's schwersten Zorn herausfordern. Es handelte sich also darum, einen Weg zu finden, auf dem man sich von Frankreich trennen und an Rußland anschließen konnte, ohne daß der Verdacht eines geheimen Einverständnisses mit Rußland aufkam. Doch, sagt Haugwitz weiter, ist es allein Sache des Königs, zwischen den beiden Mächten zu wählen. Welche Rücksichten würde derselbe nun dabei zu nehmen haben? In den Vordergrund tritt die hannövrische Frage. Sollte der König den Besitz Hannovers für so wichtig halten, daß er davon allein seine Handlungsweise abhängig machen wollte, so müsse er sich für Frankreich entscheiden; denn nur durch französische Vermittlung sei der dauernde Besitz des Kurfürstentums möglich[34]). Ist der König fähig, fährt Haugwitz fort, auf Hannover allenfalls zu verzichten, so ist er völlig Herr seiner Wahl. Er kann sich dann für Rußland entscheiden. Ist dies aber geschehen, so muß er sein Ziel unverrückbar verfolgen. Insbesondere betont Haugwitz, „muß sich von diesem Augenblick an unsere Sprache gegen die französische Regierung danach richten, weil es sich darum

---

[34]) Hardenberg V, 357 f.

handelt, alsdann die möglichen Fragen nach der Kooperation abzuschneiden oder zu umgehen [35])."

Dies entspricht völlig unserer bisherigen Ausführung. Frankreich darf von der Verpflichtung Preußens gegen Rußland keine Kunde erhalten, was ja kaum zu vermeiden sein würde, wenn man sich genötigt sähe, eine bestimmte auf Art. VIII des Pariser Vertrags gestützte Forderung Napoleon's, unumwunden zu beantworten. — Von der Art, wie diese Hauptfrage entschieden wird, hängt es nun ab, wie die anderen schwebenden Fragen zu behandeln seien. Die an sich wenig bedeutende Streitigkeit wegen der Abteien Elten, Essen und Werden, die der Herzog von Kleve als zu seinem Besitz gehörig an sich gerissen hatte, lasse sich, meint Haugwitz, auch gütlich durch einen Verzicht ausgleichen, wenn man es mit Frankreich nicht verderben wolle. Aber dabei müsse die feste Erklärung gegeben werden, daß man keine weiteren Abtretungen zu machen gedenke. Das Projekt des norddeutschen Bundes werde durch die Hauptfrage in keiner Weise beeinflußt. Der Bund sei als einfache Sicherheitsmaßregel in beiden Fällen ein Bedürfnis, als Gegengewicht gegen den von Napoleon im Süden aufgerichteten Bund. Von besonderem Nutzen werde er im Fall eines Krieges mit Frankreich sein. Entschieden aber müßten die Hansestädte zu dem Bund geschlagen werden, wenn auch manche Stimmen laut würden, daß Napoleon selbst Absichten auf dieselben habe. Ebenso werde die schwedische Sache ganz unabhängig von der Kernfrage : Rußland oder Frankreich? zu behandeln sein. Rußland verhalte sich der Sache gegenüber neutral, obwohl es mit Schweden verbündet sei. Man solle darum, ehe man der öffentlichen Meinung Stoff zu Vorwürfen wegen Schwäche und Energielosigkeit gebe, mit einem raschen Handstreich die Angelegenheit erledigen und Schwedisch-Pommern überrumpeln.

Kurz nach dieser Denkschrift folgte der Entschluß der Mobilmachung, zunächst hervorgerufen durch die Nachricht von den Verhandlungen über die Rückgabe von Hannover an den König von England [36]). In diesen ersten Augusttagen hat Haugwitz ohne Zweifel eine Denkschrift über die brennenden Fragen verfaßt; sie ist uns aber nicht erhalten. Es würde daraus mit voller Evidenz hervorgehen, wie weit Haugwitz auf den Kriegsentschluß des Königs von Einfluß gewesen ist und in welchem Verhältnis derselbe zu dem französisch-russischen Friedensvertrag steht. Es könnte vielleicht auffallen, daß Hardenberg, der doch mit den geheimen Verhandlungen mit Rußland

---

[35]) Hardenberg V, 359 : „et dès lors tout notre langage envers le gouvernement français doit se régler en conséquence, puis qu'il s'agit alors d'écarter ou de décliner le plus doucement possible ses demandes de concours contre cette puissance".

[36]) Matériaux 157.

so vertraut war wie kaum ein anderer, in seinen Denkwürdigkeiten einen Zusammenhang zwischen diesen Beziehungen und dem Kriegsentschluß gar nicht annimmt und diesen doch entscheidenden Punkt völlig übergeht. Indessen hat sich ja die, vielleicht unbewußte, Tendenz des Verfassers, den Grafen Haugwitz und seine Clique als die Verderber des preußischen Staates darzustellen, vielfach so schlagend erwiesen, daß auch eine solche Lücke dadurch schon erklärt werden kann. Zudem läßt sich erweisen, daß Hardenberg auch hier, in der Erzählung von der Entstehung des Krieges, geradezu unwahre Dinge berichtet und, indem er den Grafen wegen des „übereilten" Entschlusses zum Kampf lebhaft tadelt, seinen eigenen Anteil daran völlig verkehrt darstellt. Er leugnet[37]), daß er den König zum Kampf ermutigt habe, als er am 17. September eine Audienz bei demselben hatte. Dies ist falsch. Sein eigenes Tagebuch, das doch entschieden als Quelle den Vorzug vor den erst später geschriebenen Denkwürdigkeiten verdient, giebt einen Auszug dieser Unterredung, woraus hervorgeht, daß Hardenberg den König in der That noch in seinen kriegerischen Plänen bestärkte[38]) : „Ich wurde sehr gut aufgenommen; er (der König) berichtete mir über die gesammte politische Lage." (Trotzdem behauptet Hardenberg später, er sei nicht genügend unterrichtet gewesen.) „Ich sagte ihm alles mögliche, um ihn zu ermuthigen, daß es besser sei, mit Ehren zu unterliegen als mit Schande zu bestehen." Als der König bemerkte : „daß die Gefahr dennoch sehr mißlich sei," antwortete Hardenberg : „daß er sie nicht zu fürchten habe, Kraft würde Kraft erwecken, daß es nur darauf ankomme, zu handeln und aus dem guten Geist Nutzen zu ziehen, der überall herrschte."

Mit am auffallendsten ist eine Bemerkung Hardenberg's über die Politik des Grafen Haugwitz im Anschluß an die Mitteilung, daß das französische Kabinet die allerbestimmtesten Freundschaftsversicherungen gegeben und erklärt habe, in Bezug auf Hannover habe Preußen nichts zu befürchten[39]). „Es ist in der That unbegreiflich, wie der Graf Haugwitz bei allen diesen Umständen nicht seinen Plan änderte, nicht auf eine Übereinkunft mit Frankreich wegen der uns interessirenden Gegenstände durch Unterhandlung hinarbeitete, und es dagegen auf einen Angriffskrieg anlegen konnte, bevor er einmal mit England und Schweden Frieden gemacht, bevor er den nordischen Bund vollendet hatte." Es ist kaum zu fassen, wie Hardenberg dies schreiben

[37]) Hardenberg III, 170.

[38]) Lehmann, Historische Zeitschrift, Bd. 39. S. 107/8. „Je fus très bien reçu; il me fit le récit de toute la situation politique. Je lui dis tout ce que je pus pour l'encourager, qu'il valait mieux succomber avec honneur que rester debout avec honte." — „que la chance était cependant très désagréable" — „qu'il ne la courrerait pas, Kraft würde Kraft erwecken, qu'il ne s'agissait que d'agir et de tirer parti du bon esprit qui regnoit partout."

[39]) Hardenberg III, 168.

konnte; dachte er denn gar nicht mehr an seine eigene Unterhandlungen mit Rußland, oder war er ganz unbekannt mit dem, was sich in Petersburg vorbereitete? Selbst wenn jene Freundschaftsversicherungen Napoleon's bare Münze waren, so konnte nach Verwerfung des Oubril'schen Vertrags der Krieg für Preußen nicht mehr verhindert werden. Es mußte auf der einen oder der anderen Seite am Kampf Teil nehmen[40]).

Kehren wir zu den Ereignissen jener ersten Augusttage selbst zurück! Haugwitz hatte ausgesprochen, daß man alles aufbieten müsse, um zu verhindern, daß die preußische Kooperation gegen Rußland von Napoleon gefordert werde. Darum mußte man eine Gelegenheit zum Bruch mit Frankreich suchen, sobald die Beziehungen zwischen diesem Staat und Rußland zu wanken begannen. Man wußte anfangs August in Berlin, daß der russische Gesandte Oubril mit dem am 20. Juli zu Paris abgeschlossenen Friedensvertrag nach Petersburg unterwegs war. Die Entscheidung stand also vor der Thür[41]). Ja, es ist durchaus wahrscheinlich, daß man in Berlin auch über den Inhalt des Vertrags, über die Unmöglichkeit der Annahme desselben genauer unterrichtet war; denn der Verkehr mit Rußland war damals sehr lebhaft. An demselben Tage, 29. Juli, als Krusemarck, der Ende Juni nach Petersburg geschickt worden war[42]), zurückkehrte und zwei russische Offiziere, der Generallieutenant von Driesen und der Gardelieutenant Baron von Krüdener in Berlin ankamen, hielt sich daselbst der Staatsrat von Oubril auf, der in der Nacht seine Reise nach Petersburg fortsetzte[43]). Außerdem hielten sich im Juli die Fürsten Kurakin und Dolgorucki und mehrere russische Großen in Berlin auf[44]). Sollte das preußische Kabinet demnach nicht mit der Richtung des russischen Systems so weit vertraut gewesen sein, daß es sich selbst sagen konnte, welche Aussichten Oubril's Machwerk habe? Und hat nicht Haugwitz dem Banquier Ephraim vorhergesagt, Rußland werde die Friedensbedingungen nicht genehmigen[45])?

Um dieselbe Zeit trafen die beunruhigendsten Nachrichten über Frankreichs Verhalten ein. Am 28. Juli hatte Napoleon seinen Armeen in

---

[40]) Einer von den wenigen Zeitgenossen, die um diese bevorstehende Alternative wußten, ja fast mit Bestimmtheit wußten, daß Preußen mit Rußland gegen Frankreich kämpfen würde, war der Oberst von Massenbach. Schon Ende März oder anfangs April, nach des Herzogs Rückkehr aus Petersburg, sprach der Oberst von Kleist mit ihm über diese Angelegenheit, und aus mehreren Äußerungen in seinen Denkwürdigkeiten geht hervor, daß er in diesem Verhältnis zu Rußland den Schwerpunkt der politischen Lage erkannte. Denkwürdigkeiten, Vorrede XXVI; II, 15; 17; 36.

[41]) Duncker, Mitth. a. der hist. Litteratur, 1878. 6. S. 72. Hardenberg III, 87.

[42]) Hardenberg III, 43.

[43]) Moniteur, 1806, Nr. 222, Dimanche 10 août.

[44]) Venturini 405.

[45]) Ephraim 240.

Deutschland Marschbefehl erteilt, und von allen Seiten rückten dieselben nach den Grenzen von Preußen und Sachsen vor[46]). Diese Maßregel konnte für einen Druck auf Rußland gelten; aber es war doch gleichzeitig auch eine Bedrohung Preußens. Weiteres Anklagematerial gegen Frankreich bot die Nachricht Lucchesini's, daß Lord Yarmouth ihm in einer Gesellschaft die vertrauliche Mitteilung gemacht habe, Napoleon werde Hannover an England zurückgeben[47]), und zwischen Rußland und Frankreich seien Unterhandlungen im Gang, bei denen Napoleon zur Annexion von Preußisch-Polen aufgefordert habe. Am 7. August kamen diese Nachrichten in Berlin an[48]). Man hatte keinen Grund an der Echtheit derselben zu zweifeln, zumal man seit einiger Zeit wußte, wie weit man den Versicherungen unverbrüchlicher Treue, die der französische Kaiser immerfort geben ließ, trauen konnte.

Der König beschloß die Mobilmachung. Er schrieb darüber an Alexander am 8. August[49]) : „Wenn er mit London über Hannover unterhandelt, dann will er mich verderben, dann will er mir den Krieg machen, um mich nicht später an der Spitze einer starken Koalition zu sehen, und hält den Moment für günstig, nachdem Sie Ihren Frieden geschlossen, und dadurch vielleicht die Mittel aus der Hand gegeben haben, mich zu unterstützen." Am Schluß bittet der König um Alexanders Hülfe. Es geht aus diesem Brief nicht hervor, daß Friedrich Wilhelm und sein Kabinet an der Ablehnung des Oubril'schen Vertrags gezweifelt hätten. Der König spricht ja von dem Frieden Rußlands mit Frankreich nur, indem er sich in den Gedankengang Napoleon's versetzt. Wie hätte er auch auf Alexander's Hülfe rechnen können, wann er dem Gedanken Raum gegeben hätte, Alexander schließe Frieden mit Napoleon?

Die Mobilmachung, die der König am 9. August anordnete, war durchaus nicht schon als Kriegserklärung gegen Frankreich gemeint, obgleich sie von der öffentlichen Meinung so aufgefaßt wurde. Wie wäre es denn sonst denkbar, daß zwei Monate lang diese ungewisse Spannung angehalten hätte? Der Krieg gegen Frankreich war insgeheim beschlossen, weil er un-

---

[46]) Lefebvre II, 323.

[47]) Daß dies in der That von Napoleon geplant war, kann nicht mehr zweifelhaft sein, wenn man die Correspondance XII, Nr. 1029, XIII, 10586, XII, 10448, XIII, 10624, 10683 eingesehen hat, sowie die „Papers relative to the negotiation with France, presented by His Majesty's command to the both houses of Parliament 22. XII. 1806," von denen das Politische Journal 1807, S. 68 ff. Auszüge in deutscher Übersetzung giebt.

[48]) Lefevbre III, 325; bei Halem und Runde, S. 12, wird der 11. Aug. genannt, aber wohl irrtümlich.

[49]) Duncker, Mitth. a. d. hist. Litter. 1878. 6, 73.

vermeidlich war, sobald die eine Erwartung sich bestätigte, daß der von Oubril abgeschlossene Vertrag in Petersburg verworfen wurde. Aber noch fehlte darüber die endgültige Gewißheit. Daher drängte auch Preußen gar nicht auf schleunige Lösung der mit Frankreich schwebenden Fragen. Die preußische Rüstung wurde noch nicht einmal Gegenstand ernsterer diplomatischer Erörterungen, und Preußen sah sich durchaus nicht veranlaßt, eben schon Erklärungen und Forderungen an Frankreich abzugeben. Es konnte jedermann glauben, man rüste, um sich endlich der lästigen Schweden zu entledigen. Die französische Regierung hatte ohnehin im Juli ihre Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der König soviel Langmut gegen dieselben zeigte[50]). Als Laforest wegen der kriegerischen Vorbereitungen den Grafen Haugwitz befragte, erhielt er allerdings die Antwort, daß man Befürchtungen vor Frankreich hege. Aber Haugwitz hütete sich wohl, Beschwerden zu führen, vielleicht gar Abhülfe zu fordern; er klagte nur über die befremdenden Drohungen Frankreichs, welche auf einen bevorstehenden Angriff schließen lassen müßten, und versicherte, daß der König, der „sich für Frankreich totschlagen lasse", sich sofort zufrieden geben werde, wenn er vom französischen Hof beruhigende Versicherungen erhalte[51]). Zu weiteren Erörterungen kam es aber nicht. Man vermied von beiden Seiten ein entscheidendes Vorgehen, und Napoleon, der auch nur auf Nachricht von Petersburg wartete, that dem preußischen Hof „den Gefallen, in keine Explicationen über die Rüstung einzutreten." So äußerte sich Friedrich Wilhelm selber in einem Brief an Alexander[52]) vom 6. September und gab damit zu erkennen, daß er die Rüstung vom 9. August nicht als den Beginn der Feindseligkeiten angesehen haben wollte, daß für ihn noch andere Gründe hinzukommen mußten, die ihn zum Angriff bewegen konnten. Die Langsamkeit, mit der Haugwitz die militärischen Maßregeln betrieb, worüber Hardenberg lauten Tadel äußert, ist gleichfalls ein Beweis hierfür. Endlich, am 24. August, wurde der General Knobelsdorff nach Paris gesandt, aber zunächst nicht, um eine Entscheiduug herbeizuführen, sondern um Lucchesini zu ersetzen[53]). Da der seitherige Gesandte durch seine Berichte über die Rückgabe Hannovers Mißtrauen gesät hatte, so erschien dieser Wechsel als ein Schritt zur Versöhnung. So wollte es Haugwitz auch verstanden haben. Er wählte den General Knobelsdorff, der von der wahren Lage der Dinge nichts wußte und an eine friedliche Lösung glaubte, um Napoleon sicher zu

---

[50]) Hardenberg V, 356.

[51]) Lefebvre II, 329 : „Que l'empereur daignât entrer dans sa position et parler franchement, tout s'éclaircirait, et le roi se ferait écraser, s'il le fallait, pour la défense de la France et celle du système commun."

[52]) Duncker, Mitth. a. d. hist. Litter. 75.

[53]) Hardenberg III, 167.

machen[54]) und ihn bequemer hintergehen zu können. Denn noch konnte Preußen den Krieg nicht beginnen, weil aus Rußland noch kein Bescheid da war. Die Unterhandlungen Knobelsdorff's und Talleyrand's drehten sich daher immer darum, daß der französische Minister fragte, warum denn Preußen rüste, man habe ja gar nichts schlimmes im Sinn, worauf der preußische Gesandte entgegnete, es seien aber doch recht beunruhigende Nachrichten eingegangen. Hierauf wies ihm Talleyrand wieder nach, daß diese Nachrichten falsch gewesen seien, und Frankreich nicht im geringsten an einen Krieg mit Preußen denke. Nun war Knobelsdorff's Weisheit zu Ende, und man kam keinen Schritt weiter[55]).

In den letzten Tagen des August erfolgte der Umschwung. Die Nachricht war nach Berlin gekommen, daß der Kaiser Alexander den Oubril'schen Vertrag nicht ratificiert habe. Er gab dies selbst durch eine Note vom 14. August den Höfen bekannt[56]). Nach Hardenberg's Bericht[57]) wußte man dies in Berlin am 30. August. „Am 30. und 31. August marschirte aber die Berliner Garnison wirklich aus und nach Sachsen." Jetzt also, nachdem der Krieg zwischen Rußland und Frankreich entschieden war, machte man in Preußen Ernst, obwohl, wie Hardenberg erzählt, damals alle Nachrichten darin übereinstimmten, daß Frankreich Hannover nicht an England zurückgeben werde und überhaupt gegen Preußen keine Feindseligkeiten im Schild führe. Nachdem man seither den Bruch mit Frankreich verzögert hatte, suchte man ihn jetzt, nachdem die beunruhigenden Nachrichten dementiert, die Befürchtungen zum Teil nicht mehr begründet waren, herbeizuführen, — weil man es vermeiden wollte, zur Hülfeleistung gegen Rußland aufgefordert zu werden, die man der Deklaration gemäß nicht gewähren konnte.

Die Forderungen, welche der König nunmehr an Napoleon richtete, waren[58]), wie er sich selbst gestand, derart, daß er sie verwerfen mußte. Sie sollten also einer Kriegserklärung gleichkommen oder eine solche bei Napoleon hervorrufen. Haugwitz hat diese Forderungen in einer Denkschrift vom 16. September entworfen[59]). Dieselbe enthält in jeder Zeile den Beweis, daß nur das Verhältnis Preußens zu Rußland und die Verwerfung des französisch-russischen Vertrags den unmittelbaren Kriegsentschluß herbeigeführt haben. Die an das Kabinet von St. Cloud zu stellenden Forderungen sind: Räumung Deutschlands, die Verpflichtung, die Gründung des norddeutschen

---

[54]) a. a. O.

[55]) Die Berichte hierüber, Noten u. s. w. Hardenberg III, 173—179.

[56]) Hardenberg III, 148 f.

[57]) Hardenberg III, 167.

[58]) Duncker, Mitth. a. d. hist. Litt. 74.

[59]) Hardenberg V, 364—368.

Bundes nicht fürder zu hindern, und die Einwilligung zu einer sofort zu eröffnenden Friedensunterhandlung [60]).

Diese Forderungen gehen nicht etwa auf Genugthuung wegen vorausgegangener Anmaßungen in erster Linie, sondern auf Bürgschaften für die Zukunft in der weitgehendsten Weise. Es offenbart sich hierin schon der offensive Charakter der preußischen Maßregeln, die auf den Bruch mit Frankreich abzielten und die Möglichkeit eines friedlichen Vergleichs von vornherein ausschlossen. Von allen sonstigen Beschwerden, die der preußische Hof mit Recht gegen Frankreich erheben konnte, kommt daher auch in dem Ultimatum nichts vor. Am 1. Oktober wurden die Forderungen von Knobelsdorff überreicht und vom französischen Kabinet verworfen. Der Krieg begann. Zunächst standen Preußen und Sachsen allein den französischen Heerscharen gegenüber, da der Kurfürst von Hessen es vorzog, neutral zu bleiben, und die Russen zu wenig vorbereitet waren, um sofort aktiven Anteil zu nehmen. Daß die ersten Tage schon eine Entscheidung zum Verderben Preußens brachten, daß der 14. Oktober ein dies Alliensis in der preußischen Geschichte wurde, ist bekannt.

Nach diesem kläglichen Ausgang ist es erklärlich, daß, da die Beziehungen zwischen Rußland und Preußen nicht in die Öffentlichkeit drangen, das Kriegsunternehmen dem Verständigen unerklärlich, dem blinden Gegner des herrschenden Ministeriums als ein frevelhafter Leichtsinn erschien. Nur die Kenntnis der zwischen Petersburg und Berlin ausgewechselten Deklaration, die nach Verwerfung des Oubril'schen Vertrags Preußen in den Krieg verwickeln mußte, klärt alle Dunkelheiten auf. Nachdem die Regierung einmal eingesehen hatte, daß ein Krieg unvermeidlich sei, wollte sie wenigstens einen Kampf mit Ehren, sie wollte durch einen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit gegen schreiende Gewaltthat und verräterische Anmaßung dem preußischen Staat ein Recht auf Anerkennung und Teilnahme in Deutschland und Europa geben. Auf eine solche Auffassung arbeiten sämmtliche Schriftstücke des preußischen Kabinets seit der Denkschrift des Grafen Haugwitz vom 16. September hin.

Nur so ist es zu verstehen, daß man zu einem Angriffskrieg schritt; es war das ehrenvollste Mittel um zu vermeiden, daß Preußen, wenn es erst im letzten Augenblick die Schergendienste gegen Rußland verweigerte, sich eines verräterischen Doppelspiels selber überführte. Die Ereignisse, welche die Mobilmachung veranlaßt haben und im Manifest als Gründe des Krieges angegeben sind, haben nur dazu gedient, den König in der Wahl seiner Partei zu befestigen und seine Schritte zu beschleunigen; die endgültige Entscheidung brachte erst der 30. August 1806 durch die Note

[60]) Hardenberg V, 367 f.

Alexanders, worin derselbe erklärte, daß er den Frieden mit Frankreich nicht annehmen könne. — Es ist mir keinen Augenblick zweifelhaft, daß die zu Graudenz verbrannten Akten das volle Beweismaterial hierfür enthalten haben, während die vorliegenden Überreste zwar lückenhafte, aber schwer zu verkennende Andeutungen für den von uns aufgestellten Zusammenhang zwischen der russisch-preußischen Deklaration und der Kriegserklärung an Frankreich liefern.

Kehren wir zu der eingangs erwähnten Streitfrage wegen der Stellung der Minister und des Geh. Kabinets im preußischen Staate zurück. Müssen wir auch ohne Beschränkung darin der Hardenberg-Stein'schen Opposition Recht geben, daß die Einrichtung des Geh. Kabinets an sich eine verfehlte war, so ist doch nach den vorliegenden Ermittelungen sicher, daß das Unglück Preußens nicht durch das Geh. Kabinet herbeigeführt worden ist, sondern die jeweiligen Minister Hardenberg und Haugwitz in vollem Maße für die preußische Politik verantwortlich sind, Hardenberg auch nach seinem Rücktritt noch durch die geheime Verhandlung mit Rußland. Wir haben gesehen, daß bei den entscheidenden Punkten die Ansichten der Minister in ihrem ganzen Umfang durchgeschlagen haben, daß Lombard ganz Recht hat, wenn er sagt, es sei die Schuld des einzelnen Ministers gewesen, wenn er seine Anschauung nicht dem König zur Kenntnis und bei ihm zur Geltung gebracht hat. Lombard läßt sich aber entschieden durch eine gewisse Eitelkeit zu der unwahren Behauptung verleiten, daß die Geh. Kabinetsräte in der That Minister, wenn auch ohne den Namen zu führen, gewesen seien. Es ist ersichtlich geworden, daß dieselben wohl ab und zu Dienste thaten, wie die Abfassung von Denkschriften, die einem verantwortlichen Minister zukommen, daß sie aber sonst nichts mehr waren als Sekretäre und vermittelnde Personen für den Verkehr zwischen dem Staatsoberhaupt und den Ministerien. Lombard selbst hat durch sein Verhalten in der Demobilisierungsangelegenheit im Januar 1806 hierfür einen schlagenden Beweis geliefert. Daß die Kabinetsräte die allmächtigen und allwissenden Ratgeber des Königs gewesen seien, wird vorzüglich dadurch widerlegt, daß Lombard von den wahren Gründen des Krieges 1806, von dem Verhältnis zu Rußland, durchaus keine Kenntnis besaß, und daß Haugwitz hierbei ganz selbständig handelte. Daß die Vorwürfe von verräterischen Machinationen und persönlichen Intriguen der Kabinetsräte bei unbefangener Prüfung völlig haltlos werden mußten, bedarf kaum noch des Hinweises. Wenn also Hardenberg über einen störenden Einfluß des Kabinets klagt, so ist die

Schuld daran ihm allein zuzuschreiben; auch scheint es, als ob Haugwitz nur so lange mit den Kabinetsräten enger verbündet gewesen ist, als er Hardenberg neben sich im Amt hatte und gegen ihn die Oberhand zu behalten suchte. Von politischer Bedeutung ist dieser Umstand jedoch nicht geworden; nie hat Hardenberg's Meinung gegen diejenige des Geh. Kabinets und des Grafen zurückstehen müssen, selten auch mit derselben im Widerspruch gestanden.



Inhalt.



Druck von Wilhelm Keller in Gießen.



